

Gerhard Hirscher (Hrsg.)

LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Bestandsaufnahme und Perspektiven

AMZ

95

Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Gerhard Hirscher (Hrsg.)

LINKSEXTREMISMUS IN DEUTSCHLAND

Bestandsaufnahme und Perspektiven

Impressum

ISBN	978-3-88795-448-2
Herausgeber	Copyright 2014, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. 089/1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
Leiter PRÖ / Publikationen	Hubertus Klingsbögl
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur, V.i.S.d.P.) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl. Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 05 EINFÜHRUNG**
Gerhard Hirscher
- 07 LINKSEXTREMISMUS – ANALYTISCHE KATEGORIE ODER POLITISCHES SCHLAGWORT?**
Begriffsbestimmung – Differenzierung – Ideologievarianten
Armin Pfahl-Traugber
- 19 IST DIE LINKE EINE EXTREMISTISCHE PARTEI?**
Eckhard Jesse
- 27 DIE MILITANTE LINKE IN DEUTSCHLAND**
Eine Annäherung
Karsten Dustin Hoffmann
- 35 LINKSEXTREMISTISCHE MUSIK**
Ulrike Madest
- 43 DIE LINKSEXTREMISTISCHE SZENE IN BAYERN**
Andreas M. Vollmer
- 51 „VOR ERFOLGEN VON SCHWINDEL BEFALLEN“?**
Der Rechtsterrorismus und die merkwürdige „Normalisierung“ des Linksextremismus
Rudolf van Hüllen

EINFÜHRUNG

GERHARD HIRSCHER || Auseinandersetzungen mit dem politischen Extremismus sind wichtig – für Demokraten ist das keine Frage. Die Bedrohungen durch den Islamismus liegen auf der Hand und benötigen immer mehr Ressourcen. Analysen des Rechtsextremismus und die Erstellung von Präventionsstrategien sind ebenso notwendig wie gesellschaftlich und politisch erwünscht. Wer sich mit dieser Spielart des politischen Extremismus beschäftigt, erfährt in der Regel breite Unterstützung – außer von den Objekten seiner Analysen. Wer sich mit dem Linksextremismus befassen will, erntet zunächst wohl eher erstauntes Nachfragen oder gleich entrüstetes Kopfschütteln. Linksextremismus – gibt es den noch? Lohnt sich das wirklich, sich heute in Deutschland noch damit zu beschäftigen?

In einer Expertentagung hat sich die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung am 26. und 27. Juni 2014 mit dieser Frage befasst. Einige der Vorträge dieser Runde sind in diesem Band in überarbeiteter und ergänzter Fassung veröffentlicht. Die kurze Antwort lautet: „Ja, es lohnt sich, sich mit dem Linksextremismus zu beschäftigen. Dies sollte auch weiterhin Aufgabe für jeden Demokraten sein und bleiben.“

Ein Grund für die unterschiedliche Wahrnehmung extremistischer Positionen mag bereits in der veränderten Perzeption der politischen Richtungen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten liegen. Laut Zahlen von TMS Emnid (veröffentlicht im August 2007) haben sich 1981 in der Bundesrepublik noch 38 % als „Rechts“ und nur 17 % der Befragten als „Links“ eingeordnet. Im Jahr 1993 lagen die Einstufungen mit 26 % „Rechts“ und 24 % „Links“ noch fast gleichauf. Im wiedervereinigten Deutschland sahen sich 2007 nur noch 11 % als „Rechts“, aber 34 % als „Links“. Diejenigen, die sich als „Mitte“ einstufen, sind von 41 % auf 52 % gestiegen. Darin mag sich der Drang widerspiegeln, gesellschaftlich erwünschte Antworten zu geben. Angesichts der in den Medien seit Jahrzehnten immer wieder festzustellenden Gleich-

setzung oder Verwechslung von „Rechtsextrem“ und „Rechts“ mag das keine Überraschung sein. Aber dass sich heute (an den Werten hat sich in den letzten Jahren wohl nicht viel geändert) gut ein Drittel der Deutschen als „Links“ einstuft, lässt Rückschlüsse auf das generelle Meinungsklima zu.

Dabei sollte klar sein: Diese Einstufungen haben für die Bürger durchaus eine Bedeutung. In Umfragen kommt wieder zum Ausdruck, dass sie die politischen Lager und die sie repräsentierenden Parteien durchaus realistisch verorten können und auch wollen. So werden (am Beispiel der Zahlen von Infratest dimap – hier der DeutschlandTrend vom April 2012) die demokratischen Parteien in Deutschland allesamt heute weit mehr in der Mitte verortet als noch in den 90er-Jahren. Auf einer Skala von 1 bis 11 (der Wert 6 repräsentiert genau die Mitte) werden die Grünen heute etwa bei 4,5, die SPD knapp unter 5 verortet – also etwas links von der Mitte. Die FDP erscheint fast genau bei 6, die CDU bei etwa 6,5 und die CSU bei knapp 7 – also etwas rechts von der Mitte. Interessant sind die Verortungen auf den Flügeln: Die NPD wird bei etwa 9,5 verortet und ist in dieser Einschätzung von den Befragten sogar seit 2001 immer weiter nach außen verschoben worden.

Die PDS / Linke wird bei etwa 2,5 gesehen und wurde ebenfalls von den Befragten seit 2001 deutlich weiter nach links außen umpositioniert. Dies unterstreicht: Die Links-Rechts-Kategorien spielen für die Beurteilung des politischen Einstellungsraumes durchaus eine Rolle und dieser dient den Wählern zur Orientierung. Es zeigt sich auch: Die Bürger können Links- wie Rechts-extremisten benennen und politisch verorten. Für die meisten Deutschen ist also auch der Linksextremismus eine politische Kategorie, mit der sie etwas anfangen können.

Gilt das auch für die Politik, die Wissenschaft, die Justiz und die Exekutive? Offensichtlich gibt es in den Sicherheitsbehörden immer noch Mitarbeiter und Strukturen, die sich mit dem Linksextremismus beschäftigen. Selbstverständlich ist dies heute aber wohl nicht mehr. Der Begründungsdruck, sich in diesem Feld zu bewegen, ist deutlich höher als bei anderen Spielarten des politischen Extremismus. Armin Pfahl-Traugber belegt in seinem Beitrag, dass der Linksextremismus mehr ist als ein politisches Schlagwort. Gegen zahlreiche aktuelle Kritik legt er dar, dass es nach wie vor linksextremistische Positionen gibt, die die Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates nicht erfüllen. Anarchisten und Kommunisten gibt es nach wie vor in Deutschland – soll man die ignorieren?

Die bedeutendste Kraft auf dem politischen Markt links außen ist ohne Zweifel die Linke. Ist sie eine extremistische Partei? Eckhard Jesse zeigt, dass diese Frage auch von den Sicherheitsbehörden uneinheitlich beantwortet wird. Er lässt aber keinen Zweifel daran, dass er in ihren Reihen nach wie vor beachtliche Untergliederungen sieht, die den demokratischen Verfassungsstaat ablehnen. Er sieht sie als Exponentin eines „weichen“ Linksextremismus, der weder dämonisiert noch verharmlost werden sollte.

Es gibt aber noch weit mehr auf diesem Feld: Karsten Dustin Hoffmann gibt einen instruktiven Überblick über Qualität und Quantität der militanten Linken in Deutschland. Zwar gibt der Verfassungsschutz die Zahl der Linksextremisten insgesamt mit 28.000 und der gewaltbereiten Linksextremisten immerhin mit 7.000 an, aber von der Öffentlichkeit wie von der wissen-

schaftlichen Literatur werden diese weit unterproportional zur Kenntnis genommen. Andererseits ist das Ausmaß an Gewaltbereitschaft in diesem Spektrum erschreckend. Ihr Gefahrenpotenzial sollte nicht unterschätzt werden.

Ein eindrucksvolles Beispiel dafür, wie wenig viele Aspekte in dieser Szene beachtet werden, ist der Beitrag von Ulrike Madest über linksextremistische Musik. Dort zeigt sich – von Wissenschaft und Publizistik weitgehend unbeachtet – eine erhebliche Bereitschaft zur Gewaltverherrlichung. Der Staat und die Polizei als Feindbild, Linksterroristen als Ikonen, Hass gegen den Staat – all das existiert und sollte ernst genommen werden. Wer die Texte rechts-extremistischer Bands für bare Münze nimmt, sollte bei diesen Gruppen nicht weghören.

Die linksextremistische Szene ist auch durchaus in Bayern verankert, wie Andreas Vollmer in seinem Artikel darlegt. Dort sieht sich die Szene im Vorfeld des G7-Gipfels 2015 in Elmau teilweise wieder im Aufwind. Spätestens dann wird man sehen, welche Teile des altbekannten Spektrums oder möglicherweise sogar welche neuen Bündnisse sich an den Protestaktionen beteiligen werden. Sie werden sich als Teil einer Renaissance des Linksextremismus verstehen.

Ist der Linksextremismus in Deutschland Teil des politischen und gesellschaftlichen Mainstreams geworden? In jedem Fall wird, so Rudolf van Hüllen, mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen. Dass ausgerechnet die Aufarbeitung der rechtsterroristischen NSU-Morde ein Vehikel für die weitere „Normalisierung“ im Umgang mit linksextremistischem Gedankengut geworden ist, ist geradezu tragisch. Dem „antifaschistischen“ Kampf als zentraler Basis linksextremistischer Aktion gegen die Demokratie wird so wieder Vorschub geleistet.

Es gibt den Linksextremismus also immer noch – hoffentlich muss es keine Gewalt und Randalie im großen Stil geben, um dies wieder ins Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung zu bringen. Die Demokratie in Deutschland sollte auf keinem Auge blind sein.

|| DR. GERHARD HIRSCHER

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

LINKSEXTREMISMUS – ANALYTISCHE KATEGORIE ODER POLITISCHES SCHLAGWORT?

Begriffsbestimmung – Differenzierung – Ideologievarianten

ARMIN PFAHL-TRAUGHBER || Der Begriff „Linksextremismus“ wird gelegentlich als bloßes politisches Schlagwort gedeutet, wobei ihm ein Interesse an der Diskreditierung von Gesellschafts- und Kapitalismuskritik zugeschrieben wird. Die Rekonstruktion des Extremismus- bzw. Linksextremismusverständnisses macht demgegenüber deutlich, dass davon angesichts der Ausrichtung an den Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates nicht die Rede sein kann. Anarchisten und Kommunisten als Repräsentanten der beiden großen „Ideologiefamilien“ des Linksextremismus wenden sich eben gegen die damit einhergehenden Normen und Regeln wie Demokratie und Menschenrechte.

EINLEITUNG UND FRAGESTELLUNG

Ist der Begriff „Linksextremismus“ eine analytische Kategorie oder ein politisches Schlagwort? Der letztgenannten Auffassung neigen die Autoren und Herausgeber des Sammelbandes „Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem ‚Linksextremismus‘ umgehen“ zu. Deren Positionen können wie folgt bilanziert werden: Danach handelt es sich um ein „disqualifizierend gemeintes Verdikt, das nicht nur Sicherheitsbehörden und konservativen Parteien zur ultimativen Wunderwaffe gegen politisch Andersdenkende gerät“. Für sie drückt „sich im Begriff ‚Linksextremismus‘ eine bestimmte ideologisch geprägte Form der politischen, wissenschaftlichen und exekutiven Auseinandersetzung mit oppositionellen Ideen, Organisationen und Praxen“¹ aus. Abweichende Denkweisen sollten delegitimiert, diffamiert und kriminalisiert werden. Dies gelte auch für gesellschaftspolitische Diskussionen um Gleichheit oder Kritik an der sozialen Ungleichheit, welche unter das Verdikt des Extremismus gestellt werde.²

Hier ergibt sich nun die Frage: Können die referierten Einwände inhaltliche Richtigkeit beanspruchen? Eine genaue Betrachtung des in

der Extremismusforschung mit „Linksextremismus“ gemeinten Phänomens macht deutlich, dass von einer Gleichsetzung von Extremismus und Gesellschaftskritik gerade nicht gesprochen werden kann. Offenkundig bauen Autoren und Herausgeber des Sammelbandes einen „Strohmann“ auf. Mit dieser Bezeichnung ist eine bestimmte Manipulationstechnik gemeint. Dabei schreiben Akteure einer abgelehnten oder bekämpften Position eine übertriebene oder unangemessene Position zu, um sie dann umso einfacher einer Kritik oder Verwerfung aussetzen zu können.³ Lohnt dann aber die Auseinandersetzung mit den Positionen der Publikation? Eine bejahende Antwort ergibt sich hier nicht aufgrund der intellektuellen Qualitäten oder starken Wirkung des Sammelbandes. Die referierten Fehldeutungen und Stereotype findet man aber immer wieder in der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion.

Insofern soll das in der Extremismusforschung und Extremismustheorie genutzte Verständnis von „Linksextremismus“ hier noch einmal systematisch entwickelt werden. Dabei stehen im Fokus die Besonderheiten einer Sammelbezeichnung zur Erfassung von allen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen

der „sozialen Gleichheit“ gegen die Normen und Regeln der offenen Gesellschaft und des demokratischen Verfassungsstaates gerichtet sind. Demnach geht es im Folgenden um Begriffsgeschichte und Wortbedeutung von „Extremismus“, die Negativ- und Positiv-Definition des Begriffs, die daran geäußerte Kritik und die Kritik dieser Kritik. Anschließend stehen die Unterscheidung von „links“ und „rechts“, die Definition von Linksextremismus, Anarchismus und Kommunismus als deren „Ideologiefamilien“, das Verhältnis von Linksextremismus und Kapitalismuskritik sowie von Linksextremismus und Sozialismusforderungen im Zentrum des Interesses. Die letztgenannten Punkte beziehen sich dabei ausdrücklich auf die geäußerte Kritik.

EXTREMISMUS – BEGRIFFSGESCHICHTE UND WORTBEDEUTUNG

Zunächst aber zum Extremismus-Begriff: Er geht auf das lateinische Wort „extremus“, also „der Äußerste“ zurück. Damit deutet sich schon an, dass Extremismus nicht allein für sich, sondern in Abhängigkeit von einem anderen Terminus oder Wert definiert werden muss. Es geht demnach um die äußerste Abweichung oder den äußersten Gegensatz von einem anderen Prinzip oder Standpunkt. Die Bezeichnung kann also nicht für sich allein, sondern immer nur im Spannungsverhältnis zu etwas Anderem stehen. Was dieses Andere ist, macht auch den Kernaspekt des inhaltlichen Verständnisses von „Extremismus“ aus. Die Geschichte des Terminus lässt sich nach dem Politikwissenschaftler Uwe Backes historisch betrachtet bis in die Zeit der griechischen Antike zurückverfolgen. Der Begriff des politischen Extrems geht auf die altgriechische Maßethik zurück, welche bei Handlungen ein Zuviel und ein Zuwenig als Abweichungen von einer Mitte unterschied. Platon übertrug diese Kategorie auf seine Staatsformenlehre und gab ihr damit eine politische Bedeutung.

Auch bei Aristoteles findet man eine Verbindung der ethischen Auffassung von Mitte mit dem politischen Plädoyer für einen Staatstyp. Beide Philosophen traten mit unterschiedlicher Ausrichtung für die Etablierung von gemäßigten politischen Ordnungssystemen auf Basis einer

Mischverfassung ein und lehnten die Despotie ebenso wie die Pöbelherrschaft als extreme Abweichungen davon ab. Dieses Verständnis spielte danach erst wieder in der Neuzeit im politischen Diskurs eine Rolle. Seitdem nutzte man den Begriff „Extremismus“ häufig in politischen Umbruchphasen, um damit die Protagonisten eines besonders rigiden Vorgehens zu bezeichnen. Zunächst bedienten sich Betrachter des Zeitgeschehens dieser Formulierung aber nur sporadisch, ohne dass sie im öffentlichen Sprachgebrauch allgemeine Anerkennung fand. Dies geschah erst im 20. Jahrhundert bei dem Aufkommen von Diktaturen, zunächst nach der Oktoberrevolution der Bolschewiki in Russland 1917 und dann nach der Machtübertragung an die Faschisten in Italien 1922.⁴

Bei dieser Begriffsverwendung wurden inhaltliche Gesichtspunkte deutlich, welche auch das heutige Verständnis des Terminus prägen: Es geht um politische Bestrebungen, die eine bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung rigoros ablehnen. Dabei spielt die jeweilige ideologische Begründung und politische Zielsetzung der Akteure keine entscheidende Rolle. Als grundlegend für das Verständnis muss vielmehr die angesprochene fundamentale Ablehnung der politischen Gegebenheiten gelten. Unbestimmt blieb in diesem Verständnis aber die inhaltliche Besonderheit des Abgelehnten, womit die undifferenzierte Verwendung des Terminus als Bezeichnung für alle oppositionellen Tendenzen möglich wurde. Zu einem diesbezüglich trennschärferen Verständnis kam es in der Bundesrepublik Deutschland erst zu Beginn der 1970er-Jahre, gingen doch die Verfassungsschutzbehörden seinerzeit dazu über, politische Bestrebungen gegen die juristisch definierte freiheitliche demokratische Grundordnung als Ausdruck des Extremismus anzusehen.

NEGATIV-DEFINITION VON EXTREMISMUS

In den Politikwissenschaften bildete sich erst ab Mitte der 1980er-Jahre ein systematisch entwickeltes Verständnis von „Extremismus“ heraus. Entscheidenden Anteil hatten daran die beiden Extremismusforscher und Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse, die zahlreiche Publikationen⁵ zum Verständnis von Demokratie und Extremismus als einem „anti-

thetischen Begriffspaar⁶ veröffentlichten. Demnach sollte der Terminus zwar weiterhin über die Ablehnung eines politischen Systems definiert werden. Im Unterschied zu den referierten Auffassungen ging es aber nur um eine bestimmte Staatsordnung. Die grundlegende Verwerfung von Diktaturen würde demnach nicht unter diese Bezeichnung fallen. Backes und Jesse definieren: „Der Begriff des politischen Extremismus soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig wissen ...“⁷

Demnach bezog sich der Begriff nur auf politische Bestrebungen und Ideologien, die sich gegen die Grundlagen einer modernen Demokratie richten. Sofern gesellschaftskritische und oppositionelle Auffassungen und Organisationen deren Normen und Regeln teilen, kann in diesem Sinne nicht von „Extremismus“ gesprochen werden. Die Verwendung des Terminus „Sammelbezeichnung“ macht außerdem deutlich, dass damit sowohl hinsichtlich der ideologischen Ausrichtung als auch des politischen Vorgehens ganz unterschiedliche Bewegungen und Parteien, Organisationen und Personen erfasst werden können. Die Gemeinsamkeiten bestehen in der Ablehnung der Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates. Insofern nimmt dieses Verständnis entgegen anderslautenden Fehldeutungen auch keine Gleichsetzung der gemeinten Bestrebungen vor. Darüber hinaus bezieht sich die von Backes und Jesse zitierte Definition nicht nur auf politische Aktivitäten, sondern auch auf ideologische Prinzipien.

Diese Begriffsbestimmung von Extremismus setzt die Definition des demokratischen Verfassungsstaates voraus. Demnach wird hier zunächst nicht politischer Extremismus, sondern dessen erklärtes Gegenteil bestimmt. Allgemein gelten als grundlegende Merkmale solcher Staatsordnungen, die sich aber institutionell wie praktisch unterschiedlich gestalten: Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus und Volkssouveränität.⁸ Auf Basis der Akzeptanz dieser Minimalbedingungen können die unterschied-

lichsten politischen Ideen um gesellschaftliche Akzeptanz werben, während eine auf Prinzipien gerichtete politische Bestrebung eine solche Möglichkeit aufheben würde. Alle Auffassungen, Handlungen und Organisationen in diesem Sinne gelten demnach als Erscheinungsformen des „Extremismus“. Es handelt sich insofern um einen Abgrenzungsbegriff und eine Negativ-Definition – konstitutiv für das Verständnis ist die Ablehnung der Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates.

POSITIV-DEFINITION VON EXTREMISMUS

Hier besteht dann aber das bereits angedeutete Problem: Es wird nicht erklärt, was Extremismus ist, sondern was Extremismus nicht ist. Dies sieht auch Backes so, bestehe doch die Gefahr einer inhaltsleeren und zirkulären Begriffsbestimmung nach dem Motto: „antidemokratisch = extremistisch“ und „antiextremistisch = demokratisch“. Außerdem werde diese Negativ-Definition dem Phänomen nicht gerecht, da der Eindruck entstünde, „als sei der politische Extremismus etwas Sekundäres, dessen Existenz vom Primärphänomen des demokratischen Verfassungsstaates abhängt. Eine derartige Vorstellung muss jedoch ahistorisch sein“. Die reine Negativ-Definition hat für Backes den „entscheidenden Nachteil, dass sie das Feld der extremistischen Phänomene nur in seinem Schattenriss abbildet, so dass das breite Spektrum der Extremismen strukturell unbestimmt bleibt. Daher kann der Eindruck entstehen, als handele es sich um ein Spiel mit antithetischen Begriffen, deren Definitionsbereich allzu Disparates zusammenzwingt“.⁹

Der bedeutende Schritt, den Backes gegenüber dem bisherigen Verständnis von Extremismus weiter geht, besteht in der aufgezeigten Notwendigkeit einer Positiv-Definition. Dies läuft bei ihm auf die Erfassung der formalen Gemeinsamkeiten bei der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates durch die gemeinten Extremisten hinaus. Angesprochen sind damit die Strukturmerkmale, die allen ideologisch so unterschiedlichen Formen des gemeinten Phänomens eigen sind. Als solche benennt Backes offensive und defensive Absolutheitsansprüche, Dogmatismus, Utopismus bzw. kate-

gorischer Utopie-Verzicht, Freund-Feind-Stereotype, Verschwörungstheorien, Fanatismus und Aktivismus.¹⁰ So sehr sich die einzelnen Bewegungen und Organisationen des politischen Extremismus ideologisch unterscheiden und widersprechen mögen, ihnen gemeinsam sind in dieser Perspektive die erwähnten formalen Eigenschaften ihrer Ideologie in der Frontstellung gegen die Normen und Regeln des modernen demokratischen Verfassungsstaates.

Ähnliche Merkmale arbeitete der Autor nach einer Analyse des linken, rechten und religiösen Extremismus heraus: erstens den exklusiven Erkenntnisanspruch (Glaube an ein „höheres Wissen“), zweitens den dogmatischen Absolutheitsanspruch (Behauptung der unbezweifelbaren Richtigkeit eigener Positionen), drittens das essentialistische Deutungsmonopol (alleinige Erfassung des „wahren Wesens“ der Dinge), viertens die holistischen Steuerungsabsichten (angestrebte ganzheitliche Kontrolle der Gesellschaft), fünftens das deterministische Geschichtsbild (Wissen um den vorgegebenen historischen Weg), sechstens die identitäre Gesellschaftskonzeption (Forderung nach politischer Homogenität der Gesellschaft), siebtens den dualistischen Rigorismus (Denken in kompromisslosen Gegensatzpaaren wie Gut-Böse) und achtens die fundamentale Verwerfung (rigorose Verdammung des Bestehenden).¹¹ Allen extremistischen Ideologien sind die genannten formalen Merkmale bei bestehenden ideologischen Unterschieden eigen.

KRITIK AM EXTREMISMUSVERSTÄNDNIS

Im Rahmen der politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den mit „Extremismus“ gemeinten Bestrebungen wurden immer wieder Einwände gegen das referierte Verständnis erhoben. Diese Kritik lässt sich in drei Kernaussagen aufteilen: Erstens formulierte man den Vorwurf, es handele sich lediglich um einen „politischen Kampfbegriff“. Hierzu einige Stimmen aus der Politikwissenschaft zur Veranschaulichung: Für Manfred Funke nutzen die Inhaber der „Definitionsherrschaft über die zentralen Standards einer Gesellschaftsordnung“ die Bezeichnung, um erkannte oder vermutete „Zerstörer der Basisstabilität“¹² so markieren und ausgrenzen zu können. Wolf-Dieter Narr

spricht davon, dass der Terminus dem „Irrgarten der Kampfbegriffe“¹³ entstamme. Für Wolfgang Rudzio ist „Extremismus“ mehr „ein praktisch-politischer [...] Abgrenzungsbegriff“.¹⁴ Und Christoph Kopke und Lars Rensmann meinen, dem vorgetragenen Extremismusverständnis sei eine „politisch motivierte Setzung“¹⁵ eigen.

Ein zweiter Einwand unterstellt eine unangemessene Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene. Die Historikerin Helga Grebing spricht etwa von einer „falschen Gleichung“,¹⁶ wollten doch „Linke“ eine Erweiterung der Autonomie des Individuums und „Rechte“ die Bindung an eine hierarchisch gestufte Ordnung umsetzen. Der Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke meint, dass die Auffassung von der „streitbaren Demokratie“ im Kontext des Extremismusverständnisses „keinen substanziellen Unterschied zwischen Links- und Rechtsextremismus“¹⁷ macht. Auch der Politikwissenschaftler Gero Neugebauer betont, dass die „nationalsozialistischen Rechten [...] antidemokratisch“ wären und die „sozialistische Linke [...] antikapitalistisch“¹⁸ sei. Und nach dem Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge befinden sich in der Perspektive des Extremismusverständnisses „Todfeinde wie Faschisten und Kommunisten [...] per definitionem ‚im selben Boot‘“ und dies würde auf eine „Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus“¹⁹ hinauslaufen.

Als dritter Einwand gegen das Extremismusverständnis kann der Vorwurf der mangelnden analytischen Reichweite gelten, wobei hier eine besondere Dimension des Erkenntnisinteresses angesprochen ist. Jaschke meint, diese Auffassung sei, „wenig geeignet, tieferliegende Ursachen ins Blickfeld zu bekommen. Die erzwungene Gegenüberstellung von Demokratie und Extremismus „individualisiert Ursachenkomplexe und vernachlässigt das gesellschaftliche Bedingungsgefüge“.²⁰ Ähnlich argumentiert auch Neugebauer, so könne das Extremismusverständnis aufgrund seiner Fixierung auf den demokratischen Rechtsstaat „der Komplexität der gesellschaftlich-politischen Wirklichkeit kaum gerecht werden“.²¹ Und für Butterwegge klassifiziert die Extremismustheorie „zwar alles, erklärt aber nichts“. Demgemäß spricht er ihr auch die Wissenschaftlichkeit ab, könnten deren

Anhänger einen solchen Anspruch doch nicht erheben, „weil es sich oft nur um Typologien handelt, die bestimmte Phänomene erfassen, beschreiben und klassifizieren“.²²

KRITIK DER KRITIK AM EXTREMISMUS- VERSTÄNDNIS

Bei den referierten Auffassungen handelt es sich um Fehldeutungen und Missverständnisse, aber auch um Unterstellungen und Verzerrungen. Daher soll hier zu den drei Einwänden eine Kritik der Kritik erfolgen, was allerdings nur in kurzer Form geschehen kann.²³ Die erste Aussage behauptet, es handele sich lediglich um einen „politischen Kampfbegriff“. Richtig ist an diesem Einwand, dass „Extremismus“ auch als Schlagwort in politischen Debatten inhaltlich Verwendung findet. Da dies aber für zahlreiche Begriffe der Politikwissenschaft gilt, lässt sich hieraus nicht die Notwendigkeit eines Verzichts auf den Terminus ableiten. Ansonsten dürfte man politisch instrumentalisierbare Bezeichnungen wie etwa „Demokratie“, „Gerechtigkeit“ oder „Moderne“ auch nicht mehr nutzen. Darüber hinaus sind die Kriterien zur Einordnung einer politischen Organisation als extremistisch klar benannt. Bei einschlägigen Bewertungen stehen die jeweiligen Autoren in der Pflicht, überzeugende Argumente und Belege für ihre Einschätzung vorzubringen.

Der zweite Einwand unterstellt eine unangemessene Gleichsetzung unterschiedlicher Phänomene. Hierbei handelt es sich um eine Fehlwahrnehmung, geht es dem Extremismusverständnis doch nur um die Hervorhebung einer Frontstellung gegen die Normen und Regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Eine Auffassung nach dem Motto „Links gleich Rechts“ oder „Rot gleich Braun“ geht damit nicht einher, zumal es sich um ideologisch divergierende Auffassungen handelt. Das Extremismusverständnis nimmt auch keine Gleichsetzung des Gefahrenpotenzials von Links- und Rechtsextremismus vor. Dies kann je nach Handlungsebene oder Rahmensituation ganz unterschiedlich ausgerichtet sein. Das Extremismusverständnis konzentriert sich in der vergleichenden Betrachtung auf die strukturellen Gemeinsamkeiten der politischen Auffassungen und Handlungsweisen, die sich gegen

Demokratie und Menschenrechte richten. Die Gegner des Ansatzes müssten erklären, warum ihnen diese Perspektive nicht wichtig ist.

Und die dritte Kritik hebt die eingeschränkte oder mangelnde analytische Reichweite des Extremismusverständnisses hervor. Es ist in der Tat auf das Spannungsverhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat fixiert, womit sich allein aber wichtige Fragen nicht beantworten lassen: Wie kommt es zur Herausbildung extremistischer Bestrebungen? Welche Faktoren erklären deren Entwicklung? Wie ist das Verhältnis zu etablierten politischen Kräften? Welche gesellschaftlichen Ursachen spielen eine Rolle? Das konventionelle Extremismusverständnis konzentriert sich mitunter allzu sehr auf die Einordnung der untersuchten politischen Bestrebungen im Spannungsfeld zur Demokratie. Aber diese Feststellung nötigt nicht zu dessen Verzicht. Gleichwohl bedarf es der Ergänzung durch andere Problemstellungen. Denn die Frage nach dem Verhältnis einer Organisation zu Demokratie und Menschenrechten bedeutet nicht, dass man die Frage nach den Gründen für deren Entstehung und Entwicklung nicht mehr stellen muss.

UNTERSCHIEDUNG VON „LINKS“ UND „RECHTS“

Bevor der Linksextremismus im engeren Sinne definiert wird, sollen noch einige Erörterungen zur allgemeinen Unterscheidung von „links“ und „rechts“ vorgetragen werden. Auch heute noch dienen die beiden Kategorien aus dem 19. Jahrhundert häufig zur Einordnung von Personen oder Parteien. Gleichzeitig äußern kritische Stimmen ihre Vorbehalte gegen die Angemessenheit der Unterscheidung. Daher fragt der Sozialphilosoph Norberto Bobbio nach einem geeigneten Kriterium, um die beiden politischen Richtungen zumindest in relativer Betrachtung hinsichtlich ihrer Differenzen zu erfassen. Er erblickt es in der Einstellung zur „Gleichheit“: Als „Egalitarier“ bzw. „Linke“ gelten Bobbio jene, „die, ohne zu verkennen, dass die Menschen ebenso gleich wie ungleich sind, eher dem größere Bedeutung beimessen, was sie gleich statt ungleich macht“, und als „Nichtegalitarier“ bzw. „Rechte“ jene, „die von der gleichen Feststellung ausgehen, um dessel-

ben Zieles willen dem größere Bedeutung beimessen, was die Menschen ungleich statt gleich macht“.²⁴

Gegen diese Auffassung kann der Einwand erhoben werden, es handele sich um eine eindimensionale und vereinfachende Unterscheidung, die der Komplexität und Vielschichtigkeit zur Erfassung des politischen Spektrums der Gegenwart nicht entspricht. So suggeriere die Rede von einer „Linken“ und einer „Rechten“ eine Einheitlichkeit der gemeinten politischen Spektren, welche angesichts ihrer inneren Unterschiede über die Einstellung zu Demokratie, Staat oder Wirtschaft nicht bestehe. Darüber hinaus müssten andere Dimensionen wie „autoritär – demokratisch“, „bewahrend – verändernd“ oder „individualistisch – kollektivistisch“ zur Differenzierung genutzt werden. So angemessen diese Einwände allgemein sein mögen, so treffen sie Bobbios Unterscheidung nur eingeschränkt. Er macht auch in der zitierten Formulierung deutlich, dass es ihm um ein Kriterium in relativierender und nicht in starrer Perspektive geht. Und Bobbio verwies selbst noch auf andere Dimensionen seiner Unterscheidung von „links – rechts“.

Zunächst aber noch zu dem allgemeinen Merkmal, wozu Backes und Jesse kritisch formulieren: „Die von Bobbio zur Unterscheidung von ‚links‘ und ‚rechts‘ eingeführte Orientierung am Gleichheitsideal ist in Wirklichkeit zu einem so großen Ausmaß Gemeingut der freiheitlich-demokratisch ausgerichteten Parteien geworden, dass die so entstandene Rechts-Links-Dimension im breiten Mittelfeld des politischen Spektrums nur mehr graduelle Unterschiede kennt, jedenfalls keine tiefen, die Koalitionsfähigkeit stark beschränkenden Klüfte.“²⁵ Diese Einschätzung trifft auf das demokratische Lager und die politische Sphäre zu. Bezogen auf die sozialen und wirtschaftlichen Bereiche lassen sich aber durchaus noch Differenzierungen über die Einstellung zur Egalität vornehmen. Zwar kann man auch hier von einer gewissen Annäherung der politischen Lager sprechen, hinsichtlich des relativen Stellenwertes von „Gleichheit“ bestehen aber auch bei „linken“ und „rechten“ Demokraten erkennbare Unterschiede. Diese machen den Nutzen des Egalitätskriteriums deutlich.

DEFINITION „LINKSEXTREMISMUS“

Bobbios Auffassungen zu einer politischen Unterscheidung zweier Grundrichtungen ist darüber hinaus keineswegs eindimensional ausgerichtet. Für ihn dient auch das „Ideal der Freiheit“ und nicht nur das „Ideal der Gleichheit“ zur Differenzierung: „Es gibt sowohl auf der Rechten wie auf der Linken freiheitliche und autoritäre Doktrine und Bewegungen. Und zwar deshalb, weil das Kriterium der Freiheit dazu dient, das politische Ordnungssystem nicht so sehr im Hinblick auf seine Ziele, als vielmehr im Hinblick auf seine Mittel oder auf seine Methode zu unterscheiden, die es zur Erreichung seiner Ziele einsetzt. Das heißt, es bezieht sich auf die Annahme oder auf die Verweigerung der demokratischen Methode, unter der man die Gesamtheit von Regeln zu verstehen hat, die es möglich machen, kollektive Beschlüsse aufgrund freier Diskussionen und freier Wahlen zu fassen, und nicht, weil zu Mitteln der Gewalt gegriffen wird.“²⁶ Hinsichtlich der Einstellung zur Freiheit lasse sich demnach eine extreme und eine gemäßigte „Linke“ und „Rechte“ unterscheiden.

Ganz im Sinne dieser Perspektive findet auch die hier genutzte Bezeichnung „Linksextremismus“ in der folgenden Darstellung und Erörterung Verwendung. Es handelt sich zunächst einmal um eine Sammelbezeichnung, d. h. mit ihr sollen durchaus unterschiedliche Phänomene unter einem Oberbegriff erfasst werden. Demnach können bezüglich der Ideologie, Organisation und Strategie auch Differenzen bestehen. Folgende Gemeinsamkeiten erlauben es aber, die gemeinten politischen Bestrebungen unter die Bezeichnung „Linksextremismus“ zu fassen: Erstens geht es um alle politischen Auffassungen und Handlungen, die der Gleichheit eine herausgehobene Position im eigenen politischen Selbstverständnis zuweisen. Zweitens müssen sich die damit einhergehenden Bestrebungen gegen die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates richten. Und demnach stehen dabei drittens primär die angewandten Mittel und weniger die beschriebenen Ziele im Zentrum des Interesses.

Eine demokratische und eine extremistische „Linke“ können also in Deutungsmustern, Idealen oder Utopien durchaus gewisse Gemein-

samkeiten haben. Ihre grundlegende Differenz ergibt sich aus der Antwort auf die Frage, ob sie auf dem Weg zu deren Umsetzung Demokratie und Menschenrechte, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit zur Disposition stellen wollen oder nicht. Daher müssen demokratische Linke keineswegs eine Position der Mitte einnehmen und auf grundlegende Gesellschaftskritik verzichten. Solange sie die erwähnten Minimalbedingungen akzeptieren, auf schrittweise Reformen setzen und eine gewalttätige Revolution ablehnen, können sie auch nicht als extremistische Linke gelten. Bilanzierend lässt sich somit Linksextremismus wie folgt definieren: Der Begriff steht für eine Sammelbezeichnung für alle politischen Auffassungen und Bestrebungen, die im Namen der Forderung nach einer von sozialer Gleichheit geprägten Gesellschaftsordnung die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates ablehnen.

ANARCHISMUS UND KOMMUNISMUS ALS „IDEOLOGIEFAMILIEN“

Sammelbezeichnung meint auch, dass es trotz dieser Gemeinsamkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen durchaus Differenzen, Konflikte und Widersprüche geben kann. Dies gilt etwa für den ideologischen Bereich, lassen sich doch die linksextremistischen Bestrebungen verschiedenen Richtungen zuordnen. Allgemein lassen sich zwei Grundpositionen ausmachen: der Anarchismus und der Marxismus. Beide „Ideologiefamilien“ weisen noch weitere Teilströmungen auf, was später noch ausführlicher thematisiert werden soll. Für die angestrebte Gesellschaft der Zukunft besteht sowohl im Anarchismus wie im Marxismus aber eine identische Auffassung in Gestalt der Utopie einer herrschafts- und klassenlosen Gesellschaft, also einer Sozialordnung ohne repressiven Staat und soziale Unterschiede. Diese Idealvorstellung muss nicht mit allen Minimalbedingungen einer modernen Demokratie brechen, bei Linksextremisten ist dies angesichts des angestrebten politischen Weges hin zu eben diesem Ziel aber der Fall.

Worin bestehen nun aber die Differenzen zwischen Anarchismus und Marxismus als den beiden großen „Ideologiefamilien“ in diesem

politischen Lager? Sie beziehen sich auf die Einstellung gegenüber der Institution des Staates und die Perspektive für dessen Überwindung: Die Anarchisten lehnen grundsätzlich jede Form von Herrschaft und demnach auch den Staat als deren Instrument ab. Aus ihrer Sicht bedeutet die Akzeptanz der Gesetze durch die Individuen grundsätzlich einen verwerflichen Zwangsakt. Menschliche Freiheit könne es nur nach der Abschaffung des Staates und der Etablierung einer herrschaftsfreien Gesellschaft geben. Daher lehnen Anarchisten nicht nur autoritäre Regime, sondern auch demokratische Staaten ab. Eine solche Frontstellung bestand und besteht außerdem gegenüber sozialistischen Staatsmodellen. Und demnach ging es allen Anarchisten im Laufe der Geschichte dieser politischen Bewegung um die direkte Abschaffung solcher Institutionen nach einer erfolgten Revolution zum schnellen Aufbau einer herrschaftslosen Gesellschaft.²⁷

Gegenüber den Anarchisten bekämpfen die Marxisten mehr den Kapitalismus und weniger den Staat. Zwar lehnen sie eine solche Einrichtung ebenfalls als Instrument der politischen Herrschaft der ökonomischen Interessen von Kapitalisten ab. Gleichwohl geht es dabei nur gegen den bürgerlichen, nicht aber gegen den sozialistischen Staat. Denn eine solche Einrichtung halten Marxisten sehr wohl für notwendig. Nach einer erfolgreichen Revolution, welche die Kommunistische Partei an die Spitze der Regierung bringe, bedürfe es zunächst noch eines Staates als Instrument zur Unterdrückung der Gegner eines solchen Systems mit entsprechenden Machtmitteln. Darüber hinaus komme dem sozialistischen Staat die Aufgabe zu, die Gesellschaft durch politische Erziehung und soziale Umverteilungen für den Übergang in den Kommunismus als herrschafts- und klassenlose Gesellschaft vorzubereiten. Erst im Rahmen dieser Entwicklung, so das Selbstverständnis der Marxisten, würde der Staat als Institution überflüssig werden und langsam absterben.²⁸

LINKSEXTREMISMUS UND KAPITALISMUS-KRITIK

Mitunter formulieren Kritiker des oben definierten und erläuterten Extremismus- bzw. Linksextremismusverständnisses, mit diesen Be-

griffen und Zuordnungen würden pauschal Einwände gegen den Kapitalismus als Ausdruck einer demokratiefeindlichen Bestrebung diffamiert.²⁹ Bei dieser Auffassung handelt es sich aus mehreren Gründen um eine Fehldeutung. Zwar äußern sich auch Linksextremisten in ihrer öffentlichen Agitation kapitalismuskritisch, worauf in einschlägigen Darstellungen und Einschätzungen der Extremismusforschung hingewiesen wird. Dabei geht es aber nur um die Hervorhebung der thematischen Schwerpunkte derartiger politischer Bestrebungen, nicht um einen Nachweis ihrer Frontstellung gegen die Normen und Regeln eines modernen demokratischen Verfassungsstaates. Beachtet man die gemeinten Minimalbedingungen, die aus Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität bestehen, fällt deren wirtschaftspolitische Neutralität auf.

Demnach gehören „Kapitalismus“ und „Marktwirtschaft“ ebenso wenig wie „Globalisierung“ und „Neoliberalismus“ zu den gemeinten Grundlagen einer modernen Demokratie. Einerseits bestehen in allen gegenwärtig existenten politischen Systemen in diesem Sinne Marktwirtschaften, häufig in Verbindung mit mehr oder minder stark ausgeprägten Sozialstaats-Modellen. Andererseits kennt die Geschichte von Diktaturen auch genügend Beispiele, worin die ökonomische Freiheit keineswegs mit einer politischen Freiheit einherging (z. B. die lateinamerikanischen Militärdiktaturen in den 1970er- und 1980er-Jahren). Daher basiert Demokratie nicht auf dem Kapitalismus, wengleich eine Marktwirtschaft mit diesem politischen Modell überwiegend einhergeht. Die ökonomische Ausrichtung gehört demnach nicht zu den Minimalbedingungen einer modernen Demokratie, insofern steht die Kritik am Kapitalismus auch nicht für eine linksextremistische Grundposition im Sinne einer rigorosen Frontstellung gegen die erwähnten Prinzipien.

Eine gegenteilige Position würde darüber hinaus zwei andere Gesichtspunkte unterschlagen: Es gibt eine politisch relativ breit entwickelte Kapitalismuskritik, die von den Gewerkschaften über die Grünen und Sozialdemokraten bis zu Protestbewegungen reicht. Ihr geht es dabei

nicht um die politische Abschaffung der Marktwirtschaft, sondern um die soziale Einhegung des Kapitalismus. Angesichts hoher Arbeitslosenraten und regelmäßiger Finanzkrisen können die gemeinten Kritiker dafür nachvollziehbare Argumente vorbringen. Sie berühren hierbei in keiner Weise die erwähnten Minimalbedingungen eines modernen demokratischen Verfassungsstaates. Darüber hinaus ergeben sich aus bestimmten ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte selbst Gefahren für eine Demokratie. Durch die Globalisierung der Ökonomie entstanden Machtstrukturen, welche die Handlungsspielräume gewählter Politik, also der Regierung, gegenüber nicht-gewählter Wirtschaft, also den Unternehmern, tendenziell immer stärker einschränkt.

LINKSEXTREMISMUS UND SOZIALISMUS-FORDERUNGEN

Ganz ähnlich verhält es sich mit einem weiteren Einwand, der gegen das hier zugrundeliegende Extremismus- und Linksextremismusverständnis gelegentlich erhoben wird: Demnach richte sich die damit verbundene Argumentation allgemein und pauschal gegen Sozialisten.³⁰ Eine solche Einschätzung trifft nur gegenüber jenen hier gemeinten politischen Kräften zu, welche mit ihren sozialistischen Positionen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates ablehnen. Diese Differenzierung macht schon deutlich, dass keineswegs jeder Sozialist auch Linksextremist sein muss. Beim Sozialismus handelt es sich neben dem Konservatismus und Liberalismus um eine der drei Großtheorien des 19. Jahrhunderts. Daraus entstanden im Laufe der Zeit die unterschiedlichsten Richtungen, wovon einige die Minimalbedingungen der Demokratie teilten und andere den Weg in die Diktatur wählten. Insofern bedarf es auch der Differenzierung von demokratischen und extremistischen Sozialismuskonzeptionen.

Ideengeschichtlich geht die Herausbildung der erstgenannten Form auf den „Revisionismusstreit“ zwischen Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg in der deutschen Sozialdemokratie ab Ende des 19. Jahrhunderts zurück. Aus der Erkenntnis, dass bestimmte Prognosen von Karl Marx zur Entwicklung des Kapitalis-

mus nicht eintrafen, entwickelte sich eine andere Sozialismusauffassung. Danach wollte man über schrittweise Reformen und nicht durch eine gewalttätige Revolution zu einer egalitären Gesellschaftsordnung kommen. Hiernit ging die Akzeptanz von Parlamentarismus und Rechtsstaatlichkeit einher. Vor allem in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten fand diese Auffassung von einem „demokratischen Sozialismus“ seit den 1920er-Jahren große Akzeptanz, konnten damit doch das Ideal der politischen Freiheit und das Ideal der sozialen Gleichheit zumindest tendenziell in Einklang gebracht werden. Dabei blieb die Marktwirtschaft als ökonomisches System existent, stand aber unter der Dominanz eines entwickelten Sozialstaats.³¹

Diese Auffassung von einem „demokratischen Sozialismus“ lehnten die Anhänger des „real existierenden Sozialismus“ der DDR oder der Sowjetunion ab. Sie plädierten für die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und Parlamentarismus. Gleichzeitig galten ihnen Kompromisse mit den Arbeitgebern und Umverteilungen über Steuerpolitik als Abkehr vom Sozialismus.³² Außerdem legitimierten sie die diktatorischen Systeme im damaligen Ostblock, ohne ihre Menschenrechtsverletzungen und Unterdrückungsmaßnahmen zu kritisieren. In deren Perspektive hatte die angebliche soziale Gleichheit Priorität vor den fehlenden politischen Grundrechten. Demnach lehnte man auch die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates ab. Erst diese Position macht aus einer Forderung nach Sozialismus eine linksextremistische Bestrebung, wovon eine Richtung des demokratischen Sozialismus im Rahmen dieser Minimalbedingungen als nicht-extremistischer Orientierung unterschieden werden kann.³³

SCHLUSSWORT UND ZUSAMMENFASSUNG

Insbesondere die beiden letztgenannten Gesichtspunkte haben deutlich gemacht, dass die Auffassung von „Linksextremismus“ keineswegs mit der Diskreditierung von Kapitalismuskritik und der Verdammung des Sozialismus einhergeht. Die Autoren und Herausgeber des einleitend erwähnten Sammelbandes können sich somit ebenso wenig wie ähnlich argumentie-

rende Gegner der Extremismustheorie auf das mit ihr einhergehende konstitutive Verständnis in einem negativen Sinne stützen. Im Gegenteil, die Merkmale einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates sind wirtschaftspolitisch neutral. Demgemäß spielen auch ökonomische Positionen für die Einschätzung eines politischen Phänomens als extremistisch oder nicht-extremistisch keine Rolle, es sei denn, es gibt einschlägige Berührungspunkte zu den erwähnten Minimalbedingungen. Dazu gehört auch das Eigentumsrecht als Bestandteil der Menschenrechte, was in diesem Sinne auch nicht zur Disposition gestellt werden kann.

Anhänger eines „demokratischen Sozialismus“, welche die Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates akzeptieren, haben denn auch keine entschädigungslosen Enteignungen des Besitzes von Produktionsmitteln betrieben. Sofern sie die Regierung stellten, nutzten sie die Möglichkeiten einer einschlägigen Steuerpolitik. Durch die Belastung der Reichen und die Entlastung der Ärmeren förderte die Regierung etwa in den skandinavischen Wohlfahrtsstaaten nach 1945 das Ausmaß von sozialer Gleichheit. Mitunter bezeichnete man auch das Schweden der 1960er- und 1970er-Jahre als „sozialistisches Land“, was allerdings nur im Sinne eines „demokratischen Sozialismus“ richtig wäre. Denn die Abwahlmöglichkeit und Individualität, die Menschenrechte und der Pluralismus standen in dieser Phase politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklung nicht zur Disposition. Insofern stand und steht eine solche Politik auch nicht in einem Konfliktverhältnis zu den Prinzipien einer modernen Demokratie.

Genau dabei handelt es sich bei dem mit „Linksextremismus“ angesprochenen politischen Phänomen. Gemeint sind damit jene Gruppen, Organisationen, Parteien oder Subkulturen, die bei ihrem Streben nach mehr „sozialer Gleichheit“ die Minimalbedingungen einer offenen Gesellschaft und eines demokratischen Verfassungsstaates in Frage stellen wollen. Diese Besonderheit macht auch das Erkenntnisinteresse und den Nutzen der Sammelbezeichnung aus. Sie ermöglicht eine Einschätzung von politischen Bestrebungen hinsichtlich ihres Verhält-

nisses zu Gewaltenteilung und Individualität, Menschenrechten und Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit und Volkssouveränität. Man kann auch in der politikwissenschaftlichen Forschung der Auffassung sein, dass die Einstellung zu diesen Prinzipien für eine bestimmte Fragestellung nicht von Bedeutung ist. Man muss dann aber auch zurückfragen dürfen, warum eben diese Normen für die Betrachtung und Einschätzung von politischen Bestrebungen von so geringem Stellenwert sein sollen.³⁴

|| PROF. DR. ARMIN PFAHL-TRAUGHBER

Politikwissenschaftler und Soziologe,
 Fachhochschule des Bundes für öffentliche
 Verwaltung, Fachbereich Nachrichtendienste
 Abtlg. Verfassungsschutz, Politischer Extremis-
 mus, Politische Ideengeschichte, Brühl

ANMERKUNGEN

- ¹ Feustel, Susanne / Stange, Jennifer / Strohschneider, Tom (Hrsg.): Verfassungsfeinde? Wie die Hüter von Denk- und Gewaltmonopolen mit dem „Linksextremismus“ umgehen, Hamburg 2012, S. 7-9, hier S. 7 f.
- ² Vgl. ausführlicher zu diesem Sammelband Pfahl-Traughber, Armin: „Linksextremismus“ – ein Kampfbegriff?, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 25, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 308-311.
- ³ Vgl. u. a. Alt, Jürgen August: Richtig argumentieren oder wie man in Diskussionen recht behält, München, 4. Aufl., 2002, S. 78 f.; Edmüller, Andreas / Wilhelm, Thomas: Manipulationstechniken. Erkennen und abwehren, Planegg, 3. Aufl., 2002, S. 111-114.
- ⁴ Vgl. als bislang einzige ausführliche Begriffsgeschichte Backes, Uwe: Politische Extreme. Eine Wort- und Begriffsgeschichte von der Antike bis zur Gegenwart, Göttingen 2006.
- ⁵ Vgl. u. a. Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Literatur, Bd. 2: Analyse, Bd. 3: Dokumentation, Köln 1989; Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1993.
- ⁶ Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Demokratie und Extremismus. Anmerkungen zu einem antithetischen Begriffspaar, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 44/1993, S. 3-18.
- ⁷ Backes / Jesse: Politischer Extremismus, S. 40.
- ⁸ Vgl. u. a. Enzmann, Birgit: Der demokratische Verfassungsstaat. Entstehung, Elemente, Herausforderungen, Wiesbaden 2012; Kielsmansegg, Peter Graf: Die Grammatik der Freiheit. Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden 2013.
- ⁹ Backes, Uwe: Politischer Extremismus in demokratischen Verfassungsstaaten. Elemente einer normativen Rahmentheorie, Opladen 1989, S. 298-311.
- ¹⁰ Ebd.
- ¹¹ Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft. Strukturmerkmale extremistischer Doktrine, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2010, S. 9-32.
- ¹² Funke, Manfred: Extremismus, in: Handlexikon zur Politikwissenschaft, hrsg. von Wolfgang Mickel, Bonn 1986, S. 132-136, hier S. 133.
- ¹³ Narr, Wolf-Dieter: Radikalismus / Extremismus, in: Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit, hrsg. von Martin Greiffenhagen, München / Wien 1980, S. 366-375, hier S. 374.
- ¹⁴ Rudzio, Wolfgang: Extremismus, in: Lexikon des Sozialismus, hrsg. von Thomas Meyer u. a., Köln 1986, S. 167.
- ¹⁵ Kopke, Christoph / Rensmann, Lars: Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2000, S. 1451-1462, hier S. 1452.
- ¹⁶ Grebing, Helga: Linksradikalismus gleich Rechtsradikalismus. Eine falsche Gleichung, Stuttgart 1971.
- ¹⁷ Jaschke, Hans-Gerd: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit. Grundlagen, Praxis und Kritik, Opladen 1994, S. 143.
- ¹⁸ Neugebauer, Gero: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, hrsg. von Wilfried Schubarth und Richard Stöss, Bonn 2000, S. 13-37, hier S. 22.
- ¹⁹ Butterwegge, Christoph: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken. Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2010, S. 33-60, hier S. 35, 38.
- ²⁰ Jaschke: Streitbare Demokratie und innere Sicherheit, S. 53.
- ²¹ Neugebauer: Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus, S. 14.
- ²² Butterwegge: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien, S. 39.

- ²³ Vgl. ausführlicher Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Die „Extremismus-Formel“ – Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 13, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2001, S. 13-29; Brodkorb, Matthias: Eine Kritik der Kritik. Über die missverstandene Extremismustheorie, in: Extremistenjäger!? Der Extremismus-Begriff und der demokratische Verfassungsstaat, hrsg. von Matthias Brodkorb, Banzkow 2011, S. 89-99; Pfahl-Traughber, Armin: Kritik der Kritik der Extremismustheorie. Eine Auseinandersetzung mit einschlägigen Vorwürfen, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, hrsg. von Dems., Brühl 2013, S. 31-55.
- ²⁴ Bobbio, Norberto: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin 1994, S. 78.
- ²⁵ Backes, Uwe / Jesse, Eckhard: Die Rechts-Links-Unterscheidung. Betrachtungen zu ihrer Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 9, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 1997, S. 13-38, hier S. 27.
- ²⁶ Bobbio: Rechts und Links, S. 83.
- ²⁷ Vgl. u. a. Guerin, Daniel: Anarchismus. Begriff und Praxis, Frankfurt a. M. 1971; Wittkop, Justus F.: Unter der schwarzen Fahne. Gestalten und Aktionen des Anarchismus, Frankfurt a. M. 1989.
- ²⁸ Vgl. u. a. Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, München 1979; Leonhard, Wolfgang: Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus, Düsseldorf 1970.
- ²⁹ Vgl. u. a. Butterwegge: Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien, S. 39 f.; Stöss, Richard: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung – Ursachen – Gegenmaßnahmen, Opladen 1989, S. 18.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Vgl. u. a. Gurgies, Erik: Schweden. Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat, in: Praxis der Sozialen Demokratie, hrsg. von Thomas Meyer, Wiesbaden 2006, S. 49-129; Palme, Olof: Die Gleichheit freier Menschen – der demokratische Sozialismus Schwedens, in: „Er rührte an die Herzen der Menschen“, Reden und Texte, hrsg. von Freimut Duve, Reinbek 1986 S. 58-65.
- ³² Vgl. u. a. Fedoseev, Petr Nikolaevich: „Demokratischer Sozialismus“ – Ideologie des Sozialreformismus, Berlin (DDR) 1980.
- ³³ Vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Armin: Demokratischer Sozialismus (I) und Demokratischer Sozialismus (II). Zur Umdeutung und Vereinnahmung eines Konzepts durch die Partei „Die Linke“, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2012, S. 80-96; Pfahl-Traughber, Armin: Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen. Fallstudien über deren Verhältnis zu Demokratie und Extremismus, in: Deutsche Kontroversen. Festschrift für Eckhard Jesse, hrsg. von Alexander Gallus, Thomas Schubert und Tom Thieme, Baden-Baden 2013, S. 197-210.
- ³⁴ Auszüge dieses Artikels sind online veröffentlicht als „Dossier Linksextremismus“ der Bundeszentrale für Politische Bildung, <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/191096/linksextremismus-analytische-kategorie-oder-politisches-schlagwort>

IST DIE LINKE EINE EXTREMISTISCHE PARTEI?

ECKHARD JESSE || Die Linke wurde bei der Bundestagswahl 2013 drittstärkste Kraft. Die Wahlerfolge einer solchen Partei sind mitnichten ein zwingender Beleg für ihren demokratischen Charakter. Auch wenn sich Die Linke im Extremismusgrad deutlich von der NPD unterscheidet, so stellt sie keineswegs einen Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates dar. Extremistische Tendenzen sind unübersehbar.

EINFÜHRUNG

Als die DDR zusammenbrach, hätte kein Beobachter damit gerechnet, dass die aus der SED hervorgehende Kraft (unter welchem Namen auch immer) relevanten Einfluss in der Bundesrepublik gewinnen könnte. Sie war delegitimiert und diskreditiert. Doch mittlerweile sieht dies anders aus. Hatte sie bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 2,4 % der Stimmen erreicht, so kam sie 2009 mit 11,9 % auf den fünffachen Anteil. Auch wenn sie bei der Bundestagswahl 2013 3,3 Punkte einbüßte, ist sie das erste Mal die drittstärkste Kraft und sogar die stärkste Oppositionspartei. In drei von fünf neuen Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) rangiert sie bei Landtagswahlen an zweiter Stelle. Bei der Landtagswahl in Thüringen am 14. September 2014 erreichte sie mit 28,2 % ihr bestes Ergebnis.

Die Linke ist ein neuer Faktor im deutschen Parteiensystem geworden. Durch den Einzug der postkommunistischen Partei in den Bundestag musste 2005 und 2013 eine Große Koalition gebildet werden, weil sie für ein Bündnis nicht in Frage kam. Der folgende Beitrag will die Frage beantworten, ob die Partei linksextremistische Züge aufweist¹ und es daher berechtigt war, keine Koalition mit der Linken auf Bundesebene einzugehen. Zunächst geht es um ihre historische Tradition, schließlich um ihren Antifaschismus, der die Partei zusammenhält, dann um ihre Programmatik sowie um die Haltung

der anderen Parteien wie die des Verfassungsschutzes. Das Fazit gibt eine Antwort auf die Leitfrage nach dem extremistischen Charakter der Partei.

HISTORISCHE TRADITION

Die Linke hat eine lange, wiewohl keine ehrwürdige Tradition.² Die Partei lässt sich bis auf die zum Jahreswechsel 1918/19 ins Leben gerufene KPD von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zurückführen. Die KPD, die als weithin moskauabhängige Partei die erste deutsche Demokratie mit (Wort-)Gewalt bekämpft hatte, wurde 1933 schnell ausgeschaltet, unterdrückt und blutig verfolgt. Nach dem Ende der NS-Diktatur ließen die Alliierten 1945 die KPD neben der SPD und zwei bürgerlichen Parteien zu (der überkonfessionellen Union und den Liberalen). Sie strebte in der sowjetischen Besatzungszone eine Fusion mit der SPD an – die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) fand am 21./22. April 1946 in Berlin statt. Als „Staatspartei“ besaß sie die politische Hegemonie, jede Blockpartei war machtlos und von ihr abhängig. Die DDR war formal ein Mehrparteien-, faktisch ein Einparteiensystem. Das Schicksal der SED (und das der gesamten DDR) wiederum hing von der sowjetischen Parteidiktatur ab. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 konnte nur mit sowjetischen Panzern niedergeschlagen werden, und der Bau der Mauer

am 13. August, den Walter Ulbricht angestrebt hatte, bedurfte der Zustimmung der sowjetischen Kommunisten.

Das Ende der DDR, einem Staat ohne Legitimation und lediglich mit schwacher Identität, leitete der Wandel der außenpolitischen Konstellationen ein. Am 1. Dezember 1989 – während der friedlichen Revolution, nach der erzwungenen Öffnung der Mauer – strich die Volkammer die „führende Rolle“ der SED aus der Verfassung. Die Partei trat mit Erich Honeckers Nachfolger Egon Krenz, der von einer „Wende“ sprach, die Flucht nach vorn an, doch nützte ihr diese „Nachtrabpolitik“ nichts. Nach dem Scheitern von Krenz kam die zweite Garnitur zur Geltung – mit dem Vorsitzenden Gregor Gysi sowie seinen Stellvertretern Wolfgang Berghofer, Hans Modrow und Wolfgang Pohl. Auf dem Sonderparteitag am 16./17. Dezember 1989 nannte sich die SED in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) um; am 4. Februar 1990 entfiel der Name „SED“. Durch diesen Beschluss des Parteivorstandes hieß sie nur noch Partei des Demokratischen Sozialismus. 15 Jahre später, am 17. Juli 2005, abgeseget auf dem Parteitag, lautete der neue Name: Die Linkspartei. Die Landesverbände konnten sich – wenn sie wollten – des Zusatzes „PDS“ bedienen. Der Grund für die Änderung: Die vor allem im Westen beheimatete WASG, die bereit war, auf der Liste der PDS bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 zu kandidieren, machte dies zur Bedingung. Knapp zwei Jahre später folgte eine weitere Umbenennung. Durch die Fusion der Linkspartei mit der WASG³ am 16. Juni 2007 heißt die Partei nun Die Linke. In ihr dominieren die Repräsentanten der PDS, wenngleich manche Kräfte aus der WASG die Partei weiter radikalisiert haben. Mit dieser historischen Herleitung soll nicht Kontinuität um jeden Preis suggeriert werden.

Gewiss: Die PDS löste sich in vielen Maximen von der SED – organisatorisch, strategisch, ideologisch und personell. So wurde der „demokratische Zentralismus“ Lenins aufgegeben. Zu einer Auflösung der SED konnte sich die politische Spitze allerdings nicht entschließen, um die Identität zu wahren und vermutlich deshalb, weil ihr sonst deren Parteivermögen entzogen

worden wäre. Neben Elementen des Wandels gibt es daher solche der Kontinuität.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: So hat Die Linke ihre Stiftung nach Rosa Luxemburg genannt. Diese war eine Verfechterin der Diktatur des Proletariats in Wort und Tat.⁴ In der deutschen Revolution 1918/19 votierte das Gründungsmitglied der KPD gegen die ungefestigte Demokratie, und sie unterstützte den „Spartakusaufstand“. Die oft heroisierte Rosa Luxemburg⁵ war keine Repräsentantin eines freiheitlichen Sozialismus wie Eduard Bernstein oder Friedrich Ebert. Gleiches gilt für den von der PDS verehrten Karl Liebknecht. In ihrer berühmten Schrift „Zur russischen Revolution“, die ein flammendes Plädoyer für sie enthält, kritisierte Luxemburg in drei Punkten Wladimir I. Lenin: wegen der von ihm propagierten Aufteilung von Grund und Boden an die Bauern; wegen seiner Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen; und schließlich wegen seines „demokratischen Zentralismus“, doch ist ihr Plädoyer für „Massenspontaneismus“ keineswegs mit den Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates vereinbar. Und ihr immer wieder zitierter Satz, Freiheit sei die Freiheit der Andersdenkenden, nimmt sich im Zusammenhang ganz anders aus, nicht als Plädoyer für Pluralismus und Freiheit. Insofern ist die rhetorische Frage von Autoren der Rosa-Luxemburg-Stiftung zutreffend: „Haben aber die Verfechter des heutigen Neoliberalismus, der auf die absolute Macht des Kapitals zielt und demokratische Politik zur Magd zu diskreditieren sucht, ein Recht, sich auf Rosa Luxemburg zu berufen?“⁶ Nein, haben sie nicht, denn in der Tat unterscheidet sich das Verständnis des demokratischen Verfassungsstaates, der dem Eigenwert demokratischer Spielregeln das Wort redet, fundamental von einer Position, die Freiheit der „Diktatur des Proletariats“ unterordnet.

„ANTIFASCHISMUS“ ALS EINIGENDES BAND

Das Thema, das die gesamte Linke eint, ist ihr mit Antikapitalismus gepaarter Antifaschismus. Sie hat ein klar antifaschistisches Konzept, deswegen aber noch kein demokratisches. Die PDS versuchte im Bundestag und in den Landtagen, eine „antifaschistische Klausel“ zu verankern. Bereits im Jahre 2001 hatte die PDS

im Deutschen Bundestag einen solchen Antrag eingebracht. Der Artikel 26 sollte einen erweiterten Wortlaut erhalten: Nicht nur eine Handlung, die das friedliche Zusammenleben der Völker störe, wie etwa die Vorbereitung eines Angriffskrieges, sei unter Strafe zu stellen, sondern auch die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts. Die Akzeptanz des Antifaschismus ist der kleinste gemeinsame Nenner. Eine Gefahr geht nur von „rechts“ aus. Das gilt für alle linksextremistischen Gruppen.⁷ Umgekehrt ist nicht jeder, der für Antifaschismus votiert, ein Linksextremist.

Der Vorschlag, eine „antifaschistische Klausel“ in die Verfassung aufzunehmen, ist für die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland schädlich. Auf diese Weise würde davon abgerückt, dass ein freiheitlicher Staat gleichermaßen alle extremistischen Positionen ablehnt. Das Grundgesetz (wie jede Verfassung der Bundesländer) weist eine antiextremistische Orientierung auf. Nirgendwo ist davon die Rede, ein Parteien- oder ein Vereinigungsverbot sei nur einer politischen Richtung vorbehalten. Das Grundgesetz weist keinen antifaschistischen Impetus auf, wie die PDS immer wieder behauptet. Wäre das der Fall, erwiese sich eine solche Formel schlicht als überflüssig.

Wer eine antifaschistische Klausel propagiert, sieht lediglich in rechtsextremistischen Bestrebungen eine Gefahr für den demokratischen Verfassungsstaat. Das liefe auf einen massiven Wandel des politischen Koordinatensystems hinaus. Indirekt bedeutete das eine Aufwertung, ja geradezu eine Rehabilitierung des Antifaschismus der DDR sowie eine Legitimierung linksextremistischer Bestrebungen. Wer Rechts- wie Linksextremismus und jede Form des politischen Extremismus ablehnt (darunter fällt auch der Fundamentalismus religiöser Prägung), kann der Verwendung eines solchen Terminus nichts Positives abgewinnen.

Eine derartige Generalklausel verdient aus einem weiteren Grund Kritik: Mit der vagen Formulierung von den „rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aktivitäten“, die nicht zuzulassen seien, können unliebsame Positionen ins Abseits gestellt werden. Konkretisierungen fehlen. Entsprechende strafrechtliche Vorschriften gegen solche Aktivitäten bestehen

bereits. Die von großen Teilen der Partei Die Linke vertretene Auffassung, „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“, trifft so nicht zu. Ein Verbrechen ist eine Tat, die mit einer Strafe sanktioniert wird. Das gilt aber nicht für eine Meinung, mag sie noch so abwegig sein. Sondergesetze gegen die bloße Bekundung einer Meinung verbieten sich in einem demokratischen Verfassungsstaat. Wer gegen den Abbau demokratischer Rechte polemisiert und immer wieder hervorhebt, niemand dürfe wegen seiner politischen Einstellungen benachteiligt werden, und zugleich eine antifaschistische Klausel propagiert, argumentiert doppelbödig. Offenbar geht es ihm nicht um den Schutz der Grundrechte an sich, sondern nur um den Schutz für eine bestimmte Richtung.

Die Antifaschismus-Klausel soll die Handhabe dafür bieten, dass – tatsächliche oder auch nur vermeintliche – rechtsextremistische Kräfte gleichsam unter der Hand die Grundrechte der Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationfreiheit verlieren. Eine solche Bestimmung mit hoher Symbolkraft würde in gewisser Weise eine Kehrtwendung vom bisherigen verfassungspolitischen Konsens einleiten. Damit wäre der Weg in eine andere Republik beschritten. Das Bekenntnis zu einem wertgebundenen Antiextremismus – nicht einseitig zum Antifaschismus, nicht einseitig zum Antikommunismus – ist die Devise des demokratischen Verfassungsstaates. Der grundlegende Gegensatz von extremistisch und demokratisch gilt für die Auseinandersetzung mit allen Extremismen.

Die Demokratie sei nur durch rechte, nicht durch linke politische Strömungen bedroht. Die Linke ist nicht frei davon, die Parole des Antifaschismus für die Aushebelung des demokratischen Verfassungsstaates zu benutzen. Jedenfalls wird dieser dadurch delegitimiert. Mit dem „Kampf gegen rechts“ hat sie ein willkommenes Agitationsfeld gefunden. Dadurch ist die Partei aufgewertet worden. Gewisse Erfolge der gesellschaftlich geächteten und zugleich in jeder Hinsicht rechtsextremistischen NPD⁸ kamen der Partei Die Linke insofern zupass.

Sie konnte mit ihren Parolen in die „Mitte der Gesellschaft“ vordringen, nicht die NPD, wie oft behauptet. Allein deshalb, weil jemand

den Rechtsextremismus bekämpft, bejaht er noch nicht die Demokratie. Die Absage an den Rechtsextremismus ist bei der Linken nicht antiextremistisch fundiert, sondern antifaschistisch.⁹ Jeder Rechtsextremist ist in der Tat ein Antidemokrat. Doch nicht jeder Gegner des Rechtsextremismus muss ein Verfechter des demokratischen Verfassungsstaates sein. Rechts- und Linksextremisten weisen eben nicht nur Gegensätze, sondern auch Gemeinsamkeiten auf.

PROGRAMMATIK

Die PDS verabschiedete drei Grundsatzprogramme: 1990, 1993 und 2003.¹⁰ Berief sich die Partei anfangs auf Lenin als ideologischen Gewährsmann, so entfiel diese Bezugnahme im letzten Programm. Die beständige Kritik am „Kapitalismus“ – gemeint ist nicht bloß die Wirtschaftsordnung – blieb freilich erhalten. Im Jahre 2004 – auf ihrem Potsdamer Parteitag – versuchte die Partei mit dem Begriff vom „strategischen Dreieck“, die unterschiedlichen innerparteilichen Interessen auf außerparlamentarische Opposition, parlamentarische Opposition und Regierungspolitik gleichermaßen zu verpflichten: „Für sozialistische Politik nach unserem Verständnis bilden Widerstand und Protest, der Anspruch auf Mit- und Umgestaltung sowie über den Kapitalismus hinausweisende Alternativen ein unauflösbares strategisches Dreieck.“¹¹ Auf dieses Dreieck kam und kommt Die Linke kontinuierlich zurück, meint sie doch damit im Kern nichts anderes als Systemüberwindung.

Die Partei verabschiedete erst im Oktober 2011 ein Grundsatzprogramm.¹² Offenbar fürchtete Die Linke Grundsatzkonflikte zwischen den verschiedenen Strömungen. Die Absage an die „kapitalistischen Verwertungsinteressen“, ohne dass immer klar wird, was damit gemeint ist, stellt einen ideologischen Grundkonsens dar. Ähnlich vage bleibt das Plädoyer für eine andere Gesellschaftsordnung. Der Gemeinplatz, der Kapitalismus sei nicht das letzte Wort der Geschichte, kommt oft aus dem Mund führender Repräsentanten der Partei, vor wie nach der Vereinigung der Parteien von Linkspartei und WASG. Das Programm basierte maßgeblich auf einem von Oskar Lafontaine konzipierten Entwurf. Das Ausbleiben von Zerwürfnissen

dürfte nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, dass das Programm, wie bei Grundsatzprogrammen üblich, allgemein gehalten war.

Gleichwohl hieß es eingangs unumwunden: „Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird. Wir setzen Lohndumping, Sozialraub und dem Ausverkauf öffentlichen Eigentums Widerstand entgegen. Wir wollen die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verändern und ringen um eine andere Politik. Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Internationalismus und Solidarität gehören zu unseren grundlegenden Werten. Sie sind untrennbar mit Frieden, Bewahrung der Natur und Emanzipation verbunden. Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“¹³ Die Partei stehe für drei miteinander verknüpfte Leitideen: gute Lebensbedingungen für alle, Unterordnung der Wirtschaft unter die solidarische Entwicklung, Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals. Der „demokratische Sozialismus“, den die Partei im Programm propagiert,¹⁴ deckt sich nicht mit dem von der SPD verfochtenen „demokratischen Sozialismus“.¹⁵ So heißt es etwa: „Demokratischer Sozialismus fördert die Entfaltung der zivilisatorischen Entwicklungspotenziale der Gesellschaft und zielt auf grundlegende Veränderungen der herrschenden Eigentums-, Verfügungs- und Machtverhältnisse. Er verbindet Protest und Widerstand, den Einsatz für soziale Verbesserungen und linke Reformprojekte unter den gegebenen Verhältnissen und die Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus zu einem großen Prozess gesellschaftlicher Umgestaltung, der das 21. Jahrhundert bestimmen wird. [...] Dieser Prozess wird von vielen kleinen und großen Reformschritten, von Brüchen und Umwälzungen mit revolutionärer Tiefe gekennzeichnet sein.“¹⁶ Solche Formulierungen („herrschende Machtverhältnisse“, „Widerstand“, „Überschreitung der Grenzen des Kapitalismus“, „revolutionäre Tiefe“) stehen in einem deutlichen Gegensatz zur Programmatik der SPD.

Die Repräsentanten der Partei bejahen das kubanische Experiment und bezeichnen das System nicht als das, was es ist: eine kommunistische Diktatur. Es fällt ihr schwer, sich von der

russischen Oktoberrevolution und der sowjetischen Expansionspolitik nach 1945 zu distanzieren. Die „Vergangenheitspolitik“ der Partei Die Linke ist halbherzig.¹⁷ Das gilt auch für das Grundsatzprogramm von 2011.

HALTUNG DER ANDEREN PARTEIEN ZUR PARTEI DIE LINKE

Für Union und FDP kommt eine Tolerierung durch Die Linke weder im Osten noch im Westen in Frage, geschweige denn eine Koalition mit ihr. Das beruht auf Gegenseitigkeit. Die beiden Parteien scheuen sich auch nicht, Die Linke als teilweise extremistisch zu bezeichnen, obwohl diese Kritik keineswegs im Vordergrund steht, da sie, zumal im Osten des Landes, nicht immer so verstanden wird, wie sie gemeint ist: nicht als Kritik an den Wählern der Partei, sondern als Kritik an ihr.

Die Grünen haben mehrheitlich schon seit vielen Jahren prinzipiell nichts gegen eine Einbeziehung der Partei die Linke an der Regierung. So wurde bei den letzten Bundestagswahlen ein Bündnis mit den Postkommunisten nicht ausgeschlossen, wiewohl auch nicht eigens befürwortet. Die Linke galt vielmehr als „politikunfähig“. Nach der Bundestagswahl 2013 propagierte die Partei eigens neue Koalitionsoptionen: „Ob uns 2017 neue Koalitionsoptionen offen stehen, hängt jedoch nicht allein an uns. Es hängt auch daran, „ob die Linkspartei sich ihren Konflikten – gerade in der Außen-, Finanz- und Europapolitik – stellt und 2017 nicht nur Regierungsfähigkeit vorgibt, sondern es auch ernst meint, sowie daran, ob die SPD davon abrückt, Koalitionsoptionen mit der Linkspartei auszuschließen.“¹⁸

Die SPD befürwortet in den neuen Bundesländern zwar prinzipiell eine Zusammenarbeit mit der Partei, in den alten überlässt sie die Entscheidung den Landesverbänden. Doch auf Bundesebene wurde eine Kooperation mit ihr abgelehnt. Die Linke sei politikunfähig, noch nicht im Westen „angekommen“, außenpolitisch unberechenbar und mache unhaltbare Versprechen. Ein Hinweis auf die extremistischen Züge bei der Partei Die Linke fehlt in der Regel.

Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hatte vor der Wahl 2013 zwischen einer insgesamt

konstruktiven Ost-Linken und einer politikunfähigen West-Linken offenkundig einen Keil zu treiben versucht. Wurde mit dieser Unterscheidung indirekt bereits eine andere Strategie gegenüber der Partei Die Linke vorbereitet? Die SPD trat nach der Bundestagswahl 2013 die Flucht nach vorne an – sie zog die Konsequenz aus dem Abschneiden der linken Konkurrenz bei den letzten drei Bundestagswahlen: Auf ihrem Bundesparteitag am 14. November 2013 verabschiedete sie einen Leitantrag mit dem folgenden Kernsatz: „Für die Zukunft schließen wir keine Koalition (mit Ausnahme von rechtspopulistischen oder -extremistischen Parteien) grundsätzlich aus.“¹⁹ Damit hat die SPD – was die Bundesebene betrifft – ihre Ablehnung eines Regierungsbündnis mit der Linken prinzipiell aufgegeben. Doch das kann sich schnell wieder ändern, zumal die außenpolitischen Konzeptionen stark voneinander abweichen.

Für Die Linke ist eine Einbeziehung in eine Koalition beides: Chance und Risiko gleichermaßen. Eine Chance deshalb, weil sie damit die Möglichkeit hat, auf Bundesebene mitzugieren, Minister zu stellen und eigene Positionen durchzusetzen. Zudem wird sie damit weiter hoffähig gemacht. Ein Risiko deshalb, weil Teile der Partei aus prinzipiellen Gründen eine Regierungsbeteiligung im Grunde nicht wollen (aus der Angst heraus, dadurch verliere der Radikalismus an Kraft, mache sie sich unter Umständen überflüssig) und weil die Linke „entzaubert“ werden könnte. Wo die Partei regierte, brach sie bei der nachfolgenden Wahl ein: In Mecklenburg-Vorpommern verlor sie 2002 8,0 Punkte, in Berlin 2006 9,2 Punkte und in Brandenburg 2014 8,6 Punkte. Die Linke kommentierte den Wandel der SPD eher zurückhaltend. Mit den Worten von Gregor Gysi: „Seit 1990 hatte die SPD immer nur ein Ziel: Sie wollte uns loswerden. Das ist nicht gelungen. Aber bis zum Beweis des Gegenteils ist die Öffnung für Rot-Rot-Grün erst einmal Taktik, vielleicht sogar ein vergiftetes Angebot.“²⁰

HALTUNG DES VERFASSUNGSSCHUTZES ZUR PARTEI DIE LINKE

Die Ämter für Verfassungsschutz sind sich nicht einig darin, wie sie Die Linke einzuschätzen haben. Die Extreme sind Brandenburg und

Bayern. Brandenburg hat in seinem Verfassungsschutzbericht noch nie über die PDS, die Linkspartei und Die Linke berichtet, Bayern hingegen die gesamte PDS, die gesamte Linkspartei und die gesamte Linke stets als extremistisch bezeichnet. Viele Verfassungsschutzämter sehen einzelne Strukturen der Partei wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen weiterhin als Beobachtungsobjekt an, mehr im Westen als im Osten. Die Verfassungsschutzberichte erwähnen offen extremistische Strukturen innerhalb der Partei, etwa die Kommunistische Plattform oder das Marxistische Forum. Die engen Verbindungen zu kommunistischen Kräften innerhalb der Europäischen Linkspartei sind ein zusätzlicher Grund für die Aufnahme in die Berichte. Es fällt jedoch ein Trend auf: Die Beobachtung und damit die Berichterstattung über Die Linke lässt nach.²¹

Um dies an den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu zeigen: Die PDS und die Linkspartei wurden in den Verfassungsschutzberichten stets ausführlich genannt. Mit der Gründung der Partei Die Linke ließ die Berichterstattung sukzessive nach. Im Verfassungsschutzbericht 2007 hieß es zwar noch: „Damit bekennt sich die Partei in ihrer Programmatik weiterhin zu einer extremistischen Ausrichtung.“²² Allerdings fanden sich bereits einige relativierende Aussagen, wonach „Ansätze für eine Umsetzung des programmatischen Ziels der Überwindung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung nicht zu erkennen“²³ seien.

Seit dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2012 findet sich nach der DKP, der MLPD, dem „GegenStandpunkt“ und den Trotzlisten ein Unterkapitel über „Offen extremistische Strukturen“ in der Partei Die Linke: Genannt sind die Kommunistische Plattform, die Sozialistische Linke, die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si, das Marxistische Forum, der Gerarer / Sozialistischer Dialog sowie die Antikapitalistische Linke.²⁴ Ein übergreifender Teil zur Partei Die Linke fehlt. Offenbar werden solche „offen extremistischen Strukturen“ der Partei als Ganzes nicht mehr zugerechnet. Die Antwort auf die Frage wäre aufschlussreich, ob der Wandel auf die Partei zurückgeht oder auf das gesellschaftliche Klima.

RESÜMEE

Wer wie Die Linke die „Systemfrage“ stellt, lehnt die Grundlagen des Systems prinzipiell ab. Eine andere Interpretation ist schwerlich möglich. Zwar gilt: Eine Rückkehr zum Realsozialismus der DDR ist nicht beabsichtigt. Aber bedeutet dies schon eine Hinwendung zum demokratischen Verfassungsstaat der Bundesrepublik Deutschland? Wer die Partei beim Worte nimmt, kommt nicht umhin, die folgende Aussage zu treffen: Sie erkennt nicht die freiheitliche demokratische Grundordnung ohne Wenn und Aber an. Die Berufung auf „Demokratie“ besagt demgegenüber wenig, da dieser Begriff, längst eine Allerweltsbezeichnung geworden, auch und gerade von Gegnern der freiheitlichen Ordnung Verwendung findet.

Der permanente Hinweis darauf, die PDS habe sich bereits im Dezember 1989 vom „Stalinismus als System“ losgesagt, verfängt als Argument für die demokratische Glaubwürdigkeit der Partei keineswegs. Denn „Stalinismus“ gilt im Verständnis linker Gruppierungen als Pervertierung des Kommunismus. Wer ihn ablehnt, kann umso mehr für einen neuen Sozialismus plädieren; „Stalinismus“ sei, so die Position vieler Repräsentanten der Linken, niemals Sozialismus gewesen. Insofern wohnt diesem Begriff eine apologetische Komponente inne. Auch wenn die Partei heute überwiegend keine kommunistische Partei mehr ist, gibt es einen Konsens über die Ablehnung einer prinzipiellen Kommunismuskritik. Sie ist damit weit von einem antiextremistischen Demokratieverständnis entfernt.²⁵ Das Plädoyer von Gesine Löttsch, der damaligen Parteivorsitzenden, für „Wege zum Kommunismus“,²⁶ veröffentlicht in der links-extremistischen „jungen Welt“ 2011, spricht Bände.

In der praktischen Politik, und dies steht in einem bedeutsamen Spannungsverhältnis zu ihrer Ideologie, legt die Partei ein hohes Maß an Pragmatismus an den Tag. Vor allem in den neuen Bundesländern übernimmt die Verantwortung. Sektiererische Tendenzen spielen dort eine geringere Rolle. Das Dilemma für Die Linke besteht bekanntlich darin: In der Opposition kann sie populistisch Stimmung machen und viele Wähler an sich ziehen, als Regierungspartei ist ihr dieser Weg verwehrt. Ihrer Aufwertung

als Regierungspartei stehen – wie erwähnt – zugleich beträchtliche Wählerverluste gegenüber.

Die Verfechter des demokratischen Verfassungsstaates sollten zweierlei vermeiden: einerseits Die Linke stigmatisierend dämonisieren, in ihr mehr oder weniger nur eine verkappte SED sehen, andererseits sie verharmlosen, und zwar in dem Sinne, als handle es sich um „Kinderkrankheiten“ einer jungen, ungebärdigen Partei. Diese letzte Gefahr scheint größer zu sein als die erste. Was Anhänger wie Gegner der Partei mitunter nicht wahrhaben wollen, ist der Sachverhalt, dass Die Linke zerstritten ist.²⁷

Im Vergleich zum „harten“ Rechtsextremismus der NPD verfiert Die Linke einen „weichen“ Linksextremismus.²⁸ Vor allem bedient sie sich populistischer Ressentiments. Insofern muss sie die Kritik von Repräsentanten des demokratischen Verfassungsstaates ertragen.

|| PROF. DR. ECKHARD JESSE

Institut für Politikwissenschaft, Philosophische Fakultät der TU Chemnitz

ANMERKUNGEN

- 1 Diese als heikel geltende Frage wird in der Politik, der Publizistik und der Politikwissenschaft vielfach umgangen.
- 2 Die Ausführungen basieren teilweise auf den folgenden Texten: Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012; Jesse, Eckhard: Die Linke als dritte Kraft? Personal, Organisation, Programmatik, Koalitionsstrategie, Wahlergebnis, in: Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, hrsg. von Dems. und Roland Sturm, Baden-Baden 2014, S. 231-254.
- 3 Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- 4 Allerdings wurde Rosa Luxemburg in der DDR wegen ihrer partiellen Kritik an der Parteikonzeption Lenins nicht nur gelobt.
- 5 Zur Kritik an ihr vgl. u. a. Pfahl-Traughber, Armin: Die Berufung auf den Marxismus der Rosa Luxemburg. Zur demokratie- und extremismustheoretischen Einschätzung einer Klassikerin, in: Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, hrsg. von Martin H. W. Möllers und Robert Chr. van Ooyen, Frankfurt a. M. 2010, S. 181-196.
- 6 So Kinner, Klaus / Seidel, Helmut: Vorwort, in: Rosa Luxemburg. Historische und aktuelle Dimensionen ihres theoretischen Werkes, hrsg. von Dens., Berlin 2002, S. 8.
- 7 Vgl. Blank, Bettina: „Deutschland, einig Antifa“? „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014.
- 8 Vgl. Brandstetter, Marc: Die NPD unter Udo Voigt. Organisation. Ideologie. Strategie, Baden-Baden 2013.
- 9 Vgl. für Einzelheiten Peters, Tim: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.
- 10 Vgl. Prinz, Sebastian: Die propagandistische Entwicklung der PDS. Kontinuität und Wandel der Politik einer sozialistischen Partei, Wiesbaden 2010.
- 11 Zitiert nach Disput 11/2004, S. 50 f.
- 12 Vgl. dazu Pfahl-Traughber, Armin: Das neue Programm der Partei „Die Linke“ (2011). Eine Analyse aus demokratie- und extremismustheoretischer Perspektive, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, hrsg. von Dems., Brühl 2013, S. 113-136.
- 13 Programm der Partei Die Linke, Berlin 2011, S. 5, unter: www.die-linke.de
- 14 Vgl. etwa das Kapitel „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert“ (ebd., S. 27-33).
- 15 Vgl. zu den Unterschieden Pfahl-Traughber, Armin: Der „demokratische Sozialismus“ der Partei Die Linke. Eine Analyse aus demokratietheoretischer und ideengeschichtlicher Sicht, in: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, hrsg. von Gerhard Hirscher und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 207-220.
- 16 Programm der Partei Die Linke, S. 28 f.
- 17 Vgl. Lannert, Christian: „Vorwärts und nicht vergessen“? Die Vergangenheitspolitik der Partei Die Linke und ihrer Vorgängerin PDS, Göttingen 2012.
- 18 Bündnis 90 / Die Grünen: Beschluss: Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft, Bundesdelegiertenkonferenz Berlin, 18.-20. Oktober 2013, S. 4.
- 19 Beschluss: Leitantrag „Perspektiven. Zukunft. SPD!“, unter: www.spd.de
- 20 Deggerich, Markus / Hoffmann, Christiane: Spiegel-Gespräch mit Gregor Gysi: Wir sind bereit, in: Der Spiegel 49/2013, S. 34.
- 21 Vgl. Jesse / Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, S. 297-336.
- 22 Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundes, Berlin 2008, S. 151.
- 23 Ebd., S. 151.
- 24 Vgl. Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012, Berlin 2013, S. 209-216. Die Tendenz ist im Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2013 nicht anders.

- ²⁵ Die folgende Analyse ist nicht überholt: Lang, Jürgen P.: Ist die PDS eine demokratische Partei? Eine extremismustheoretische Untersuchung, Baden-Baden 2003; siehe eingehend Jesse / Lang: Die Linke – eine gescheiterte Partei?
- ²⁶ Vgl. Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: junge Welt, 3.1.2011.
- ²⁷ Vgl. jetzt die Studie von Oppelland, Torsten / Träger, Hendrik: Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei, Baden-Baden 2014.
- ²⁸ Vgl. Jesse, Eckhard: Die NPD und Die Linke. Ein Vergleich zwischen einer harten und einer weichen Form des Extremismus, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 21, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2009, S. 13-31.

DIE MILITANTE LINKE IN DEUTSCHLAND

Eine Annäherung

KARSTEN DUSTIN HOFFMANN || Während Politik und Wissenschaft darüber streiten, ob „Linksextremismus“ ein legitimer Begriff ist, gehen von linken militanten Gruppen nahezu täglich Sachbeschädigungen und Körperverletzungen aus. Davon betroffen sind keineswegs nur Rechtsextremisten, sondern in vermehrtem Maße auch demokratische Parteien. Die militante Linke wächst und sollte daher Thema eines gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurses sein.

EINLEITUNG

Linksextremismus ist ein umstrittener Begriff. Ob zu Recht oder zu Unrecht soll im Folgenden nicht thematisiert werden. Denn offenbar ist das Problem der linksmotivierten Übergriffe auf Behörden, Organisationen und Andersdenkende mit dem Extremismusbegriff nicht vollständig zu erfassen: 8.673 linksmotivierte Straftaten zählten die Sicherheitsbehörden 2013, davon wurden jedoch nur knapp über die Hälfte (4.491 Taten) als extremistisch bewertet (dagegen knapp 97 % der rechtsmotivierten Delikte).¹ Daher wird in diesem Text nicht von der extremistischen, sondern von der militanten Linken die Rede sein – ein Begriff, der im Gegensatz zu „extremistisch“ als Selbstbezeichnung in dem betreffenden Personenkreis dient.

In der Wissenschaft spielt die militante Linke bisher kaum eine Rolle. Eine Auswertung der Bestände der 20 größten deutschen Universitätsbibliotheken ergab 2013, dass ungefähr zwölfmal so viele Bücher über rechte wie über linke antidemokratische Gruppierungen vorhanden waren. Von den wenigen Texten über linke Strömungen befassten sich wiederum nur etwa 14 % mit der militanten Linken.² Wer also ist die militante Linke? Aus wie viel Personen setzt sie sich zusammen? Welche Gefahren gehen von ihr aus? – Diese Fragen blieben bisher unbeantwortet, und aufgrund des Mangels an empi-

rischen Arbeiten kann auch dieser Text nur als Annäherung an das Phänomen verstanden werden.

PERSONENPOTENZIAL

Der Verfassungsschutz bezifferte die Zahl „gewaltbereiter Linksextremisten“ in den vergangenen Jahren mit etwa 7.000 Personen (und verzeichnete langfristig einen deutlichen Anstieg). Die Zahl der „Linksextremisten“ insgesamt lag bei etwa 28.000 Personen.³ Beide Angaben mögen im Hinblick auf die Aufgaben des Verfassungsschutzes zielführend sein. Geht es um die politische Bedeutung der militanten Linken, helfen sie nur bedingt. Die Verfassungsschutzämter stehen, was die Beobachtung linksorientierter Gruppen angeht, unter erheblichem Rechtfertigungsdruck und mussten sich für kritische Feststellungen schon mehrfach vor Parlamenten und Gerichten erklären.⁴ Es ist daher davon auszugehen, dass zu den genannten knapp 7.000 Personen tatsächlich auch 7.000 nachvollziehbare Personaldatensätze vorliegen. Jedoch ist die Vorstellung, alle Aktivisten einer klandestin operierenden Szene wie der militanten Linken wären den Sicherheitsbehörden bekannt, schlicht abwegig. Außerdem stellt sich die Frage, ob bei politisch motivierten Gewalttätern eine Unterscheidung von extremistischen und nicht-extremistischen Tätern sinnvoll ist.

Bei einer Solidaritätskundgebung für das Hamburger Autonome Zentrum Rote Flora im Dezember 2013 zählte die Polizei ca. 7.300 Teilnehmer, davon bis zu 4.700 „gewaltbereite“.⁵ Es kam zu den schwersten Ausschreitungen seit etwa 20 Jahren. Insgesamt wurden etwa 170 Beamte verletzt.⁶ Aber weder alle 7.300 Teilnehmer noch alle 4.700 Militanten warfen Steine oder prügeln auf Polizisten ein, sondern lediglich eine kleine Minderheit. Die Zahl derer, die selbst Gewalt anwenden, ist gering. Aber es gibt eine sehr viel größere Gruppe von Menschen, die sich mit den Straftätern solidarisieren. Nicht jeder fühlt sich körperlich oder psychisch in der Lage, die direkte Konfrontation mit der Polizei zu suchen, viele scheuen die Strafverfolgung oder sorgen sich um ihre spätere Karriere. Trotzdem unterstützen diese Personen die Gewalttäter, indem sie ihnen einen Rückzugsraum in der Masse bieten, indem sie Polizeibeamte ablenken oder bei Festnahmen behindern. Ohne diesen großen Unterstützerkreis könnten die Gewalttäter auf Demonstrationen nicht agieren. Insofern dürfen nicht nur diejenigen zur militanten Linken gezählt werden, die selbst Straftaten begehen, sondern auch alle Personen, die sich durch ihre Anwesenheit oder sympathisierende Äußerungen mit linken Straftätern solidarisieren.

Um wie viele Personen es sich bei diesem Personenkreis handelt, weiß niemand genau. Es gibt keine Statistik, keine Untersuchungen. Es lassen sich lediglich grobe Schätzungen anhand von Erfahrungswerten vornehmen. Als Basis fungiert im Folgenden die militante Linke Hamburgs. Sie gilt als eine der größten derartigen Szenen Deutschlands, was vor allem auf die hohe Einwohnerzahl im Ballungsraum zurückzuführen ist. Aber auch in erheblich kleineren Städten wie Leipzig, Freiburg oder Göttingen lässt sich ein, auf die Einwohnerzahl betrachtet, ähnliches Potenzial beobachten – was sich etwa am Aufkommen entsprechender Straftaten erkennen lässt.⁷

Der Hamburger Verfassungsschutz zählt in seinem Bericht 2013 insgesamt 620 „gewaltorientierte Linksextremisten“, relativiert aber gleichzeitig, das Mobilisierungspotenzial der Szene umfasse „zusätzlich mehrere Hundert Personen.“⁸ Tatsächlich liegen die Teilnehmerzahlen

bei Demonstration erheblich höher als der hier angegebene Wert. Im Falle unangekündigter polizeilicher Maßnahmen gegen linke Zentren oder gegen Einzelpersonen aus der Szene kam es in der Vergangenheit in den Abendstunden desselben Tages regelmäßig zu unangemeldeten Aufzügen mit Teilnehmerzahlen zwischen 800 und 1.000 Personen. Dabei handelt es sich offenbar um den aktivsten, schnell mobilisierbaren Kern der Szene. Gleichzeitig begannen die Aktivisten in den meisten Fällen mit der Mobilisierung für eine angemeldete (oder noch anzumeldende) Großdemonstration für das folgende Wochenende. Bei diesen Kundgebungen wurden Teilnehmerzahlen von 2.000 bis 3.000 Personen erreicht.⁹ Dabei handelt es sich – den Mobilisierungsaufrufen nach zu urteilen – hauptsächlich um Teilnehmer aus der Region. Zwar sind bei diesen Demonstrationen auch stets kleinere Gruppen aus benachbarten Städten anwesend, im Hinblick auf die Masse der Teilnehmer stellen sie jedoch eine geringe Zahl dar. Erst wenn die Szene einige Wochen Zeit und ein entsprechendes Thema gefunden hat, ist sie in der Lage, bundesweite bzw. internationale Großdemonstrationen mit mehr als 5.000 Teilnehmern zu organisieren. Die 7.300 Personen, die am 21. Dezember 2013 gezählt wurden, waren dabei sehr wahrscheinlich nicht das potenzielle Maximum. Denn die Räumungsandrohung des Hauseigentümers – die als Hauptgrund für die Mobilisierung galt – basierte auf keiner gerichtlichen Entscheidung, was auch den Besetzern bewusst gewesen sein muss. Da die Teilnahmebereitschaft bei ernststen Räumungsszenarien deutlich höher einzustufen ist, sind bei Demonstrationen in Großstädten Teilnehmerzahlen von über 10.000 realistisch.

Für eine Schätzung des bundesweiten Mobilisierungspotenzials eignet sich die regionale Mobilisierungsgröße von 2.000 bis 3.000 Aktivisten. Unstreitig stellt die Hansestadt eine Metropole dar, die Aktivisten aus den umliegenden Orten in Niedersachsen und Schleswig-Holstein einbindet. Daher lässt sich nicht einfach die Einwohnerzahl des Stadtgebiets als Grundlage für die Umrechnung nehmen. Realistischer erscheint die Hinzuziehung der Bevölkerungszahl der Metropolregion, welche die genannten Randgebiete einschließt und mit

derzeit etwa 5 Millionen Einwohnern beziffert wird.¹⁰ Angenommen, die übrigen Regionen der Bundesrepublik wiesen ein ähnliches Mobilisierungspotenzial auf, läge die Gesamtzahl militanter Linker in Deutschland somit zwischen 30.000 und 40.000 Personen. Dabei handelt es sich, wie bereits angedeutet, keineswegs ausschließlich um Extremisten und Gewaltbereite und ebenfalls nicht allein um Personen, die gewohnheitsmäßig Straftaten begehen, sondern um Personen, die Gewaltbereite und Straftäter vor allem mit legalen Mitteln unterstützen.

Es gibt Hinweise darauf, dass sich das Personenpotenzial in den letzten Jahren erhöht haben könnte, z. B. der Anstieg der Teilnehmerzahlen bei Demonstrationen. Diese gehören zu den wenigen belastbaren Daten, die über die linke Szene bekannt sind, denn sie lassen sich relativ simpel und ohne Kooperation der Betroffenen erheben und im Nachhinein anhand von Fotos verifizieren. Bei den größten Kundgebungen in Hamburg nach der Jahrtausendwende (anlässlich der Räumung des Bauwagenplatzes „Bambule“ 2002/03 und des Asia-Europe-Meetings ASEM im Vorfeld des G7-Gipfels 2007) wurden lediglich Teilnehmerzahlen von bis zu 5.000 Personen erreicht.¹¹ Die Demonstration vom 21. Dezember 2013 mit weit über 7.000 Teilnehmern (die Veranstalter sprechen von über 10.000)¹² ist daher als großer Mobilisierungserfolg der Szene anzusehen.

Auch die Zahlen von Polizei und Verfassungsschutz deuten auf einen Anstieg. So wuchs laut Verfassungsschutz die Zahl „gewaltbereiter Linksextremisten“ im Zeitraum von 2005 bis 2012 um knapp 30 % von 5.500 auf 7.100 Personen.¹³ Gleichzeitig verzeichneten die Polizeibehörden einen deutlichen Anstieg der Straftaten. Nach der Polizeistatistik über politisch motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) waren nach der Jahrtausendwende „nur“ 3.500 bis 4.500 linksmotivierte Straftaten pro Jahr zu verzeichnen, von 2009 bis 2012 jedoch zwischen 7.000 und 9.400 Delikte.¹⁴ Allerdings liefern diese Zahlen keinen Beleg für das personelle Anwachsen linker Szenen, sondern lediglich für eine gestiegene Aktionsbereitschaft. Sicher ist dagegen, dass das Mobilisierungspotenzial größer geworden und daher auch in Zukunft mit hoher Aktivität militanter Gruppen zu rechnen ist.

IDEOLOGISCHE ZUSAMMENSETZUNG

Die ideologischen Strömungen im militanten Spektrum sind weitgehend bekannt. Ihr kleinster gemeinsamer Nenner ist das Streben nach Herrschaftsfreiheit. In einem nebulösen gesellschaftlichen Endzustand sollen alle Menschen gleich an Rechten und Wohlstand sein. Es darf keine Polizei geben, keine Abgeordneten, keine Gerichte und keine Gesetze, weil all dies mit dem Gedanken der Herrschaftsfreiheit unvereinbar wäre. Unterschiedliche Auffassungen existieren innerhalb der militanten Linken über die Frage, wie dieser Endzustand zu erreichen ist. Es haben sich daher verschiedene Strömungen herausgebildet.

Die größte definierbare Gruppe ist nach wie vor die der Autonomen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ordnete ihnen im vergangenen Jahr ca. 6.100 Personen von den insgesamt etwa 6.900 „gewaltbereiten Linksextremisten“ zu, während die übrigen Strömungen lediglich einige Hundert Personen ausmachen.¹⁵ Ideologisch betrachtet gehören die Autonomen zu den Anarchisten. Sie setzen auf eine „Freiraumstrategie“, mit der sie einen geographischen Raum von allen staatlichen und gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen abkoppeln möchten. Ein Autonomes Zentrum ist ein Ergebnis dieser Überlegungen. In diesen oftmals besetzten Häusern sollen alternative Gesellschaftsmodelle erdacht, erprobt und gelebt werden. Die Zentren agieren im wahrsten Sinne des Wortes autonom. Übergeordnete Strukturen gibt es nicht.¹⁶

Anders ist dies bei den Anarchosyndikalisten. Sie zählen zwar ebenfalls zu den Anarchisten. Im Gegensatz zu den Autonomen setzen sie jedoch auf internationale gewerkschaftliche Strukturen, deren Untergliederungen sie „Syndikate“ nennen. Den gesellschaftlichen Wandel wollen sie über Arbeitskämpfe erreichen und befürworten dazu (illegale) Streiks, Sabotage und organisierten Boykott. Ihre Organisationsstrukturen versetzen Anarchosyndikalisten in die Lage, effektiver zu planen als die Autonomen. Wer etwa einen Blick auf den Aufruf zur gewaltsamen Antikapitalismus-Demonstration vom 31. März 2012 in Frankfurt am Main wirft, wird feststellen, dass die Gruppen größtenteils dem anarchosyndikalistischen Spektrum zuzurechnen waren.¹⁷

Während Autonome und AnarchosyndikalistInnen weitgehend konfliktfrei zusammenarbeiten, kommt es mit anderen Strömungen immer wieder zu Streitigkeiten – vor allem mit den Antimperialisten. Sie stellen ideologisch betrachtet eine marxistisch-kommunistische Strömung dar, werden jedoch von einigen Landesverfassungsschutzämtern aufgrund ihres Erscheinungsbildes den Autonomen zugeordnet. Tatsächlich ähneln die jugendlichen „Antiimps“ den Autonomen in Bekleidung und Auftreten. Jedoch beziehen sich die Antimperialisten ausdrücklich auf kommunistische Ideologien und Diktaturen und singen vor Demonstrationen auch schon mal die „Internationale“. Insofern ist es sinnvoll, die Antimperialisten als eigenständige politische Strömung aufzufassen. Und tatsächlich bestehen zwischen ihnen und anderen linken Gruppen häufig unüberbrückbare ideologische Differenzen.

Noch deutlicheren Bezug auf marxistische Thesen nehmen die Trotskisten. Sie setzen im Grunde auf die Strategie des „Entrismus“ und versuchen, den gesellschaftlichen Wandel über Engagement in etablierten linksradikalen Parteien und Organisationen zu erreichen. Wie aber den Songtexten des trotskistischen Rappers „Holger Burner“ zu entnehmen ist, solidarisieren sich auch Trotskisten mit Gewalttätern. In seinem Text „Ketten zerreißen“ erklärt Burner, er wolle „Uzis“ [Maschinenpistolen; Anm. d. Red.] verteilen, um „die Chefs aller Banken“ zu lynchen, er wolle Nazis „blau“ schlagen und Wolfgang Schäuble körperlich misshandeln. Zahlenmäßig stellen Trotskisten im linken Spektrum jedoch eine kleine Minderheit dar, ebenso wie die Antideutschen.

Antideutsche fordern, als Konsequenz aus dem Nationalsozialismus müsse jede Form deutscher Identität zerstört werden. Ihr Spektrum ist proisraelisch ausgerichtet, was zu Konflikten mit dem übrigen Teil der Szene, vor allem den propalästinensischen Antimperialisten führt. Die Mehrheit der militanten Linken lehnt die Existenz von Nationalstaaten grundsätzlich ab und reagiert daher skeptisch bis feindselig, wenn Antideutsche mit Israelfahnen oder Fahnen der Alliierten des Zweiten Weltkriegs auf Demonstrationen erscheinen. Zwischen Antideutschen und Antimperialisten kam es in den vergan-

gen Jahren daher mehrfach zu körperlichen Auseinandersetzungen.¹⁸

Autonome, AnarchosyndikalistInnen, Antimperialisten, Antideutsche und Trotskisten sind die fünf ideologischen Hauptströmungen im militanten Spektrum. Über die Zusammensetzung eines militanten Demonstrationszuges lassen sich dennoch nur vage Aussagen treffen, denn Militante füllen keine Fragebögen zu ihren politischen Prämissen aus. Es lassen sich aber auch in diesem Bereich Schätzungen vornehmen. Da sich die Szene in Hamburg, anders etwa als in Berlin, auf vergleichsweise engem Raum zusammenfindet, neigt sie dazu, sich in ihre ideologischen Strömungen aufzuspalten. So gibt es mit der Roten Flora nicht nur ein Zentrum der Autonomen, sondern ebenso Zentren der Antimperialisten und der AnarchosyndikalistInnen. Laut Verfassungsschutz beläuft sich die Zahl der Autonomen in Hamburg zurzeit auf etwa 470 Personen, die der Antimperialisten auf ca. 100 und die der AnarchosyndikalistInnen (und übrigen Anarchisten) auf ungefähr 50 Personen.¹⁹ Insgesamt lassen sich damit also nur knapp 600 Personen zuordnen. Es ist folglich davon auszugehen, dass sich ein erheblicher Teil der Versammlungsteilnehmer nicht in eine der ideologischen Kategorien einordnen lässt, sondern sich vielmehr als diffus links versteht. Das dürfte zu weiten Teilen auch auf den Personenkreis zutreffen, der nach Anlässen wie dem 1. Mai oder dem Schanzenviertelfest von Medien und Politik als „unpolitische Randalierer“ tituliert wird. Trotzdem gilt für diese Personengruppe: Selbst wenn für einige der Adrenalinrausch im Vordergrund steht, so sind ihre Taten hochpolitisch und sie machen sich durch sie zum Werkzeug der ideologisch geprägten Militanten.

BEDROHUNGSPOTENZIAL

Die Akzeptanz von Gewalt als politischem Mittel ist ein wesentlicher Teil des Selbstverständnisses der militanten Linken. Dabei betonen die Akteure, Militanz und Gewalt dürften nicht gleichgesetzt werden. Der Begriff „Gewalt“ wird ausschließlich verwendet, sofern sich die Tat unmittelbar gegen die körperliche Unversehrtheit von Menschen richtet (und nicht gegen Eigentum). Unter Militanz verstehen die AktivistInnen dagegen die politisch motivierte Be-

reitschaft, gegen Rechtsnormen und gesellschaftliche Regeln des menschlichen Miteinanders zu verstoßen. Daraus lässt sich allerdings keineswegs schließen, dass die militante Linke Gewalt gegen Menschen ablehnt. Tatsächlich halten die Militanten sie für ein legitimes Mittel der Politik und bringen das Thema immer wieder in den Szeneforen zur Sprache. Dabei hat sich ein inoffizielles Reglement herausgebildet: Erstens soll für eine „verantwortungsvolle Durchführung militanter Aktionen“ die „unbedingte Nichtgefährdung von Unbeteiligten“²⁰ gewährleistet sein. Zweitens sollen Gewalttaten nicht zu schweren Verletzungen oder gar zum Tode führen.²¹

Allerdings sind diese Regeln keineswegs eherne Grundsätze, die von allen Aktivisten zu jeder Zeit an jedem Ort beachtet werden. Es handelt sich um eine Mehrheitsmeinung, die immer wieder in Frage gestellt wird. Im Frühjahr 2013 diskutierten etwa die Autoren der Autonomenzeitschrift *Interim* die Frage, ob Schusswaffen gegen politische Gegner eingesetzt werden dürften. Immerhin: Die Mehrheit sprach sich dagegen aus.²² Dennoch handelt es sich um keinen Einzelfall. Immer wieder zeigt das militante Spektrum Tendenzen, verfeindeten Gruppen oder Staatsvertretern das Menschsein abzusprechen – etwa wenn in Anlehnung an Ulrike Meinhof Polizisten als Schweine bezeichnet werden. Nach der gewalttätigen Demonstration vom 21. Dezember 2013 bekannte eine Autorengruppe auf dem Portal „Linksunten“: „Ein Stoßtrupp Pigs, der durch eine Benzinalache rennt und dabei einen Molli fängt, wäre aber doch zu schön ...“²³ Vor allem Antiimperialisten stellen den Szenekonsens durch ihren Verbalradikalismus immer wieder in Frage. So posierten Mitglieder der „Roten Szene Hamburg“ 2012 im Vorfeld einer rechtsextremen Demonstration in einem Internetvideo mit Baseballschlägern und einer Schusswaffe und erklärten: „Die Jagdsaison ist eröffnet!“²⁴

Die große Mehrheit der Militanten lehnt tödliche Aktionsformen in der Theorie ab, in der Praxis wird dieser Vorsatz immer wieder vergessen. In den vergangenen Jahren gab es wiederholt Angriffe, bei denen der Tod des Gegenübers billigend in Kauf genommen wurde. Im Dezember 2009 wurden bei einem Brand-

anschlag auf die Polizeiwache 16 in Hamburg aus nächster Nähe Steine auf unbehelmte Polizeibeamte geworfen.²⁵ Im Januar 2011 kam es zu einem Brandanschlag auf eine Polizeiwache in Berlin.²⁶ Im Januar 2012 wurde in Magdeburg bei Auseinandersetzungen eine Betonplatte aus dem 5. Stock auf Polizeibeamte geworfen.²⁷

Aufmerksamkeit erfährt die Szene vor allem durch militante Großdemonstrationen. Aber trotz gelegentlicher verbaler Überreaktionen sind sich die meisten Aktivisten bewusst, dass sie einen revolutionären Umsturz nicht allein über den Straßenkampf herbeiführen können. Um es mit den Worten eines Aktivisten zu sagen: „Ich hoffe, dass klar ist, wenn jemals so ein Szenario entstehen würde, dass die Polizei das Stadtgebiet verlässt, die Bundeswehr an ihrer Stelle zurückkommt.“²⁸ Aber mit „Riots“ können die Militanten der Gesellschaft großen finanziellen Schaden zufügen. Sie sind in der Lage, einzelne staatliche Projekte zu verhindern und nebenbei eignen sich derartige Anlässe, um neue Aktivisten zu rekrutieren.

Während viele gewalttätige Demonstrationen in den Medien thematisiert werden, wird vergessen, dass von der militanten Linken auch eine permanente Bedrohungslage ausgeht. Im ersten Halbjahr 2014 lassen sich allein durch Medienrecherche über 300 Anschläge und Übergriffe ausmachen.²⁹ Dabei dürfte die tatsächliche Zahl weitaus höher liegen. Denn erstens werden viele Delikte nicht zur Anzeige gebracht, weil die Betroffenen kein Vertrauen in die Polizei haben. Und zweitens werden linke Übergriffe in vielen Fällen nicht öffentlich thematisiert. Beispielsweise waren im Zuge des Europawahlkampfes 2014 knapp 20 Angriffe gegen Funktionäre der rechtsextremen NPD zu verzeichnen – darunter auch mehrere Körperverletzungen und Brandanschläge – berichtet wurde nur über einen geringen Teil der Taten.³⁰

Keineswegs werden ausschließlich Rechtsextremisten Opfer derartiger Übergriffe. Weil die rechtsextreme Szene in den meisten Großstädten kaum Angriffsfläche bietet, erweitert die militante Linke ihren Wirkungskreis auf Akteure des demokratischen Spektrums. Während des Bundestagswahlkampfes 2013 entwickelte sich die Partei „Alternative für Deutschland

(AfD)“ zu einem der Hauptziele. Neben Sachbeschädigungen an Hunderten von Plakaten waren auch Angriffe auf Infostände bis hin zu einem körperlichen Angriff auf den Vorsitzenden während einer öffentlichen Veranstaltung zu beklagen.³¹ Auch die Bundeswehr und Studentenverbindungen sind häufig von gewalttätigen Aktionen betroffen. Allein bei dem Anschlag am 26. Juli 2013 auf die Kaserne in Havelberg / Magdeburg, bei dem 16 Fahrzeuge zerstört wurden, entstand Sachschaden in zweistelliger Millionenhöhe. Der Convent Deutscher Akademikerverbände (CDA) zählte in einer Dokumentation allein für das Jahr 2011 insgesamt 144 Übergriffe auf Studentenverbindungen, davon 13 Brandstiftungen.³² Und auch vor Parteien wie der SPD und den Grünen machen die Militanten nicht mehr Halt. Im ersten Halbjahr 2014 waren 17 Angriffe auf SPD-Zentralen und führende Parteimitglieder zu verzeichnen, dazu 7 Angriffe auf Parteibüros der Grünen.³³

Das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangte bereits 2012 zu dem Schluss, das Gefahrenpotenzial der militanten Linken sei in qualitativer Hinsicht „spürbar angestiegen“. ³⁴ Dafür lassen sich tatsächlich einige Anhaltspunkte ausmachen. Gerade im Bereich der verwendeten Mittel sind in den vergangenen Jahren gravierende Veränderungen festzustellen. Das gilt etwa für die häufig verwendeten „Polen-Bölller“: Die über das Internet ganzjährig zu beziehenden Knallkörper verfügen über ein Vielfaches an Sprengkraft der in Deutschland erlaubten Silvesterknaller und stellen ein zusätzliches Risiko für Polizisten und politische Gegner dar. Auch Laserpointer, mit denen schwere Augenverletzungen verursacht werden können, wurden bereits vereinzelt auf Demonstrationen gegen Polizeibeamte eingesetzt.³⁵ Im Bereich der klandestinen Aktionen ist der Einsatz von Gaskartuschen als bedrohliche Entwicklung einzustufen. Diese Gaskartuschen-Brand-Sprengsätze werden in Deutschland seit 2009 von militanten Gruppen genutzt. Entsprechende Bau- und Nutzungsanleitungen wurden in den Szenezeitschriften „Radikal“ und „Interim“ veröffentlicht.³⁶ Selbst ohne pyrotechnische Kenntnisse lässt sich formulieren, dass der Einsatz von Gaskartuschen das Risiko schwerster Personenschäden birgt. Im Dezember 2013 wur-

den in Göttingen gleich drei dieser Brandsätze gelegt, u. a. am Privatfahrzeug eines Polizeibeamten.³⁷

Worauf ist der Anstieg des Gefahrenpotenzials zurückzuführen? Die neuen Kommunikationswege verändern die Rahmenbedingungen. Während Anleitungen zum Bau von Brandsätzen in den Achtzigern nur im Zentrum der Szene kursierten, sind sie heute für Jedermann ohne großen Aufwand im Internet einzusehen. Anonyme Foren ermöglichen auch den radikalsten Gruppen, ihre Thesen zu verbreiten. Militante prahlen mit Anschlügen, teilweise liefern sie sich auf einschlägigen Internetseiten geradezu Wettbewerbe, wer die meisten und effektivsten Angriffe ausübt.³⁸

Auch der Zuwachs an Demonstrationsteilnehmern lässt sich zumindest teilweise auf die effektive Mobilisierung über das Internet zurückführen. Die militante Linke zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine starke regionale Prägung aus, was vor allem auf die begrenzten Kommunikationsmöglichkeiten zurückzuführen war. Die Szene war nie technikfeindlich. Jedoch überwog die Skepsis, ob das Netz nicht mehr Gefahren berge als Nutzen biete. Die intensive Nutzung des Internet begann erst sukzessive nach der Jahrtausendwende. Zwar ist die lokale Szene weiterhin der wichtigste Bezugspunkt, jedoch stieg mit der Vernetzung die Bereitschaft, linke Gruppen in anderen Städten und Staaten zu unterstützen. Diese Entwicklung wurde durch die Antiglobalisierungsbewegung, die Öffnung der europäischen Grenzen, den wirtschaftlichen Aufschwung in Mittel- und Osteuropa und die Finanzkrisen der letzten Jahre begünstigt.

FAZIT

Jede politische Bewegung verzeichnet Phasen des Aufschwungs und Phasen der Ernüchterung. Zum jetzigen Zeitpunkt deutet einiges darauf hin, dass es der militanten Linken gelungen ist, die Schwächephase der vergangenen Jahre zu überwinden und für eine deutliche Zunahme ihres Gefahrenpotenzials zu sorgen. Aufgrund technischer Neuerungen ist die Szene in der Lage, effektiver zu mobilisieren und mehr Aktivisten auf die Straße zu bringen als dies noch vor zehn Jahren der Fall war. Ihre Vernetzung hat zur Folge, dass sie sich gegenseitig zu drasti-

scheren Taten ermutigen und die dafür notwendigen Mittel ohne großen Aufwand beschaffen oder herstellen können. Mit dem Einsatz von Gasaki-Sprengsätzen oder Überlegungen zum Einsatz von Schusswaffen bewegen sich einzelne Gruppen an der Grenze zum Terrorismus.

Es gibt (noch) keinen Grund für Dramatisierungen, denn die Schlagkräftigkeit der militanten Szene liegt noch weit hinter der der Achtzigerjahre zurück. Dennoch wäre es fatal, ihr Gefahrenpotenzial zu unterschätzen. Mit Anschlägen, Übergriffen und Ausschreitungen übt sie bereits heute einen Einfluss auf die politische Willensbildung aus, der ihr nach demokratischen Maßstäben nicht zusteht. Die militante Linke stellt einen Faktor im politischen System dar, der weder von der Wissenschaft noch von Politik und Gesellschaft in ausreichendem Maße Beachtung erfährt.

|| DR. KARSTEN DUSTIN HOFFMANN

Politikwissenschaftler und freier Publizist,
Hamburg

ANMERKUNGEN

- ¹ Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPM-D-PMK) 2013, zitiert nach Bundesministerium des Innern: Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität, Berlin 2013.
- ² Stattdessen dominiert die Auseinandersetzung mit der Linkspartei, der DKP, der RAF oder dem historischen Kommunismus; vgl. BiblioLinX-Studie 2013, Zusammenfassung der Ergebnisse: Freudenberg, André / Hoffmann, Karsten Dustin / Strüning, Felix: Der Schwarze Block und die Gesellschaft, in: Politische Studien 453/2014, S. 53 ff.
- ³ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Bundes 2008-2013.
- ⁴ Etwa im Hinblick auf die Erwähnung der Partei „Die Linke“ oder die Musikgruppe „Feine Sahne Fischfilet“.
- ⁵ Polizei Hamburg: Pressemitteilung vom 21.12.2013, <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/6337/2626510/pol-hh-131222-1-demonstrationen-in-hamburg>, Stand: 23.12.2013.
- ⁶ Geldspende für verletzte Polizisten, in: Die Welt, 11.2.2014.
- ⁷ Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014, <http://bibliolinx.wikispaces.com/Linksextremistische+Anschl%C3%A4ge+und+%C3%9Cbergriffe+2014>, Stand: 18.7.2014.
- ⁸ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2013, S. 87.
- ⁹ Eigene Schätzungen.
- ¹⁰ <http://www.hamburg.de/metropolregion/>, Stand: 18.7.2014.
- ¹¹ Über 4.000 bei Demo gegen den Hamburger Senat, in: de.indymedia.org, <http://de.indymedia.org/2002/11/35781.shtml>, Stand: 17.7.2014; Verstimmung im „Team Green“, in: taz.de, <http://www.taz.de/1/archiv/?dig=2003/03/31/a0005>, Stand: 17.7.2014; Demonstranten klagen gegen „Wanderkessel“, in: Welt.de, <http://www.welt.de/regionales/hamburg/article907480/Demonstranten-klagen-gegen-Wanderkessel.html>, Stand: 17.7.2014.
- ¹² Polizei greift große Solidaritätsdemonstration mit über 10.000 Menschen an, <http://florableibt.blogspot.de/2013/12/22/polizei-greift-grosse-solidaritaetsdemonstration-mit-ueber-10-000-menschen-an-2/>, Stand: 17.7.2014.
- ¹³ Vgl. Verfassungsschutzberichte des Bundes 2005 bis 2012.
- ¹⁴ Kriminalpolizeilicher Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität. Zahlen für 2012, zitiert nach Bundesministerium des Innern: Zahlen zur Politisch motivierten Kriminalität.
- ¹⁵ Verfassungsschutzbericht Bund 2013, S. 140.
- ¹⁶ Eine umfassendere Darstellung der ideologischen Strömungen findet sich unter: Gedenkstätte Hohenschönhausen: Alles Geschichte? Linksextremismus in Deutschland heute, Berlin 2013.
- ¹⁷ <http://march31.net/de/demo/>, Stand: 18.7.2014.
- ¹⁸ Vgl. Calla, Cécile: La diffusion d'un film de Claude Lanzmann sur Israël dégenère, in: Le Monde, 12.11.2009.
- ¹⁹ Verfassungsschutzbericht Hamburg 2013, S. 86-111.
- ²⁰ Vgl. Counter-Aktion des Monats, in: Zeck 50, 6/1996, S. 4.
- ²¹ Vgl. auch Pfahl-Traughber, Armin: Die Autonomen. Portrait einer linksextremistischen Subkultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 9-10/98, S. 36-46 hier, S. 44; Mletzko, Matthias: Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten Autonomen Gruppen, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie Bd. 11, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 1999, S. 180-199, hier S. 198 f.
- ²² Solidarität kennt keine Grenzen! / Vierzig, in: Interim 749/2013, S. 18-21.
- ²³ Über HH2112 und eine militante Zukunft auf der Straße, <https://linksunten.indymedia.org/de/node/102828>, Stand: 5.1.2014.
- ²⁴ <http://vimeo.com/42566383>, Stand: 15.7.2014.
- ²⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht Hamburg 2009, S. 124 f.
- ²⁶ Vgl. Linksautonome bekennen sich zu Brandanschlag auf Polizeiwache, in: Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/berlin-linksautonome-bekennen-sich-zu-brandanschlag-auf-polizeiwache-a-756770.html>, Stand: 17.7.2014.

- ²⁷ Vgl. Verfassungsschutzbericht Bund 2012, S. 180.
- ²⁸ <https://linksunten.indymedia.org/de/node/102039#comment-94085>, Stand: 17.6.2014.
- ²⁹ Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014, <http://bibliolinx.wikispaces.com/Linksextremistische+Anschl%C3%A4ge+und+%C3%9Cbergriffe+2014>, Stand: 15.7.2014.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Ebd.
- ³² Gewalt gegen Korporationen, Pressemitteilung vom 31.5.2012, hrsg. vom Convent Deutscher Akademikerverbände; vgl. auch Ders. (Hrsg.): Gewalt gegen Korporationen. Eine Dokumentation über das Jahr 2010, Essen 2011.
- ³³ Vgl. Bibliographie zur Linksextremismusforschung: Anschläge und Übergriffe 2014.
- ³⁴ Verfassungsschutzbericht des Bundes 2012, S. 155.
- ³⁵ So etwa am 21.12.2013 in Hamburg. Eine Beamtin erlitt eine Augenverletzung; vgl. Geldspende für verletzte Polizisten, in: Die Welt, 11.2.2014.
- ³⁶ Interim 701, 11.12.09, Radikal 162/2010.
- ³⁷ Polizei Göttingen: Pressemitteilung 968/2013 vom 30.12.2013, <http://www.presseportal.de/polizeipresse/pm/7452/2629850/pol-goe-968-2013-nach-versuchtem-brandanschlag-selbstbeichtigungsschreiben-im-internet-aufgetaucht>, Stand: 30.12.2013.
- ³⁸ Vgl. Polizeibericht Berlin 2013, S. 37.

LINKSEXTREMISTISCHE MUSIK

ULRIKE MADEST || „Alle Welt redet über rechtsextremistische Musik, doch ist zu wenig das Pendant Linksaußen bekannt“¹ – so der Politikwissenschaftler Eckhard Jesse. Während über rechtsextremistische Musik eine Reihe von Publikationen vorliegt, mangelt es an Arbeiten zur Musik im linksextremistischen Bereich. Der Beitrag soll daher das Phänomen linksextremistischer Musik in den Blick nehmen.²

EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Hass-Musik nimmt für die politischen Extremismen eine nicht zu unterschätzende Rolle ein. Sie mobilisiert und ideologisiert insbesondere junge Menschen, da sie Musik eine große Bedeutung zumessen. Häufig wird besungen, was sich in Gewalt- und Straftaten Bahn bricht. In rechtsextremistischer Musik gehören Menschenverachtung und Mord- sowie Totschlagphantasien zum Standardrepertoire. Hass-Musik ist jedoch nicht dem Rechtsextremismus vorbehalten. Auch im Linksextremismus und Islamismus gibt es derartige Musik. Während in sogenannten „Naschids“ Kampf- und Märtyrerhymnen dominieren,³ richtet sich linksextremistisch motivierte Musik oftmals gegen Polizisten.

Grundsätzlich ist linksextremistische Musik in Deutschland kein neues Phänomen. Parolen, die Hass gegen den Staat schüren und Gewalt gegen Polizeibeamte verherrlichen, finden sich bereits in verschiedenen Musiktexten der 1980er-Jahre. Während sich in den letzten fünf Jahren ein Problembewusstsein in den Sicherheitsbehörden zu dieser Thematik entwickelt hat, mangelt es in der Wissenschaft nach wie vor an Literatur zu derartiger Musik. Die nachfolgenden Ausführungen sind daher als Ergebnisse einer ersten Analyse zu betrachten.

Neben der Definition linksextremistischer Musik nimmt der Beitrag Fragen nach Themenfeldern, Feindbildern und Funktionen in den Blick. Leitfrage für die nachfolgenden Betrachtungen soll sein: Welche politischen Botschaften werden in linksextremistischer Musik wie und zu welchem Zweck vermittelt? Abschließend werden Thesen mit teils zusammenfassendem, teils weiterführenden Charakter formuliert.

tungen soll sein: Welche politischen Botschaften werden in linksextremistischer Musik wie und zu welchem Zweck vermittelt? Abschließend werden Thesen mit teils zusammenfassendem, teils weiterführenden Charakter formuliert.

DEFINITION LINKSEXTREMISTISCHE MUSIK

Der Begriff „linksextremistische Musik“ soll als Sammelbezeichnung für die Kombination von Texten mit linksextremistischen Ideologiefragmenten und unterschiedlichen Musikstilen definiert werden. Sammelbezeichnung meint: Liedtexte derartiger Musik weisen zwar ideologische Grundelemente des Linksextremismus auf, lassen sich aber nicht unbedingt ideologisch gleichsetzen.

Um Musik als „linksextremistisch“ bewerten zu können, ist der Blick auf den Text wesentlich. Erst durch die Texte wird Musik zur linksextremistischen Musik. Selbstaussagen der Bandmitglieder oder das Verwenden entsprechender Symbole dienen als weitere Indizien für die Einordnung der Musik. Letztgenanntes gilt insbesondere bei der Thematisierung gleicher Feindbilder, wie etwa bei dem Feindbild Polizei in rechts- und linksextremistischer Musik.

Zuordnungsprobleme ergeben sich insbesondere bei Grenzfällen. Hier gilt es zu bewerten, ob ein Musikstück lediglich im Rahmen der Kunstfreiheit⁴ politisch provoziert oder bereits extremistische Inhalte vermittelt. Mit Blick auf dieses Spannungsfeld stellt sich grundsätzlich

folgende Frage: Welchen Grad an Extremismusintensität müssen Musiktexte erreichen, um nicht mehr unter den Schutzschirm der künstlerischen Freiheit zu fallen? Nicht jede drastische Kritik in Liedtexten kann und soll als extremistisch gelten. Kritik ist nicht nur ein legitimer, sondern auch notwendiger Bestandteil einer freien, pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Um überspitzte Kritik und Ironie von extremistischen Ideologieelementen zu unterscheiden, ist eine präzise Analyse unerlässlich.

Hierfür mag die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu dem Song „Deutschland muss sterben“ von „Slime“ aus dem Jahre 2000 hilfreich sein. Der Hintergrund zu dem Verfahren ist folgender: Das Amtsgericht Tiergarten in Berlin verurteilte den Versammlungsleiter einer Demonstration im November 1998, da er durch Abspielen des Liedes „Deutschland muss sterben“ die Bundesrepublik Deutschland und seine Symbole verunglimpft habe. In dem Lied heißt es:

*„Schwarz ist der Himmel und rot ist die Erde,
gold sind die Hände jener Bonzenschweine,
doch der Bundesadler stürzt bald ab,
denn Deutschland, wir tragen Dich zu Grab.
Wo Faschisten und Multis das Land regiern,
wo Leben und Umwelt keinen interessieren,
wo alle Menschen ihr Recht verlieren,
da kann eigentlich nur noch eins passieren:
Deutschland muß sterben, damit wir leben können.
[...]*

*Wo Raketen und Panzer den Frieden sichern,
AKW's und Computer das Leben verbessern,
bewaffnete Roboter überall,
doch Deutschland, wir bringen Dich zu Fall.
[...]*

*Deutschland verrecke, damit wir leben können,
Deutschland!“⁵*

Das Bundesverfassungsgericht urteilte zu diesem Lied wie folgt: „[Das Amtsgericht Tiergarten hebt] undifferenziert auf den ‚zu Gehör gebrachten Wortlaut des inkriminierten Liedes‘ ab, ‚welcher unmissverständlich zum Ausdruck‘ bringe, ‚dass sich eine Besserung der Lage für

die Staatsbürger nur durch eine Vernichtung des Staatssystems der Bundesrepublik Deutschland erreichen lassen soll‘. Diese Interpretation wird dem satirischen, verfremdenden und metaphorischen Gehalt des Werks jedoch nicht gerecht. Bei dem Lied ‚Deutschland muss sterben‘ handelt es sich erkennbar um eine plakative, drastische Kritik mit satirischem Einschlag an gesellschaftlichen und politischen Zuständen in Deutschland.“⁶

Aufgrund verfehelter Interpretation des Liedes „Deutschland muss sterben“ hebt das Bundesverfassungsgericht den Beschluss des Kammergerichts und die Urteile des Landgerichts und des Amtsgerichts auf. Mit Blick auf die Grenze der Kunstfreiheit weist das Bundesverfassungsgericht zudem auf folgendes hin: „Eine Gefährdung des Bestandes der rechtsstaatlich verfassten Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland kann zwar [...] grundsätzlich eine Einschränkung der Kunstfreiheit rechtfertigen. Ob aber, wie das Amtsgericht meint, die ihr gebührende Achtung der Bürger bereits durch das einmalige Abspielen eines dreiminütigen Liedes vor 50 Veranstaltungsteilnehmern, die offensichtlich durchweg das Lied bereits kannten und mitsangen, ausgehöhlt und untergraben werden kann, erscheint zumindest zweifelhaft.“⁷

THEMENFELDER

In den gesichteten linksextremistischen Musiktexten liegt der Schwerpunkt auf den Themenfeldern Antirepression, Antifaschismus und Antistaatlichkeit. Antimilitarismus, Antikapitalismus, Antiglobalisierung und antideutsche Inhalte spielen hingegen eine untergeordnete Rolle. Im Bereich Antirepression gerät die Polizei als Repräsentant des vermeintlichen Repressionsapparates ins Visier von Linksextremisten. Dies schlägt sich in einer Vielzahl von Texten nieder, in den Polizisten entwürdigt und entrechtet werden. Oftmals wird zu Gewalt aufgerufen und die Parole „A.C.A.B.“, was für „All cops are bastards“ steht, skandiert. Antifaschismus dominiert neben Antirepression als weiteres Themenfeld. Nicht nur tatsächliche, sondern auch vermeintliche „Nazis“ werden in den Texten als politische Gegner ausgemacht. Die Feindschaft reicht von Hass bis zur Propagierung von Gewalt. Texte im Bereich Antistaatlichkeit

gehen zumeist mit dem Ziel einher, den Staat auf revolutionärem oder gewalttätigem Weg zu beseitigen, wie etwa bei dem Lied „Kein Gerede“ von „WIZO“:

*„Kein Gerede nur die Tat,
stoppt den skrupellosen Staat.
Strommast sägen, Bomben legen,
ab und zu ein Attentat.
Sprengt die Knäste.
Sprengt Paläste.
Sprengt die Schweine in die Luft.
Sprengt die Banken.
Sprengt die Schranken.
Jagt die Bonzen in die Flucht.*

*Nehmt euch, was sie euch genommen.
Nehmt euch das, was euch gehört.
Macht kaputt, was euch kaputt macht.
Macht kaputt, was euch zerstört.*

*Noch ein Aufruf zur Revolte.
Noch ein Aufruf zur Gewalt.
Viel zu lange gab's Unterdrückung.
Steinigt diesen Staat!*

*Eine Revolution für den Frieden und die Freiheit.
Eine Revolution für die Anarchie.
Einen Kampf der Unterdrückung, einem Kampf
dem System,
einen Kampf für die Anarchie!“⁸*

Gewalt fungiert hier als ein legitimes Mittel auf dem Weg zur Anarchie. Zudem gibt die Gruppe nicht nur unmissverständlich zu verstehen, dass sie jegliche staatliche Ordnungsformen ablehnt, sondern auch für welche Gesellschaftsform sie eintritt, nämlich für eine anarchistische. Insofern fungiert das Lied auch als Beispiel dafür, dass sich in linksextremistischer Musik nicht nur Themenfelder mit Anti-Positionen, sondern auch mit Pro-Positionen finden – obgleich Erstgenannte deutlich dominieren.

Als historisches Leit- und Vorbild besingen Musiker häufig den revolutionären Kampf der Roten Armee Fraktion gegen das politische System. So verklärt der bayrische Rapper „Crument“ in seinem Lied „Ulrike“ Meinhof zu einer Heldin im Kampf gegen den verhassten Unterdrückungsapparat:

*„Sie war seit Rosa Luxemburg die stärkste Frau.
Sie hatte Liebe, Ethik, aber Härte auch.
Sie war ein Kriegskind, aufgewachsen im
Faschismus.
Doch sie lernte früh, dass man dagegen etwas
tun muss.
Sie sah Leid, Elend durch Diktatur geschaffen.
Sie wollte reden, ach hätte man sie nur gelassen.
In Zeiten, wo die Menschen blind waren, hat sie
alles gesehen.
Kapital und Armut, sie hat alles erlebt.
Gegen Militanz, aber keine Pazifistin.
Denn den Widerstand der Unterdrückung fand
sie immer wichtig.
Früh politisiert, demonstrierte gegen Aufrüstung.
Im Herzen Schwester von [...] besser denn je.
Sie fing an zu schreiben, KPD und konkret.
Sie hat sich nach einem erfüllten Leben gesehnt.
Krieg in Vietnam, Ohnesorg und Polizeistaat.
Ich schrei Ulrike, der Kampf geht weiter!*

*Ulrike, dieses Lied ist für dich.
34 Jahre tot, doch du bist nicht vergessen.
Die Welt geht zugrunde.
Glaub mir, wir brauchen dich hier.*

*Hass gegen das System und zwar unendlich.
Faschistische Regierungen, ja, es war
unmenschlich.
Profit überwiegt der Liebe zu den Mitmenschen.
68er-Revolution, sie wollte mitkämpfen.
Überzeugt, dass das Land 'ne Veränderung
braucht.
Doch sie wusste früh, sie endet im Bau.
Andis Befreiung war der Start in ihr neues Leben.
Denn statt Angst gab es nur Freudetränen.
[...] die Feinde des Volkes.
Anti-US-Hegemonie, sie wurde deutlich.
Dann der tote Trakt.
Dieser scheißt Staat hat sie misshandelt bis sie
[...] gab.
Man wollte sie brechen, doch sie war zu stark.
Hungerstreik hat fast nie was gebracht.
Stammheim, gefoltert und ermordet durch den
Polizeistaat.
Ich schrei Ulrike, der Kampf geht weiter!“⁹*

In dem Text werden die politische Entwicklung von Ulrike Meinhof und die von ihr verübten Verbrechen verherrlicht. Damit legitimiert

der Rapper zugleich den RAF-Terrorismus, um gegen den vermeintlichen Repressionsapparat zu kämpfen. Zudem findet sich in dem Text die Verschwörungsphantasie wieder, der vermeintliche Polizeistaat sei für den Tod von Meinhof im Stammheimer Gefängnis verantwortlich.

FEINDBILDER

In den gesichteten linksextremistischen Musiktexten dominieren die Feindbilder Polizisten und Rechtsextremisten. Die negativen Vorurteile über Polizeibeamte lassen sich in drei Narrative bündeln. Erstens: Die Polizei steht in den Liedtexten für Repression und „Bullengewalt“. Damit ist der Vorwurf verbunden, Polizisten seien extrem gewalttätig und machtmisbrauchend. In den Texten verschiedener Musikgruppen mit linksextremistischen Bezügen heißt es etwa: „Ohne Skrupel macht ihr Menschen kalt. Knüppel raus – Gewaltbereit [...] Bullenterror Tag und Nacht“;¹⁰ „Argumente hat er nicht, führt den Knüppel ins Gesicht. Ja das ist der Mann in grün, der böse Polizist“¹¹ und „Bullen ficken mich, entziehen mir jede Lebensgrundlage. Was würdet ihr tun, wenn ich euch ohne Grund schlage“.¹² In den Beispielen werden die Polizisten zu Verbrechern umgedeutet: Sie stehen nicht länger als „Freund und Helfer“ für den Schutz des Einzelnen ein, sondern verursachen „Bullenterror“.

Zweitens: In einem weiteren Narrativ glauben die Musiker, Polizeibeamte als „Faschisten“ oder „Nazis“ zu entlarven bzw. in die Tradition der SA und SS stellen zu können. Das „Nazi“-Feindbild verschmilzt mit dem Feindbild Polizei und potenziert dieses zugleich. So heißt es etwa bei den Punk-Bands „Dödelhaie“ und „Slime“: „Früher waren es die Juden, du hast sie gejagt im KZ. Damals warst du bei der SS. Heute bist du Polizist“¹³ und „Ihr lieben Polizisten in der BRD. Ich will euch mal was sagen, hört mal alle her. Ihr seid moderne Nazis, das steht für uns fest [...] Jedesmal, wenn 'ne Demo ist, gebt ihr uns was drauf. Aber den Faschisten laßt ihr freien Lauf. Baader, Meinhof hingerichtet im Stammheimer KZ. Polizei SA-SS, immer hilfsbereit und immer nett“.¹⁴ Obgleich der „NS-Vergleich“ Kritik an die bis in die 1970er-Jahre bestehenden personellen Kontinuitäten in Polizeibehörden¹⁵ üben soll und damit ein

über lange Zeit bestehendes Tabu anspricht, bleibt der Vergleich inhaltlich unangemessen.¹⁶ Denn wer „Linke“ als Opfer eines vermeintlichen „polizeilichen Faschismus“ in Tradition des deutschen Nationalsozialismus besingt, setzt sie mit den Opfern des Holocausts gleich. Wer eine solche Gleichsetzung wagt, ist mit dem Vorwurf konfrontiert, den Holocaust zu relativieren.

Daneben geht das Narrativ des „Nazi-Polizisten“ mit der Perzeption eines faschistischen Staates einher. Die Demokratie sei lediglich eine Maske, hinter der sich die „faschistische Fratze“ verberge. In der Wahrnehmung von Linksextremisten wendet die Polizei daher ihre Zwangsmittel nur gegen „Linke“ ein, während Rechtsextremisten vorsätzlich verschont bleiben. Insofern bestehe kein Zweifel an der oft propagierten Losung: „Deutsche Polizisten schützen die Faschisten.“ Diese Vorstellung findet sich auch in dem Lied „Mein Hass“ von „Boykott“ wieder:

*„Mein Hass schlägt euch entgegen.
Soll kommen was will, ich werd' nicht mit euch reden.
[...] dennoch verzweifelt und machtlos.
Steine fliegen gegen prügelnde Machos.
Der Druck im Kessel, die Schmerzen der Fessel.
Der Nazi marschiert [...] Ey, was los, ich werd' hier nicht alt.
Deutschland deckt immer noch rechte Gewalt.
Ich bin nicht frei von Angst oder frei von Sorgen.
In Kleingruppen fahren sie durch's ganze Land und morden, gedeckt vom VS und keiner will's gewusst haben.
Ihre Opfer landen in kriminellen Schubladen.
Ein Land vom Faschismus traumatisiert.
Nicht nur ich hab gewusst, dass wieder was passiert.
Vertuscht, verschleiert, Problem minimiert.
Nazis töten, wir sehen immer noch was passiert.
Und was hat sich geändert?
Sie werden immer noch von blutrünstigen Hundertschaften durch die Städte eskortiert.
Und der Staat schöpft sein Gewaltmonopol aus, um den Nazis ein freies Geleit zu ermöglichen.*

*Ganz Hamburg hasst die Polizei!
Ganz Berlin hasst die Polizei!*

*Die ganze Republik hasst die Polizei!
Wir haben euch was mitgebracht:
Hass, Hass, Hass!*

*Mein Hass bringt mich immer weiter nach vorn.
Zu viele haben schon ihre Freiheit verloren.
Mein Hass wird unbändig, unmenschlich,
unendlich.
Ich habe Hass auf die Heuchelei.
Nazis bei der Polizei,
bestialisch prügelnd machen sie die Wege frei.
Alle haben's gesehen und jeder hat's gewusst.
[...] Hass liegt in der Luft.
Hass, Wut, Trauer im Nachhinein.
Immer in die Fresse rein.
Verdammt noch mal das kann nicht sein!
Ich steh für den Frieden hier
und mich boxt das Bullenschwein!
Du hättest dich verweigern können,
also musst du ein Nazi sein.“¹⁷*

Auch in diesem Text findet sich der Faschismusvorwurf gegen staatliche Strukturen wieder. Die Aufdeckung der NSU-Serienmorde wird zudem als Beweis für die antifaschistische These angeführt, faschistische Bestrebungen würden von Staat und Sicherheitsbehörden gedeckt und toleriert. Der Verfassungsschutz hätte daher versucht, die Morde absichtlich vertuschen zu wollen.

Drittens: In einigen Texten werden Polizisten lediglich als „Marionetten“ für ein politisches System gedeutet, gegen das sich Musiker mit linksextremistischen Bezügen wenden. Dieses Narrativ spiegelt sich auch in der Aussage von dem Sänger der Punk-Band „Slime“ wieder, in der er Polizisten als „schlecht bezahlte Erfüllungsgehilfen“¹⁸ bezeichnet, für ein System, welches er ablehne. In den Liedtexten werden die Beamten von Politikern instrumentalisiert, um ihre Interessen durchzusetzen. Sie seien ihre „Schachfiguren“,¹⁹ ihr „Mittel zum Zweck“²⁰ und damit „Opfer der Bonzen“. In dem Lied „Hey Bulle“ von der Gruppe „Die Zusammenrottung“ heißt es etwa:

*„Hey Bulle, hör mal zu [...]

Den Bonzen ist egal, was mit dir passiert.

Die sind nur interessiert an Macht und Profit [...]

Du weißt ganz genau, dass du die Bonzen schützt.*

*Drum rechne nie mit Milde

[...] denn wer Bonzen schützt, der braucht, was

auf die Fresse.“²¹*

Rechtsextremisten werden in den Texten mit linksextremistischen Bezügen häufig als „Nazis“ oder „Faschoschweine“ bezeichnet und als dumm sowie gewalttätig charakterisiert. Im Gegensatz zum Feindbild Repräsentanten des Staates werden Begründungen für die Antizipation mit dem Negativen lediglich fragmentarisch genannt. Dies mag mit der gesellschaftlichen Isolation und Ächtung des Rechtsextremismus zusammenhängen, so dass es kaum Begründung für den Widerstand gegen ihn bedarf.

In linksextremistischer Musik findet sich der Stein-, Flaschen- und „Molli“-Wurf aus der Distanz als häufige Form der Gewalt gegen die ausgemachten Feinde. Wer das Werfen von (brennenden) Gegenständen in Richtung der Polizeibeamten besingt, nimmt das Risiko von lebensbedrohlichen Verletzungen in Kauf. Als Beispiel hierfür kann das Lied „Gewalt“ von der bayrischen Gruppe „Kurzer Prozess“ dienen:

*„Das ist Gewalt gegen Gewalt [...]

Und ob es du glaubst oder nicht, aber ich finde

Gewalt zum Kotzen.

Bin der friedliebendste Mensch, aber ich wehre

mich trotzdem.

In unserem Kampf geht's um Freiheit und

Frieden verdammt.

Doch gegen Panzer und Gewehre kommt die

Liebe nicht an.

Das heißt: Die Militanz des Widerstands lässt

sich nicht vermeiden.

Doch die Kriege widern mich an, ich kämpf für

bessere Zeiten.

Check: Gewalt ist ein Mittel, niemals Zweck

oder reiner Spaß.

Denn von brausenden Primaten hat letztendlich

keiner was.

Also zeig was du hast [...]

Entweder feige oder krass

ich hab die Scheiße so satt.

Aber: Ich verteidige mich dann,

wenn Nazi-Schweine meinen ich passe nicht rein

in dieses Land.

Ich nehm auch Steine in die Hand, wenn man es

nicht vermeiden kann.*

*Doch bleibt es meistens nur ein Zeichen.
Zeigt ihr seid nicht einverstanden.
Legitimes Mittel, aber traurig, dass wir es
trotzdem brauchen.
Leute, passt gut auf und verliert euer Ziel nicht
aus den Augen.*²²

Die Verfasser rechtfertigen Gewalt als Gegengewalt. Sie ist ein abwehrend-reaktives und damit legitimes Mittel. Gewalt aus Lust reicht für die Musiker ausdrücklich nicht aus. Daneben weist die Begründung für Gewalt einen äußerst dünnen politisch-ideologischen Gehalt auf. Es bleibt unklar, welches konkrete politische Ziel mit der propagierten Gegengewalt erreicht werden soll.

Seltener finden sich Texte, die in martialischer Weise die Folgen nach dem Wurf eines Molotow-Cocktails beschreiben, wie etwa bei der Punk-Band „SPN-X“: „Mollis und Dynamit nehm ich in meinem Beutel mit und mach mich damit auf zum Revier. Bullen brennen lichterloh. Alle feiern und sind froh.“²³ Zusätzlich existieren Liedtexte, die Gewalt im direkten Angesicht mit dem Feind propagieren oder die Auswirkungen der Gewaltanwendungen beschreiben, aber nicht näher auf die Art und Weise eingehen, wie etwa bei den Bands „Pestpocken“ oder „DieVisitor“: „Rottet euch zusammen und tretet ihnen die Fressen breit [...] Selbstjustiz, Selbstjustiz – Schlagt zu und genießt, wie das Blut der Faschoschweine in den Rindstein fließt“²⁴ und „All cops are bastards. Scheiß Bullenpack. Dein Blut fließt über den Asphalt. Deine Kollegen mach ich auch noch kalt.“²⁵ In der Gesamtbetrachtung der gesichteten Liedtexte überwiegt jedoch das Werfen von Gegenständen aus der Distanz in Richtung des Feindes gegenüber der direkten Gewaltanwendung im Angesicht des Feindes.

FUNKTIONEN

Für den linksextremistischen Bereich erfüllt der Ideologietransport durch das Medium Musik eine wichtige Funktion für die Gewinnung neuer Anhänger (Rekrutierungsfunktion). „Holger Burner“, der seinen Hip-Hop als „Propagandarap“²⁶ bezeichnet und Texte wie „Ich will Uzis verteilen von Hamburg bis München mit dem Aufruf die Chefs aller Banken zu lyn-

chen“²⁷ in seinem Repertoire hat, betont die ideologische Vermittlung durch seine Musik: Etwas Besseres, als Kämpfe mit seiner Musik zu unterstützen, könne es nicht geben.²⁸ Daneben versuchen Linksextremisten auch mit sogenannten Schulhof-CDs, Jugendliche anzusprechen. Im Jahre 2007 vertrieb die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) eine „Rote Schulhof-CD“ als Gegenreaktion auf das Schulhof-CD Projekt der NPD. Damit wollte sie die „kulturelle Hegemonie auf deutschen Schulhöfen nicht den Rechten [...] überlassen“.²⁹ Zudem bot sie an, Jugendliche könnten „die unbedacht angenommene NPD-Scheibe gegen die Scheibe der SDAJ eintauschen“.³⁰ Neben Liedern der kommunistischen Arbeiterbewegung der 1930er-Jahre und der Hymne der Freien Deutschen Jugend in der DDR fanden sich Liedtexte, welche die Oktoberrevolution als ein positives historisches Ereignis herausstellten.³¹ Tobias Höfler, damaliger Landesvorsitzender der SDAJ in Bayern, stellte die Botschaft der Schulhof-CD wie folgt dar: „Unsere CD steht dafür [...], solidarisch zu handeln, sich zu organisieren und gemeinsam für eine andere Gesellschaft – den Sozialismus – einzutreten.“³² Die Sampler „Bundeswehrfreie Zone“³³ und „Bundeswehr raus aus den Schulen“³⁴ können als weitere Schulhof-CDs aus dem linksextremistischen Spektrum angeführt werden.

Neben der Ideologievermittlung lässt sich mit dem Verkauf von Musik auch Geld für linksextremistische Organisationen und Projekte sammeln (Finanzierungsfunktion). Im Jahre 2011 geschah dies zum Beispiel für die linksextremistische Gefangenenhilfsorganisation „Rote Hilfe“. Der Erlös aus einem CD-Sampler kam laut eigener Aussage zu 100 % der „Roten Hilfe“ zugute.³⁵ Wenn keine konkreten Organisationen und Projekte mit dem Erlös durch den Musikverkauf unterstützt werden sollen, lehnen Musiker mit Bezügen zum Linksextremismus in der Regel den kommerziellen Handel ab. Aufgrund ihrer antikapitalistischen Haltung stellen sie ihre Musik zumeist kostenlos im Internet zur Verfügung oder sie bieten den Erwerb ihrer CD für einen geringen Preis an.

Darüber hinaus eignet sich linksextremistische Musik auch dazu, die eigenen Anhänger zu mobilisieren, wie zum Beispiel vor einem

Neonazi-Aufmarsch (Mobilisierungsfunktion). Dafür werden im Vorfeld nicht selten auch sogenannte „Mobi-Clips“ für Videoplattformen im Internet angefertigt, die zumeist mit einem entsprechenden Lied unterlegt sind.

ABSCHLUSSTHESEN

Erstens: Der Begriff linksextremistische Musik meint eine Sammelbezeichnung für linksextremistische Texte mit unterschiedlichen Musikstilen. Erst durch die Texte wird die Musik zu linksextremistischer Musik. Die Musiktexte weisen unterschiedliche Grade an Extremismusintensität auf. Grundsätzlich gilt: Gewalt-auffordernde Texte gegen Personen und Sachen weisen einen höheren Grad an Extremismusintensität auf als Texte, die Hass gegen den demokratischen Verfassungsstaat schüren.

Zweitens: Ein Grund für die zögerliche Beschäftigung mit linksextremistischer Musik mag folgender sein: Wer sich mit linksextremistischer Musik beschäftigt, ist mit dem Vorwurf konfrontiert, rechtsextremistische Musik und der in ihr enthaltenen Mord- und Totschlagphantasien zu verharmlosen. Solche Vorwürfe sind hanebüchen. Wer auf Gewaltaufrufe gegen bestimmte Personengruppen in linksextremistischer Musik hinweist, ignoriert weder das Pendant im rechtsextremistischen noch im islamistischen Bereich.

Drittens: Feindbildkonstruktionen spielen bei linksextremistischer Musik eine wichtige Rolle. Sie dienen unter anderem dazu, Identität zu stiften, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu steigern, Anhänger zu mobilisieren und den Feind als „das Böse“ schlechthin zu stigmatisieren. Die Feindbilder Polizei und „Nazis“ dominieren in linksextremistischen Musiktexten. Dehumanisierende Vergleiche, wie etwa „Bullenschwein“ oder „Nazischwein“, tragen zudem dazu bei, den Feind zu entmenschlichen und die Hemmschwelle für Gewaltanwendung stark zu senken. Aufgrund der tragenden Rolle von Feindbildern scheint es Linksextremisten grundsätzlich leichter zu fallen, „Anti-“ anstelle von „Pro-Positionen“ zu formulieren. Sie können zwar genau sagen, was sie ablehnen, nicht aber, für was sie einstehen.

Viertens: Das Feindbild Polizei geht in links- und rechtsextremistischer Musik häufig

mit Verschwörungsphantasien einher. Während Rechtsextremisten glauben, eine Zusammenarbeit zwischen Polizei und linken Kräften zu erkennen, meinen Linksextremisten, Polizisten als „Faschisten“ zu enttarnen. Insofern schwächt das auf beiden Seiten bestehende Feindbild Polizei nicht die Feindschaft zwischen Rechts- und Linksextremisten ab. Vielmehr versuchen beide Seiten, das Feindbild Polizei so zu konstruieren, dass sie den jeweiligen politischen Feind schützen wolle oder gar mit ihm „unter einer Decke stecke“.

Fünftens: Wie gut eignet sich Musik, um linksextremistische Inhalte zu transportieren? Der Weg über Musik kann ein effektives Mittel zur Ideologievermittlung insbesondere bei Jugendlichen sein. Dennoch ist die Wirkung von linksextremistischer Musik stark kontextabhängig. So scheint der Zugang zur linksextremistischen Szene durch Musik auf Konzerten oder auf Feiern wahrscheinlicher, wenn direkter Kontakt zu Szenenmitgliedern besteht.

|| **ULRIKE MADEST M.A.**

Promotionsstipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung

ANMERKUNGEN

- ¹ Jesse, Eckhard: „Haut die Bullen platt wie Stullen“, unter: www.welt.de/kultur/literarischewelt/article13829112/Haut-die-Bullen-platt-wie-Stullen.html, 27.1.2012, Stand: 11.7.2014.
- ² Der Beitrag greift auf zwei Aufsätze der Verfasserin zurück: Linksextremistische Musik in Deutschland, in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie, hrsg. von Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 136-149; Noten des Hasses. Feindbilder in rechts- und linksextremistischer Musik im Vergleich, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2014, in Erscheinung.
- ³ Vgl. Said, Behnam: Dschihadistische Hymnen. Begrifflichkeiten, Entstehungsgeschichte und Relevanz für die deutsche Szene, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2013, hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl 2013, S. 186-209, hier: S. 191.
- ⁴ „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“, Art. 5, Abs. 3 GG.
- ⁵ Slime: Deutschland muss sterben, auf: Slime I, 1981.

- ⁶ BVerfGE, 1 BvR 581/00 vom 3. November 2000, Absatz-Nr. 1-33, hier: 21.
- ⁷ Ebd., Absatz-Nr. 31.
- ⁸ WIZO: Kein Gerede, auf: Für'n Arsch, 1991.
- ⁹ Crument, Ulrike, unter: www.youtube.com/watch?v=-SeGIKAjFRY, Stand: 16.4.2014.
- ¹⁰ BTM: A.C.A.B., unter: www.btmusic.de/btm%20songtexte/acab.htm, Stand: 25.4.2014.
- ¹¹ Klartext: Mann in grün, auf: Kalte Stadt, 2006.
- ¹² Boykott: Bulle, zit. n. Verfassungsschutzbericht 2012, hrsg. vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport, Hannover 2013, S. 137.
- ¹³ Dödelhaie: Fascho Bulle, unter: www.youtube.com/watch?v=vwrhRRFmsoY, Stand: 1.5.2014.
- ¹⁴ Slime: Polizei, SA/SS, auf: Soundtracks zum Untergang, 1980.
- ¹⁵ Vgl. Ziercke, Jörg: Vorwort, in: Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, hrsg. von Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan und Patrick Wagner, Köln 2011, S. V-VIII, hier: S. V.
- ¹⁶ Vgl. Dams, Carsten: Polizei, Protest und Pop. Staatliche Ordnungsmacht und gesellschaftliches Aufbegehren in der Populärmusik seit 1970, in: Musik – Macht – Staat. Kulturelle, soziale und politische Wandlungsprozesse in der Moderne, hrsg. von Sabine Mecking und Yvonne Wasserloos, Göttingen 2012, S. 303-318, hier: S. 312.
- ¹⁷ Boykott: Mein Hass, unter: <http://www.youtube.com/watch?v=HpP-DYX9RSg>, Stand: 10.7.2014.
- ¹⁸ Jora, Dirk, zit. n. Dorner, Christoph / Hentschel, Joachim: Slime: Warum wurde „Bullenschwein“ erst im Mai 2011 indiziert? Eine Spurensuche, unter: <http://www.rollingstone.de/magazin/features/article/105568/slime-warum-wurde-bullenschweine-erst-im-mai-2011-indiziert-eine-spurensuche.html>, 5.7.2011, Stand: 24.4.2014.
- ¹⁹ BTM: A.C.A.B. unter: www.btmusic.de/btm%20songtexte/acab.htm, Stand: 25.4.2014.
- ²⁰ Die Zusamm-Rottung: Hey Bulle, auf: Im Reich der wilden Tiere, 1991.
- ²¹ Ebd.
- ²² Kurzer Prozess: Gewalt, unter: <http://kurzerprozess.bandcamp.com/album/abriss-aufbau>, Stand: 17.6.2014.
- ²³ SPN-X: Bullenmord und Anarchie, zit. nach Meyer-Plath, Gordian: Lagebild zur links- und rechtsextremistischen Musik in Brandenburg, in: Kultur des Hasses. Extremisten und Musik, hrsg. vom Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Potsdam 2011, S. 34.
- ²⁴ Pestpocken: Selbstjustiz, auf: Pestpocken / Bad Nasty (Split), 2003.
- ²⁵ DieVisitor: Copkiller, auf: Anti, 2008.
- ²⁶ Vgl. <http://www.holger-burner.de/about.html>, Stand: 28.4.2013.
- ²⁷ http://www.holger-burner.de/lyrics/ketten_zerreisen.html, Stand: 24.10.2014.
- ²⁸ Vgl. Söhler, Maik: „Der Agit-Rapper“, in: ver.di PUBLIK, 4/2007, S. 24.
- ²⁹ sdaj-owl.de/archives/47-Rote-Schulhof-CD-der-SDAJ.html, Stand: 22.4.2013.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ Vgl. Verfassungsschutzbericht 2007, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2007, S. 160.
- ³² Bernhardt, Markus: „Wir wollen die Schüler für linke Politik begeistern.“ SDAJ verteilt rote Schulhof-CD um gegen rechts zu protestieren. Schwerpunkt ist Bayern. Ein Gespräch mit Tobias Höfler, in: junge Welt, 24.9.2007, S. 8.
- ³³ Vgl. bwfrei.blogspot.de/der-cd-sampler/, Stand: 29.4.2013.
- ³⁴ Vgl. www.sdaj-netz.de/blog/2013/01/bundeswehrraus-aus-den-schulen-gemeinsamer-sampler-mit-linksjugend-solid/, Stand: 28.4.2013.
- ³⁵ Vgl. rotehilfegreifswald.blogspot.de/category/zeitschriften-und-andere-publikationen/, Stand: 28.4.2013.

DIE LINKSEXTREMISTISCHE SZENE IN BAYERN

ANDREAS M. VOLLMER || Linksextremismus zu analysieren erfordert Mut: in Bayern weniger als anderswo. Der Pranger der Blindheit auf dem rechten Auge wird gern errichtet, dabei erfährt der Kommunismus in Teilen der Gesellschaft eine Renaissance.¹ Organisierte und autonome Linksextremisten stehen näher zusammen denn je. Beim G7-Gipfel 2015 liegt der Focus auf der Gefahrenabwehr, in diesem Beitrag auf einer Gesamtbetrachtung.

ORGANISIERTES LINKSEXTREMISTISCHES SPEKTRUM

Mit dem Ende der kommunistischen Ära 1989/90 schien das Schicksal des Linksextremismus besiegelt. Der Verfall der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und das jahrzehntelange Scheitern der Westetablierung der Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) nährten diese Sicht. So war die DKP nie etabliert, wenngleich sie lokale Hochburgen hatte. Die PDS reüssierte nur in Ostdeutschland, repräsentierte dort alte Eliten und nicht wenige, die sich als Verlierer der Einheit Deutschlands sahen. In Bayern spielten DKP und PDS nach ihren Wahlergebnissen nie eine Rolle; sie waren männerdominiert, mitgliederschwach und überaltert. Die orthodoxen Linksextremisten schienen in die Jahre gekommen, öffentlich kaum bekannt und durch interne dogmatische Debatten gebunden. Das Schmoren im eigenen Saft ersparte innere Modernisierungen und führte zu Abgrenzungen gegenüber Mitbewerbern.

Allerdings blüht heute in Bayern die Bündnisarbeit auf, wo mediale Ereignisse – wie Antikriegstag, Maifeierlichkeiten, Ostermärsche und Proteste gegen rechtsextreme Aufzüge / Konzerte sowie gegen die jährliche „NATO-Sicherheitskonferenz“ – linksextreme Akteure auf den Plan rufen. Sie wollen ideologische Vorstellung wie Antiimperialismus, Antimilitarismus oder Antifaschismus (im Sinne der Vorstellung, Deutschland bzw. Bayern sei auf dem Weg zum „faschistischen Staat“) in die „linke Mitte“ der

Gesellschaft transportieren. Mitunter erreichen sie so damit sogar demokratische Organisationen.

Diese Bündnisstrategie ermöglicht eine öffentliche Wahrnehmung, gerade wenn gemeinsam mit demokratischen Vereinigungen und Parteien Proteste gegen Rechtsextremisten durchgeführt werden. Die Suche nach potenziellen Unterstützern im links-demokratischen Spektrum und die Zusammenarbeit mit diesen führen günstigenfalls zu neuen Mitgliedern.

Zudem sind Bekenntnisse zum Kommunismus wie 2011 von der Vorsitzenden der Partei Die Linke² oder Auftritte von Sahra Wagenknecht im Fernsehen Mosaiksteine in der Renaissance des orthodoxen Kommunismus. Aufrufe links-extremer Organisationen zeigen vermehrt marxistisch-leninistische Ideologiefragmente und „Kapital-Lesekreise“ gedeihen prächtig. Der Verfassungsschutz rechnet 2013 bundesweit 31.800 Personen (in Bayern 3.560) dem Linksextremismus zu. Von drei Vorstellungen ist Abschied zu nehmen. Erstens: Die postmoderne Gesellschaft führt in der orthodoxen Linken nicht zu einer (unzureichenden) Bindungs- und Kooperationsunfähigkeit. Zweitens: Die Überalterung ist ein Mythos, keine der an „Vergreisung“ leidenden Organisationen wurde altersbedingt geschlossen. Drittens: Die Trennung zwischen organisiertem und nicht-organisiertem Linksextremismus wird weiter aufgeweicht. Foren und soziale Medien im Internet forcieren die fortschreitende Vernetzung.

Partei Die Linke (vormals Linkspartei bzw. PDS)

Die Linke bleibt ein spannendes Forschungsfeld,³ die Einschätzung der Partei reicht von demokratisch, teil-extremistisch bis extremistisch. Ihre ganzheitliche Beobachtung beendete der Verfassungsschutz in Bayern im Jahr 2013.⁴ Nach jahrelangem Streit im Landesverband Die Linke.Bayern (2013 rund 2.500 Mitglieder), stellt sich die Lage gegenwärtig so dar:

Öffentliche Auseinandersetzungen bleiben aus, weil linksoppositionelle Gruppierungen im Landesverband Bayern seit 2012/2013 in der Defensive sind: Die Antikapitalistische Linke (AKL) ist zerfallen, der Einfluss der Sozialistischen Alternative (SAV) – beschränkt auf München – schrumpft. Die Kommunistische Plattform (KPF) führt nur ein Schattendasein. Die Harmonie im Landesverband ist nur geborgt. Der Mitgliederzuwachs nach 2012⁵ ist kaum geeignet, die fehlende Verankerung auf dem Land sowie in den meisten Mittel- und Kleinstädten zu verbessern. Einige Kreisverbände sind in desolatem Zustand, in Unterfranken zerfallenen Strukturen. Dennoch ist die Partei in Bündnissen gegen Rechtsextremismus und im linken Demonstrationsgeschehen präsent. Ein positives „Kümmerer-Image“ scheitert an einer Aktionsfixierung, die jeden Oppositionstrend aufgreift. Die Linke, die Bündnisse mit der DKP⁶ und autonomen Kräften pflegt, hat in Bayern ihren Zenit als Wahlpartei überschritten: Die „Aktionsseinheit“ nutzte bei der Landtagswahl 2013 nichts und bei der Kommunalwahl 2014⁷ wenig. In München zog immerhin ein DKP-Mitglied in den Stadtrat ein, gewählt auf der Liste der Partei Die Linke. Er war angeblich den lokalen Verantwortlichen nicht als DKP-Mann bekannt, was die Basis bezweifelte. Die Empörung führte zu Austritten,⁸ gerade von Funktionären ihrer Quellpartei Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG).⁹ Der Münchner Vorstand der Linken trat nach Querelen zurück. Nicole Gohlke (MdB) verband die Kritik am Richtungsstreit mit Verbesserungsvorschlägen:

„Die Krise der Münchner Linken mit dauerhaft schwachen Ergebnissen bei den verschiedenen Wahlen (Landtag, Bundestag, Kommunalwahl, Europa) und seit der Kommunalwahl 2014 mit heftigem innerparteilichem Konflikt

ist Ausdruck mangelnder lokaler Verankerung sowie über viele Jahre nicht geführter Debatten über die strategische Orientierung und den Aufbau der Linken in München. Diese Debatte gilt es nun organisiert in der Mitgliedschaft – im Rahmen von Kreismitgliederversammlungen und öffentlichen Veranstaltungen – zu führen, politische Schwerpunkte müssen neu definiert und die politische Praxis daran ausgerichtet werden. [...] Viele Diskussionen sind noch nicht geführt, viele Standpunkte noch nicht artikuliert.“¹⁰

Das Schönreden der Wahlniederlagen bei der Landtagswahl 2013 mit 2,2 % (2008 noch 4,4 %) und bei der Kommunalwahl 2014¹¹ dürfte erneut interne Konflikte beflügeln.

Linksjugend [‘solid] und Die Linke.SDS

Beide „Partei-Nachwuchsorganisationen“ zeichnen sich durch marxistische Schulungsarbeit und einschlägige Theoriendebatten aus. 2013 verfügte die Linksjugend [‘solid] in Deutschland über 4.650 aktive Mitglieder,¹² in Bayern dürften es rund 400 sein. Sie besetzt Themen, die für Jugendliche eher bedeutungslos sind. Ein „Schock-Effekt“ ist den Nachwuchspolitikern in der Provinz aber sicher, wenn Sie zum Beispiel bei einem „antinationalen Abendspaziergang“ ein Transparent „Nationalismus ist kein Spiel, jedes bisschen Deutschland ist zu viel“ tragen. Der dazugehörige Redetext erinnert durchaus an Vorstellungen autonomer Kreise:

„Weiterführende Kritik an dem Konzept der Nation lässt sich formulieren, wenn man deren Funktion innerhalb der kapitalistischen Verwertung betrachtet. Eine kapitalistische Gesellschaft ist ohne einen Staat, der die Eigentumsverhältnisse schützt, nicht möglich. Dazu setzt er Gesetze und im Zweifelsfall auch Gewalt ein. Die Nation ist hierbei diejenige Form, wie diese Herrschaft, die vom Staat ausgeht, vermittelt wird. Die Nation fungiert hier als Zwangskollektiv. Innerhalb diesem Kollektiv soll der Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufgehoben werden. Und zwar nicht in unserem Sinne, endlich Schluss zu machen mit dem System der Wertverwertung und der Abschaffung der Klassenherrschaft, sondern dieser Widerspruch soll versöhnt werden. Arbeit und Kapital werden zum produktiven Dienst an der Nation und

Volksgemeinschaft. Gleichzeitig werden soziale Konflikte nicht ausgetragen, sondern innerhalb der Logik des Nationalismus überdeckt.“¹³

Durch ihre Verzahnung mit der „bürokratischen“ Partei Die Linke gelingt SOLID (so der frühere Name und eine gängige Bezeichnung in einschlägigen Kreisen) die Zusammenarbeit mit autonomen Kreisen nicht so einfach wie anderen linksextremistischen Organisationen.

Einen anderen Wirkungskreis hat der durch den akademischen Kontext solider agierende Studierendenverband Die Linke.SDS. In Bayern ist er an einigen Hochschulstandorten vertreten. Im Rahmen der Hochschularbeit versuchen Kader der trotzkistischen Vereinigung marx21 an linksorientierte Studentinnen / Studenten sowie an Angehörige von Die Linke.SDS heranzukommen. Die Aktivisten von marx21 haben hier eines ihrer Betätigungsfelder¹⁴ und zugleich ein Terrain für Nachwuchsgewinnung, wie eine Resolution aus dem Jahr 2012 zeigt:

„Es gibt ein Publikum für antikapitalistische Kritik und Aktionen an den Unis, welches für den Studierendenverband Die Linke.SDS gewonnen werden kann. [...] Für die politische Praxis des Verbandes zentral wird im nächsten Semester die Vorbereitung des nächsten bundesweiten SDS-Kongresses im Herbst diesen Jahres. [...] Wir setzen uns als Netzwerk für eine enge Verzahnung des Kongress mit Projekten und RednerInnen der Linken ein, um so Die Linke an den Hochschulen bekannter zu machen und Studierende für das Projekt einer klassenkampforientierten Partei zu gewinnen. [...] marx21 hat sich zum Ziel gesetzt, Die Linke als eine Klassenkampfpartei aufzubauen.“¹⁵

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die Krise der orthodox-marxistischen Partei, der vormals mitgliederstärksten extremistischen Organisation in Deutschland, erstaunt wenig. Früher mit bis zu 40.000 Mitgliedern, heute mit weniger als 10 % marginalisiert,¹⁶ kämpfen die Kommunisten weithin mit sich selbst: Es dreht sich um die Frage, Kaderpartei oder Öffnung zu einer Wahl- und Massenpartei? Diese Debatte statt historisierender Traditionspflege zeigt, dass ein gewisser politischer Frühling die dogmatische Partei erreicht hat. Der 20. Parteitag im Jahr 2013 offenbarte einen Riss, der

selbst mit dem Kitt des demokratischen Zentralismus kaum zu reparieren ist, am Beispiel der Wahlen: Der neue Parteivorsitzende Patrick Köbele siegte mit 91:60 Stimmen gegen seine Vorgängerin Bettina Jürgensen, die die Lage so beschrieb:

„Zu diesem Punkt noch: Von einigen der aktuellen Mehrheit wird – trotz ihres eigenen Mitwirkens – vom Hinterlassen eines ‚ideologischen und organisatorischen Scherbenhaufens‘ geschrieben, den es jetzt ‚wegzuräumen‘ gilt (Berliner Anstoß April 2013). [...] Es wird die Einheit der Partei riskiert, sicherlich nicht nur inhaltlich, wenn sich das weiter fortsetzt, wie heute mit den Anträgen aus der Partei zum Leitantrag verfahren wurde, um Positionen des Berliner Landesverbandes zu übernehmen, die in der Gesamtpartei nicht diskutiert werden konnten bzw. sollten.“¹⁷

Ungeachtet der Spaltungsgefahr läuft die Bündnis- und Kampagnenarbeit weiter. Die DKP ist in Protestbündnissen vertreten, wo ideologische Positionen dies gebieten. In einem der größten Bündnisse, „Gegen die NATO-Kriegskonferenz“, sind langjährige Mitglieder aktiv; hier verfügt die DKP mit Claus Schreer über den Repräsentanten und Hauptorganisator.¹⁸ Die Strategie der Platzierung eigener Kader bei der Landtagswahl in Bayern 2013 oder der Kommunalwahl 2014 auf Listen Der Linken ging auf. In Augsburg, Bamberg, Erlangen, Freising, Moosburg, München, Nürnberg und Wasserburg kandidierten DKP-Mitglieder. In den drei letztgenannten Städten gelangte je ein DKP-Mitglied in das Kommunalparlament.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die Nachwuchsrekrutierung, oft über Familiendynastien, gelingt der SDAJ als „DKP-Jugend-Kader“ insoweit erfolgreich, als sie die Handlungsfähigkeit der Gesamtpartei sicherstellt. In Bayern verfügt die parteinahe Jugend über ca. 110 von bundesweit 500 Mitgliedern.¹⁹ Manche Tabus fallen: Noch vor wenigen Jahren war eine Zusammenarbeit mit autonomen Kreisen, einschließlich des Bestrebens der Überwerbung dortiger Aktivisten, undenkbar. Heute setzen die Nachwuchskader auf drei Effekte: Erstens wirken Auftritte in Form von satirischen Aufzügen („Jubeldemos“²⁰ für das Kapital oder für

Militarismus) jugendnah. Zweitens kommt so der alte ideologische Wein von Klassenkampf und Imperialismus in neue Schläuche. Drittens ist die Relevanz größer, wenn Medien ein „Polit-Spektakel“ aufbereiten. Feindbilder werden tradiert, wie ein SDAJ-Transparent beim Ostermarsch München (2014) dokumentiert: „Waffen liefern, Faschisten unterstützen, Putsch durchsetzen: Das ist deutsche Außenpolitik!“²¹ Das Bekenntnis zur Gewaltbereitschaft ist ihrer Agenda zu entnehmen:

„Als Faustregel kann gelten, dass die legalen Kampfformen voll ausgenutzt werden sollten, gleichzeitig aber auch die Vorbereitung auf die Anwendung illegaler Kampfformen stattfinden sollte. Grundsätzlich gilt, dass die revolutionäre Klasse ‚gerüstet sein muss, aufs schnellste und unerwartetste die eine Form durch die andere zu ersetzen‘.“²²

UNORGANISIERTES LINKSEXTREMISTISCHES SPEKTRUM

Spektakuläre, gewalttätige Aktionen autonomer Kreise und einschlägige Straftaten – wie massive Angriffe auf Polizistinnen und Polizisten in Hamburg (2013) oder Anschläge auf die Infrastruktur der Berliner S-Bahn (2011-2014) – fordern kaum gesellschaftliche Proteste heraus. Während linksextreme Organisationen klammheimliche Freude darüber empfinden oder „nur“ schweigen, erreichen diese die Landespolitik. Vor dem G7-Gipfel in Elmau (2015) rücken gewaltgeneigte Vereinigungen in das öffentliche Interesse.²³ Erste Verlautbarungen, die im Hinblick auf Selbstinszenierung und -überschätzung vorsichtig zu bewerten sind, weisen auf eine szenübergreifende Eskalationsbereitschaft hin. Eine Kostprobe liefert die Aussage eines Aktivisten der linksextremen Interventionistischen Linken (IL) vom Juni 2014:

„Die IL hat aktuell als Schwerpunkt die Mobilisierung auf BLOCKUPY, daneben gibt es noch zahlreiche andere Projekte. POSITION: 2015 findet der G8-Gipfel im bayerischen Schloss Elmau statt. Was habt ihr vor? Mischa: Unsere bundesweite Struktur diskutiert das noch. Als lokale Gruppe haben wir jedoch bereits beschlossen, dorthin zu mobilisieren – wir finden die Kombination aus Großdemonstration und Blockade der Zufahrtswege eine richtige Akti-

onsform. Und mit der Idee sind wir ja nicht alleine, die gibt es ja auch bei euch in der SDAJ, bei solid, beim sds, bei 3A, bei Perspektive Kommunismus, bei Zusammen Kämpfen und anderen. Wir sehen uns also auf den Blockaden.“²⁴

Die für Bayern bedeutsamen Bündnisse sind neben der IL das Revolutionäre 3A-Bündnis (entstanden im Jahr 2010) und die Perspektive Kommunismus (gegründet im April 2014).

In Deutschland umfasst die gewaltorientierte Szene (2013) rund 6.100 Autonome und ca. 800 Antiimperialisten sowie Anarchisten. In Bayern ist sie mit etwa 650 Personen ein urbanes Phänomen, das Mobilisierungspotenzial bei Großlagen liegt darüber. Die Bedrohungslage ist ernst: 2013 kam es in Hamburg zu 187 und in Bayern zu 87 linksextremistischen Gewaltdelikten.²⁵ Aktivitäten militanter Linksextremisten aus ganz Deutschland (gerade aus autonomen Hochburgen), die in „Exkursionen“ nach Bayern münden, gebieten Wachsamkeit. Die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2013 spricht klare Worte:

„Täter aus dem linken Spektrum sind für 84 % aller im Zusammenhang mit Demonstrationen verübten Gewalttaten verantwortlich. [...] Auch linksmotivierte, gegen die Polizei gerichtete Straftaten folgen dem Gesamttrend und liegen sowohl bei Betrachtung der absoluten Fallzahlen (2013: 2.011; 2012: 1.515) als auch der Qualität der Angriffe auf einem hohen Niveau. Im Jahr 2013 wurden vier versuchte linksmotivierte Tötungsdelikte verübt, von denen sich drei gegen Polizisten richteten. Alleine bei den Ausschreitungen im Umfeld der ‚Roten Flora‘ im Dezember 2013 in Hamburg wurden rund 170 Polizisten durch gewaltbereite Linksextremisten verletzt. Insgesamt kam es im Jahr 2013 zu 953 gegen die Polizei gerichteten Gewalttaten aus dem linken Umfeld, ein Anstieg von 28 % im Vergleich zum Vorjahr.“²⁶

Autonome Gruppen

In Bayern gibt es eine Reihe autonomer Vereinigungen, die jenseits großer Städte nur wenige Personen binden und / oder temporär aktiv sind.²⁷ Einen großen Stellenwert hat die seit 1993 bestehende Organisierte Autonomie (OA) in Nürnberg, die den Widerspruch von ortho-

doxem Linksextremismus und Autonomen im Namen trägt. Ihr Credo für den Klassenkampf lautet:

„So wie es ist, kann es nicht bleiben und deshalb kämpfen wir:

- für eine freie kommunistische Gesellschaft, in der die Häuser und Fabriken, Dienstleistungsbetriebe, Land und natürliche Ressourcen einfach alles in Händen aller, das heißt vergesellschaftet, ist. [...]
- für eine herrschaftsfreie kommunistische Gesellschaft, in der Faschismus ausgeschlossen ist und all seine Wurzeln endgültig beseitigt sind. [...]
- für eine Gesellschaft ohne Staat. Von der Basis her, den Betrieben, Stadtteilen, Bildungseinrichtungen etc. organisiert über delegierte Räte miteinander verbunden, werden die Menschen sich selbst direkt verwalten.“²⁸

Die OA veranstaltet jährlich die „Revolutionäre 1.-Mai-Demonstration“, die Verschränkungen zeigt: „von DKP und Solid über Flüchtlings- und Frauenorganisationen bis hin zu Antifagruppen und anderen antikapitalistischen Organisationen“.²⁹ Autonome Gruppen in Nürnberg sind ferner die 1997 gegründete Autonome Jugendantifa Nürnberg (AJA) und die Antifaschistische Linke Fürth (ALF). Autonome Vereinigungen in und um Nürnberg setzen überraschend stark auf (orthodoxe) Theorie und sind grundsätzlich langlebiger als anderswo.

In und um München bestehen mehrere autonome Gruppen.³⁰ Eine der größeren ist Antifa-NT (Autonome Antifa München), die seit 2006 besteht. Das Antifaschismusverständnis beinhaltet den historischen „Schwur von Buchenwald“,³¹ der sich im Homepage-Banner wiederfindet.³² Die Gruppierung lehnt jede Form von Staatlichkeit ab (auch die kommunistische Staatsform) und propagiert eine Gesellschaft ohne Nationenbezug, Regierung, Geld oder Arbeit.³³

Autonome Gruppen treten bei Kundgebungen gerne als „abgekapselter Block“ auf und versuchen nach Möglichkeit medienwirksam zu agieren (wie Zünden von bengalischem Feuer oder „Entglasungen“). Seitentransparente sind beliebt, um Polizeizugriffe zu erschweren; sie werden mitunter per Auflagenbescheid verboten.

Die politische Arbeit wird besonders in autonomen Zentren oder in Räumen selbstverwalteter Objekte geleistet. Das Selbstverständnis und Eigenleben eines bedeutenden autonomen Zentrums wurde unlängst untersucht.³⁴

Antiimperialistische und anarchistische Gruppen

Bundesweit aktiv und in linksextremistische Zusammenhänge in Bayern eingebunden ist die Interventionistische Linke (IL),³⁵ die 2007 eine tragende Säule der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm war.³⁶ In Bayern werden kleinere Brötchen gebacken: Die 2011 gegründete Antikapitalistische Linke München (AL-M) betont revolutionäre Umwälzungen:

„Die Keimzellen einer organisierten Gegenmacht und Orte, an denen wir schon heute Ansätze partizipativer und gleichberechtigter Zusammenarbeit entwickeln, sind revolutionäre Organisierungen. Sie sollen durch eine aktive Beteiligung an den Kämpfen gegen reaktionäre und faschistische Kräfte, gegen Krieg und Militarismus, für internationale Solidarität und die Unterstützung diverser sozialer Kämpfe nicht selbstbezogen und abgeschottet von linken Bewegungen vor sich hinwerkeln, sondern inmitten des gesellschaftlichen Geschehens präsent sein. Für revolutionäre Umwälzungen spielt das organisierte Zusammenwirken all dieser aktiven Bereiche linker Politik eine zentrale Rolle.“³⁷

Daneben bestehen kleine rätekommunistische Gruppen wie die Freie Arbeiter Union (FAU). Sie versteht sich als „anarcho-syndikalistische Gewerkschaft“ und lehnt Parteien ab. Ihre Ortsgruppen in München, Nürnberg und Regensburg haben einen besonderen Aufnahmecharakter:

„Nach Bestätigung durch den Sekretär / die Sekretärin und Eingang des ersten Beitrags gilt die Mitgliedschaft als vorläufig und muss durch die darauffolgende Vollversammlung bestätigt werden.“³⁸

Eine anarchistische Gruppe in München kämpft vehement gegen den Neubau des Münchner Justizzentrums. Die Polizei blickte bis Juni 2014 auf 220 Straftaten: In knapp zwei Jahren wurden vor allem Wände beschmiert und Scheiben eingeworfen, aber auch Fahrzeuge ange-

zündet.³⁹ Die Anarcho-Straßenzeitung *Fernweh* widmete sich im Januar 2014 den Sabotagemöglichkeiten:

„Es gibt tausende Möglichkeiten gegen das Justizzentrum zu kämpfen: Flugblätter verteilen, Diskussionen führen, gesprühte Parolen, Angriffen auf Verantwortliche, Sabotagen des Baus oder der Justizmaschinerie, [...] ‚Die Revolte braucht alles, Zeitschriften und Bücher, Waffen und Sprengsätze, Überlegungen und Blasphemie, Gifte, Dolche und Brandstiftungen. Die einzige interessante Frage ist, wie sie kombinieren?‘ Die Entscheidung muss jeder selbst treffen, wann welches Mittel am angebrachtesten ist, beurteilt jede Person anders, Ziele gibt es mehr als genug, alle Strukturen und Personen, die Teil der Justizmaschinerie sind, oder beim Bau des neuen Justizentrums mitarbeiten, sind kleine (oder auch größere) Zahnradchen der Justiz.“⁴⁰

FAZIT

Der Linksextremismus erlitt mit dem Zusammenbruch des Kommunismus eine Niederlage, erfährt aber gerade eine Renaissance. Dies gilt gerade für politische „Aushängeschilder“ des organisierten Phänomenbereiches, wie beispielsweise Auftritte der ehemaligen KPF-Frontfrau Sahra Wagenknecht im Fernsehen dokumentieren. Die baldige Erledigung des Phänomens durch Wegsterben überalterter Akteure ist ein lange gehegter Trugschluss. Während das Rekrutierungspotenzial zum Überleben der jeweiligen Organisation reicht, findet das Agitieren von Linksextremisten teilweise gesellschaftliche Zustimmung. Bündnisse mit nicht-extremistischen Organisationen zeigen dies. Ideologische Feindbilder vom „Versagen des bürgerlichen Staates“ mit linksextremen Versatzstücken stoßen mitunter auf gesellschaftliche Akzeptanz und finden so Eingang in politische Vorstellungen im demokratischen Spektrum.

Die Linke nimmt eine Sonderstellung ein. Sie wird wahlweise als demokratische Partei, Partei mit extremistischen Einschläüssen oder als extremistische Partei klassifiziert. In Bayern ist sie als Wahlpartei gescheitert, agiert aber weiterhin in ihrem Protestmilieu sowie in einschlägigen Bündnissen. Ein wichtiger Partner, gerade bei Kommunalwahlen, ist die DKP.

Der gewaltgeneigte Linksextremismus wird bedeutsamer: Gewaltgeneigte Vereinigungen und Personen wünschen die gezielte Überschreitung legaler Protestformen. Das Gewaltmonopol des Staates soll – je nach eigener Stärke und Situation – durch kreative Aktionsformen ausgehöhlt oder gesprengt werden. Gewaltexzesse bei einigen Demonstrationen sprechen eine deutliche Sprache. Militante linksextreme Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nutzen legale Mittel und Möglichkeiten. Ihre Debatten greifen teilweise Anliegen der Zivilgesellschaft auf, wobei die Agitation letztlich der Erlangung des Kommunismus oder autonom-staatfreien bzw. anarchistischen Zuständen dient. Spannend ist, inwieweit die Aktivitäten der organisierten und gewaltgeneigten Szene gegen den G7-Gipfel in Elmau (2015) als eigenes Kapital (über die Auseinandersetzung hinaus) verwertet werden können. Teile der Linksextremisten planen „Störmaßnahmen“, bei denen eine Aktionseinheit mit nicht-extremistischen Gruppen und Akteuren willkommen ist. Sie werden sich dabei an den Erfahrungen der Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm 2007 orientieren.

|| DR. ANDREAS M. VOLLMER

Politologe, Bayerisches Staatsministerium des Innern, München; Autor des Buches: *Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative. Entstehung, Geschichte und Bilanz*, Baden-Baden 2013

ANMERKUNGEN

- ¹ Der Beitrag gibt meine persönliche Ansicht wieder.
- ² Vgl. Löttsch, Gesine: Wege zum Kommunismus, in: junge Welt 7.1.2011, S. 10.
- ³ Vgl. Jesse, Eckhard / Lang, Jürgen P.: Die Linke – eine gescheiterte Partei?, München 2012; Vollmer, Andreas M.: Der Zerfall der Partei Die Linke im Westen – Die Gründe für die Erosion, in: Extremismus in Deutschland. Schwerpunkte, Vergleiche, Perspektiven, hrsg. von Gerhard Hirscher und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2013, S. 189-206.
- ⁴ Zur plausiblen Begründung für die ganzheitliche Beobachtung der Partei vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2008, München 2009, S. 158-159 und bis 2012: vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2012, München 2013, S. 128-129. Im Jahr 2013 erfolgte die Revision: vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2013, München 2014, S. 157-161. Der Verfasser vertritt eine andere Ansicht, die nachfolgend nur angedeutet werden kann.
- ⁵ Vgl. Die Linke: Die Linke – Mitgliederzahlen, in: <http://www.die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen>, Stand: 1.9.2014.
- ⁶ So das Wahlbündnis „Linke Liste Wasserburg“ (Partei Die Linke, DKP, und andere). Ihrer Spitzenkandidatin, die Mitglied der DKP ist, gelang der Einzug in den Stadtrat, vgl. DKP Südbayern: München: OB und Stadträte vereidigt – Mehrheiten nach wie vor unklar, in: www.kommunisten.de vom 6.5.2014, Stand: 1.9.2014.
- ⁷ Vgl. Killet, Julia: Auswertung der Kommunalwahlen in Bayern, München 2014, S. 8-9. Bayernweit sind es 33 Sitze in 19 Städten und je ein Sitz in zwei Gemeinden, vgl. Die Linke Regensburg: Vertreter/innen in Stadtparlamenten und Vertreter/innen im Gemeinderat, in: www.dielinke-regensburg.de, Stand: 2.9.2014.
- ⁸ Vgl. Hutter, Dominik: Münchner Stadtrat. Doch keine Koalition mit der Linken, in: www.sueddeutsche.de vom 10.4.2014, Stand: 30.8.2014.
- ⁹ Vgl. Vollmer, Andreas M.: Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG). Entstehung, Geschichte und Bilanz, Baden-Baden 2013.
- ¹⁰ Gohlke, Nicole: Antrag an die Mitgliederversammlung der Münchner LINKEN am 6.7.2014, in: <https://groups.google.com/forum/#!topic/marx21-bayern/KIreVv0WwnY> vom 5.6.2014, Stand: 1.9.2014.
- ¹¹ Vgl. Bulling-Schröter, Eva: In mehr Städten mit mehr Stadträt/innen, in: www.die-linke-bayern.de vom 17.3.2014, Stand: 1.9.2014.
- ¹² Vgl. Die Linke: Delegiertenschlüssel des 4. Parteitags, in: http://www.die-linke.de/fileadmin/download/parteivorstand/2012/86_Delegiertenschluessel.pdf, Stand: 2.9.2014.
- ¹³ Linksjugend [solid] Nürnberg/Fürth: Nationalismus ist kein Spiel, in: <http://solid-online.de/blog> vom 17.7.2014, Stand: 2.9.2014.
- ¹⁴ Vgl. Vollmer: Arbeit & soziale Gerechtigkeit, S. 297-298.
- ¹⁵ Vgl. marx21: marx21-Resolution 2012, in: <http://marx21.de/content/view/1636> vom 5.3.2012, Stand: 3.9.2014.
- ¹⁶ Vgl. van Hüllen, Rudolf: Was war die DKP? Eine analytische Skizze, in: Was wurde aus der DKP? Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der extremen Linken, hrsg. von Gerhard Hirscher und Armin Pfahl-Traugher, Brühl 2008, S. 9-47.
- ¹⁷ Jürgensen, Bettina: Persönliche Erklärung von Bettina Jürgensen, in: www.kommunisten.de vom 25.5.2013, Stand: 2.9.2014.
- ¹⁸ Vgl. Schreer, Claus: <http://sicherheitskonferenz.de/PRESSEMITTEILUNG-GROSSDEMONSTRATION-SIKO-2014> vom 1.2.2014, Stand: 2.9.2014.
- ¹⁹ Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2013, S. 163.
- ²⁰ Vgl. SDAJ München „Ziviler Gehorsam jetzt!“ – Satirische Jubeldemo gegen die NATO-Kriegskonferenz, in: www.sdaj-muenchen.net/?p=3686 vom 26.1.2013, Stand: 2.9.2014.
- ²¹ Vgl. SDAJ München: Waffen liefern, Faschisten unterstützen, Putsch durchsetzen: Das ist deutsche Außenpolitik!, in: www.sdaj-muenchen.net/p=4302 vom 19.4.2014, Stand: 2.9.2014.
- ²² SDAJ: SDAJ-Grundlagenschule, in: <http://www.sdaj-netz.de/material/grundlagenschule>, Stand: 3.9.2014.
- ²³ Zur linksextremen Sicht: Vgl. Invia 1200: Der Aufbau staatlicher Sicherheitsarchitektur zum G8-Gipfel 2015, in: <http://invia1200.wordpress.com> vom 29.7.2013, Stand: 9.9.2013.
- ²⁴ SDAJ: Wir wollen verändern!, in: <http://pressefest.sdaj-netz.de/2014/06/15/wir-wollen-veraendern> vom 15.6.2014, Stand: 3.9.2014.
- ²⁵ Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg: Verfassungsschutzbericht 2013, Hamburg 2014, S. 88; Bayerisches Staatsministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2013, S. 146.
- ²⁶ Bundesministerium des Innern: Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2013, in: www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2014/04 vom 29.4.2014, Stand: 4.9.2014.
- ²⁷ Eine bayernweite Übersicht autonomer Gruppen liefert eine szenenahe Internetseite, vgl. Antifa-Info Bayern – Links, in: <http://bayern.blogspot.de/links>, Stand: 5.9.2014.
- ²⁸ Organisierte Autonomie: Was ist die organisierte Autonomie?, in: www.redside.tk/cms/organisierte-autonomie, Stand: 4.9.2014.
- ²⁹ Organisierte Autonomie: Nürnberg: Der revolutionäre 1. Mai 2014, in: <http://de.indymedia.org/2014/05/354075.shtml> vom 1.5.2014, Stand: 4.9.2014.

- ³⁰ Vgl. exemplarisch LAVA [muc] – libertäre antifa münchen, in: <http://lava-muc.de>, Stand 5.9.2014; deconstruct reality, in: <http://deconstructreality.blogspot.eu>, Stand: 5.9.2014; assoziation autonomer umtriebe [dachau], in: www.aaud.tk, Stand: 5.9.2014.
- ³¹ Vgl. Blank, Bettina: „Deutschland, einig Antifa?“ „Antifaschismus“ als Agitationsfeld von Linksextremisten, Baden-Baden 2014, S. 50 ff.
- ³² Vgl. Antifa-NT: News, in: <http://antifa-nt.de>, Stand: 5.9.2014.
- ³³ Vgl. Antifa-NT: talkin‘ bout a revolution, in: <http://lemondeestanous.blogspot.de/aufrufe/talkin-bout-a-revolution>, Stand: 7.9.2014.
- ³⁴ Vgl. Hoffmann, Karsten Dustin: „Rote Flora“. Ziele, Mittel und Wirkungen eines linksautonomen Zentrums in Hamburg, Baden-Baden 2011.
- ³⁵ Vgl. Für eine linke Strömung (F.e.l.S.): Interventionistische Linke, in: <http://fels.nadir.org/de/il>, Stand: 6.9.2014.
- ³⁶ Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz (Berlin): Linksextremistische Protestvorbereitungen gegen den G8-Gipfel 2007, in: www.berlin.de/imperia/md/content/seninn/verfassungsschutz/lage_g8_2007.pdf, Stand: 31.8.2014.
- ³⁷ Antikapitalistische Linke München: Die Perspektive heißt Kommunismus: Heraus zum revolutionären 1. Mai 2014, in: <http://almuc.blogspot.eu/2014/04/10>, Stand: 6.9.2014.
- ³⁸ Vgl. FAU Regensburg: Mitgliedsantrag FAU Regensburg, in: http://fauregensburg.files.wordpress.com/2013/12/mitgliedsantrag_regensburg4.pdf, Stand: 6.9.2014.
- ³⁹ Vgl. Rost, Christian: Anschlagsserie gegen Justizzentrum, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 26.6.2014, S. 49.
- ⁴⁰ Die Justiz sabotieren, in: *Fernweh* Januar/2014, http://fernweh.noblogs.org/files/2014/01/7_druckvorlage.cleaned.pdf, Stand: 6.9.2014.

„VOR ERFOLGEN VON SCHWINDEL BEFALLEN“?

Der Rechtsterrorismus und die merkwürdige „Normalisierung“ des Linksextremismus

RUDOLF VAN HÜLLEN || Nicht-revolutionäre Zeiten, schrieb einst vor dem Zeiteumbruch 1989 ein DKP-Bezirkssekretär, seien für jeden echten Revolutionär eine Seelenfolter.¹ Auch heute ist die Revolution nicht in Sicht, aber sie ist der Etablierung des gewöhnlichen Linksextremismus, auch seiner gewaltorientierten Form, als geachteter politischer Akteur 25 Jahre danach ein gehöriges Stück näher gerückt. Die Gesellschaft scheint akzeptiert zu haben, dass bei politischem Extremismus konsequent mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird.

Linksextremismus gilt vielerorts als kommoder Partner auch etablierter Institutionen, die vier Mal umbenannte SED nicht länger als anrühlich. Und was die gelegentliche Neigung zu exzessiver Gewalt – sei es durch heimtückisch vorbereitete Anschläge („klandestine Aktionen“) oder auf der Straße („Massenmilitanz“) – angeht, ist ein Diskurs in Gang gekommen, dass es sich erstens um berechtigten „Widerstand“ handeln könnte, dass zweitens die Gewalt gar keine sei oder dass drittens, falls trotz allem nicht zu leugnen, dies jedenfalls keine „linke“ Gewalt sei.² Parallel dazu läuft die Debatte, ob es linken Extremismus überhaupt gibt. Das ist folgerichtig, denn wie kann man von Extremismus bei einem Phänomen reden, das als regierungsfähig gilt und definitiv in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist.

Für diese erstaunliche Entwicklung gibt es allerdings durchaus Ursachen, auch wenn die Wucht der Veränderung politischer Parameter auf den ersten Blick überrascht.

DIE FRÜHERE SED ALS GRAVITATIONSFELD UND SPIEGELBILD DES AKTUELLEN LINKSEXTREMISMUS

Die revolutionäre Linke in Deutschland hat einen langen Prozess der Transformation hinter sich. Mit dem Wegfall der ideologisch und

machtpolitisch tonangebenden „Zentralkirche“ des real existierenden Sozialismus schon unter Michael Gorbatschow setzte bereits um die Mitte der 1980er-Jahre eine länger anhaltende Erosion ihrer Anhängerschaft ein, von der übrigens auch die maoistische und trotzkistische Verwandtschaft der orthodox-kommunistischen Großfamilie nicht verschont blieb. Personell und finanziell trockneten Gruppen aus, etliche verschwanden aus der Szenerie, andere mutierten zu Sekten oder – wie im Falle der DKP – zu einer „Erinnerungsgemeinschaft“ des einstigen kommunistischen Milieus.³ Die Regierungspartei der dahin gegangenen DDR überlebte die Transformation in höchst widersprüchlichen Entwicklungsschüben: Durch Wahlerfolge in den neuen Bundesländern und die Übernahme von Verantwortung auf Landes- und Kommunalebene ist die alltagspraktische Gewöhnung ihrer Mitglieder an demokratische Verfahren vollständig. Ambivalent bleibt die Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, doch hat eine neu heranwachsende Generation von Mitgliedern weniger Probleme, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Das Programm, dem eine ideologiekritische Analyse durchaus verfassungsfeindliche Absichten nachweisen kann,⁴ hat auch die Funktion einer innerparteilichen Standortbestimmung und reflektiert die dabei erforder-

lichen Kompromisse unter den Generationen. Viele Baustellen sind (noch?) nicht bearbeitet: Die Partei pflegt Kontakte zu ausländischen Terrorgruppen,⁵ sofern diese sich „antiimperialistisch“ geben. Sie funktioniert neuerdings seltsam reflexhaft als Sprachrohr eines neuen russischen, aber eben nicht mehr „sowjetischen“ Imperialismus. Und sie hat – eingestandenemaßen – ein Antisemitismus-Problem,⁶ das sich mindestens aus einem undifferenziert anti-westlichen und anti-israelischen Grundgefühl speist, nach außen aber als „antizionistische“ Solidarität mit den „unterdrückten“ Palästinensern verkauft wird.

Am deutlichsten treten aber die ungelösten Spannungen innerhalb der „Linken“ nach wie vor zwischen den Gliederungen in den alten und den neuen Bundesländern zu Tage. Die Fusion mit zwei Wahliniitiativen im Westen 2007 ermöglichte der damaligen PDS zwar den Ausbruch aus dem ostdeutschen Ghetto. Aber sehr im Unterschied zur verbreiteten Wahrnehmung war damit gerade kein Demokratisierungsschub verbunden: Die neu entstandenen westdeutschen Landesverbände und die zu ihnen gehörenden Landtagsfraktionen erwiesen sich als rechte Faulschlammbiotopie für übrig gebliebene DKPler, Trotzlisten, Maoisten, Autonome und irgendwie linksradikal Fühlende. In ihnen sicherten sich harte Linksextremisten aussichtsreiche Listenplätze bei den Bundestagswahlen. Da die bevölkerungsreichen westlichen Bundesländer hohe Stimmenzahlen generieren, sieht die Bundestagsfraktion entsprechend aus. In der Linken nimmt der Extremismusgehalt von der Parteibasis zu den höheren Leitungsfunktionen hin eher zu als ab. Ob sich daran vorläufig etwas ändern wird, scheint eher zweifelhaft. Damit spiegelt die Partei die Vielgestaltigkeit und Zerrissenheit der extremistischen Linken wider, denn sie wirkt als größte, organisatorisch und finanziell potenteste Struktur natürlich wie ein Gravitationsfeld auf linksextreme Potenziale.

Das mag freilich im normalen parlamentarischen Betrieb nebensächlich erscheinen: In der großen Koalition II ist die „Linke“ die größte Oppositionsfraktion, und ihr Fraktionschef hat mit seinem Gegenüber bei den Grünen nun wirklich kein Profilierungsproblem. Unglückli-

cherweise hat man aus dieser Konstellation die Idee abgeleitet, es gelte, für die Opposition erweiterte Rechte zu schaffen. Das ist falsch, denn beide Oppositionsparteien sind die „Looser“ des letzten Wahlganges – deutlich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung haben kundgetan, sie *nicht* zu wollen. Auch dieser Irrtum über einen zu Lasten der klaren Entscheidung des Volkssouveräns gehenden „Minderheitenschutz“ trägt unglücklicher Weise zur „Normalisierung“ des Linksextremismus bei. Denn umgekehrt wäre wohl kaum jemand auf die Idee gekommen, aus der weitgehenden Einigkeit der in Mecklenburg-Vorpommern etablierten Parteien („Schweriner Modell“) zu folgern, es gelte, der NPD im Landtag erweiterte Oppositionsrechte einzuräumen.

VERUNSICHERUNG UND DIFFUSION: DER GESTALTWANDEL DES LINKSEXTREMISMUS

Kaum ein ideologisches Grundkonzept, kaum ein Handlungsfeld des Linksextremismus ist von den Umbrüchen seit 1990 unbeeinträchtigt geblieben. Neben dem Wegfall der bipolaren Weltordnung griffen die Wirkungen der Globalisierung von Wirtschaft, Politik, Kultur, Migration und Kommunikationstechniken. Es fiel der verbliebenen radikalen Linken nicht schwer, sie als „kapitalistische Globalisierung“ unter dem Titel „Neoliberalismus“ theoretisch einzuordnen und ihr das Modell einer eigenen globalisierten Protestkultur entgegenzusetzen. Freilich hatte sie irritierende Schattenseiten. Sie fügte sich kaum in das Schema einer sozialrevolutionären Befreiung, folgte auch mitnichten einer marxistischen Analyse. In ihr tummelten sich allerhand Anliegen, die allenfalls egoistische, wenn nicht gar nationalistische oder sektenhafte Interessen verfolgten. Skurril war schon 1994 die erste Aufwallung des „neuen“ Internationalismus, die mexikanische Zapatisten-Bewegung EZLN („Ejercito Zapatista de Liberación Nacional“), bildhaft geworden durch einen mit „Hassmaske“ vermummten und Pfeife rauchenden „Subcommandante Marcos“. Ein Versuch, in die diffuse Revolutionslage analytische Ordnung zu bringen, schuf eher zusätzliche Verunsicherung: Die Qualifikation des voluminösen, aber obskuranten Werkes eines amerikanischen Literaten und eines italienischen Ex-Terroristen

als „Kommunistisches Manifest des 21. Jahrhunderts“ (Slavoj Žižek) ist hoch gegriffen. Michael Hart und Antonio Negri lösten das revolutionäre Subjekt in die „Multitude“ auf und erklärten das verhasste „Empire“ zum allumfassenden gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Manipulationszusammenhang, dem von außen nicht beizukommen sei.⁷

Ein weiteres Beispiel für die ideologische Diffusion im linksextremistischen „Anti-Imperialismus“: In der DKP diskutierte man über Jahre kontrovers, ob sich die Erscheinungsformen des Imperialismus modernisiert hätten oder ob sie weiterhin ausschließlich nach den Vorgaben der Leninschen Imperialismustheorie zu beurteilen seien. Im Frühjahr 2013 endlich war der Streit im Sinne der Orthodoxie entschieden und die glücklose DKP-Vorsitzende nach nur drei Jahren Amtszeit durch einen traditionalistischen Hardliner ersetzt. Nun taugt die Leninsche Imperialismustheorie von 1917 recht wenig zur Einschätzung der islamistischen Gefahr, und je weniger sich revolutionäre Umbrüche in eine Richtung entwickeln, die man als sozial-empanzipatorisch bewerten könnte, desto größer wird bei Linksextremisten die Neigung, sich auf das zurückzuziehen, was man jedenfalls konsentisch ablehnen kann. Eingeübte Feindbilder (Anti-Amerikanismus, Anti-Kapitalismus, als Anti-Zionismus verbrämter Antisemitismus) ersetzen unmöglich gewordene Handlungskonzepte.

Der anarchistischen Großfamilie des Linksextremismus, ursprünglich vom Zusammenbruch des realen Kommunismus nicht betroffen, ging es keineswegs wesentlich besser. Ohnehin ist jede Generation von Autonomen damit geschlagen, unlösbare Probleme des anarchistischen Politikverständnisses wie die Organisations- oder die Gewaltdebatte immer neu diskutieren zu müssen. So hatte der offensichtliche Aufschwung des Rechtsextremismus nach 1990 zwar zur Einsicht einer besseren überregionalen Vernetzung des „antifaschistischen“ Kampfes geführt, doch scheiterten die dazu verwendeten Organisationskonzepte „Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation“ (AA/BO, 1999 bis April 2001) und „Bundesweites Antifa-Treffen“ (1993 bis November 2002). Als um die Jahrtausendwende eine „Militante Gruppe“ in Berlin

eine Diskussion um revolutionäre Organisation und planmäßige, qualitativ hochwertige Anschläge in Gang bringen wollte, hörte ihr kaum jemand zu. Und selbst ehemalige RAF-Kader mussten feststellen, dass ihre Erzählungen aus der „Kampfzeit“ von jüngeren Autonomen glatt in die Kategorie „Opa erzählt vom Krieg“ eingeordnet wurden.

Offensichtlich hatte es erstens einen Generationenwechsel gegeben und zweitens hatte wieder mal der Erfahrungstransfer nicht geklappt.

In dieser Situation schienen die früheren Klassifizierungen des Linksextremismus brüchig: Terrorismus existierte nach der Selbstauflösung der Rote-Armee-Fraktion (1998) nicht mehr. Die revolutionär-marxistischen Gruppen waren zu sterilen Traditionsvereinen geworden, einige wie die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ zeigten deutlich soziologische Merkmale einer sektenhaften Introversion. Die Autonomen befanden sich wie üblich auf der Suche. Und zwischen ihnen und den klassischen revolutionären Marxisten etablierte sich ein „zentristisches“ Spektrum, das sich zur Begründung seiner Weltsicht und seiner Handlungskonzepte marxistischer und auch leninistischer Ideologeme bediente. Aus diesem Feld um die „Interventionistische Linke“ und die norddeutsche Gruppe „Avanti“ hörte man bisweilen als Zielbestimmung „Für den Kommunismus“ – gemeint war aber nicht so sehr die (sowjetische) Version einer angeblich selbstläufig zum Überfluss entwickelten Industriegesellschaft, sondern die Idee einer herrschaftsfreien Ordnung – eher in der Tradition eines Proudhon.

DIE ENTGRENZUNG LINKSEXTREMER GEWALT

Lässt ideologische Stringenz nach, werden die ordnenden Konturen gewohnter Abläufe brüchig, finden sich auch weltanschaulich ungefestigte Trittbrettfahrer mit unklarer Motivation ein. Das hat Auswirkungen vor allem auf die Begründungsmuster von politisch linksextrem motivierter Gewalt. Im Unterschied zum Rechtsextremismus, für den Gewalt ein steter und naturgesetzlich normaler Begleiter des Sozialen ist, kennt linksextreme Gewalt zumindest theoretisch ideologisch immanente Grenzen: Bei revolutionären Marxisten bestimmen sie sich zwar nicht nach moralischen, wohl aber nach utilita-

ristischen Kriterien: Gewalt ist erlaubt, wenn sie der Revolution nützt, und unerwünscht, wenn sie sich in diese Zweckbestimmung nicht einordnet. Das war mindestens teilweise auch autonomes Gewaltverständnis. Es folgte im Allgemeinen einer Formulierung aus dem berühmten „Buback-Nachruf“ von 1977. Positiv beurteilt wurde darin eine Gewalt, „die fröhlich ist und den Segen der beteiligten Massen hat“. Eine Schädigung des zu befreienden Volkes kam demnach selbst bei Sachbeschädigungen nicht in Betracht, während andererseits selbst physische Angriffe auf Repräsentanten des Systems in Ordnung gehen. Umstritten ist allenfalls, ob die Tötung des Gegners intendiert sein darf.

Diese sowohl nach der Ziel-Mittel-Relation als auch nach der Intensität wirksame Begrenzung verliert ihre Wirkung, je mehr sich linksradikal verstehende, aber ideologisch ungefestigte Personen in die „Szene“ mischen. Dass dies passiert, ist fast zwangsläufig, denn linke Gewalt wird gesellschaftlich anders als ihr rechts extremes Pendant beurteilt. Für den Event-Kick linker Straßenmilitanz gibt es feste Terminangebote, eine ausgefeilte Dramaturgie und bewährte Logistik, die das Risiko überschaubar macht.⁸ Die Beteiligung an oder am Rand eines solchen Events ist mindestens je nach Anlass und Region durchaus nicht anrüchig. Ein linksextremer Gewalteintritt besteht aus einem Kern extremistisch motivierter Gewalttäter und aus einer Kulisse, die sich von allgemein kriminell motivierten Schlägertypen bis hin zum Bundestagsabgeordneten spreizen kann. Als solche Gewalt am 1. Mai 2009 in Berlin explodiert, passen die polizeilichen Festnahmelisten anschließend durchaus nicht bruchlos zu einer revolutionären Aufwallung. Eher schon schien es sich um eine linke Variante von „Menschenverachtung mit Freizeitwert“⁹ zu handeln. Deshalb kommt bisweilen in der Szene Kritik an den eher unpolitischen „Eventgängern“ auf. Die mindestens gewaltaffine Durchmischung ist seither Standard; von einer geduldeten Anwesenheit salafistischer Selbstmordbefürworter auf „antizionistischen“ linken Demonstrationen erst mal gar nicht zu reden.

Vergleichbares spielt sich bei einer Entgrenzung der zweiten Handlungsoption linker Militanz ab: bei den „klandestinen actions“, also

bei nächtens und heimtückisch durchgeführten Anschlägen. Hier geraten neuerdings ebenfalls hergebrachte Maßstäbe in Verlust. Zwei Anschläge gegen die Verkehrsinfrastruktur in Berlin stürzten die Stadt vorübergehend ins Chaos, schädigten das zu befreiende „Volk“ (oder, nach Negri und Hard, die „Multitude“), gefährdeten auch mittelbar Menschenleben, da Notdienste beeinträchtigt wurden. Die Täter haben sich laut eigener Erklärung „selber ermächtigt“, den Alltag der kapitalistischen Metropole zu „entschleunigen“. Ihre Taterklärung enthält subjektivistische und lebensphilosophische Einschlüsse, die man sonst eher intellektuellen Rechtsextremisten zuordnen würde.¹⁰

Auch empirisch zeigen die Jahresstatistiken politisch links motivierter Kriminalität wie auch der personenbezogenen Gewaltkriminalität seit 2009 steil in die Höhe, überholen gar die Bilanz der rechtsextremen Konkurrenz. Ziele dieser personenbezogenen linken Militanz sind vor allem Polizeibeamte; der Angriff auf sie gilt einem rechtsstaatlich eingehegten Gewaltmonopol.

Die Entgrenzung der Gewalt hat etwas mit dem Anstieg von Wut in extremistischen oder extremismus-affinen Szenen zu tun: Nacheinander und sich zum Teil überlagernd schien eine Reihe von Desastern einer globalisierungsbedingt weitgehend entregulierten Marktwirtschaft die Prophezeiungen des Marxismus bestätigen zu wollen. Die Lehmann-Brothers oder Subprime-Krise (2007) wurde gefolgt von der Euro-Krise (2009). Für Linksextremisten sind das Beweise für eine naturgesetzliche Krisenhaftigkeit des Kapitalismus: Der Finanzsektor gerät außer Kontrolle, eine winzige Oberschicht profitiert auf Kosten einer Absenkung sozialer Standards, der Staat tritt in seiner Rolle als Agent des Finanzkapitals zu dessen Rettung an. Schließlich zahlt in der Euro-Krise die Bevölkerung die Zeche für eine angeblich neoliberale Ausrichtung des imperialistischen EU-Projekts. Der ideologischen Bestätigung folgt allerdings die realpolitische Enttäuschung auf dem Fuße: Die Wähler und die „Massen“ vertrauten in der Krise ganz überwiegend den etablierten politischen Kräften. Linksextremismus blieb weiterhin chic fürs Feuilleton, aber keine ernst genommene politische Option.

Ein ähnlicher Mechanismus widerfuhr der Klage über einen angeblich entfesselten „Imperialismus“. Unbestreitbar war die „Friedensdividende“ nach dem Ende der Blockkonfrontation nur sehr kurz. Eine multipolare Welt brachte schnell eine Reihe von militärischen Konflikten hervor. Seit dem 11. September 2001 steht in dessen Zentrum der extremistische islamistische Terrorismus. Für die Eigendynamik des religiös-politischen Wahns hatten gelernte Linksextremisten allerdings keinen Draht. Konflikte in der Dritten Welt konnten nur Folge kapitalistischer Ausbeutung sein. Daraus resultierte sogleich ein doppelter Irrtum: Erstens wurde die Analyse des Islamismus glatt verfehlt, weil das Phänomen in den Dogmen von Marx, Engels und Lenin noch nicht vorgesehen war. Zweitens mussten dann die in der Dritten Welt oder hierzulande in der angeblich marginalisierten und diskriminierten Migrationsbevölkerung beheimateten Islamisten objektiv Bestandteile antikapitalistischer Befreiungskämpfe sein. Kleinere Abweichungen von linken Idealen in Sachen Frauenunterdrückung, Gewaltverherrlichung und Bildungsfeindlichkeit wurden ihnen für diese Rolle erst mal nachgesehen.

Nur ein sehr kleines Segment des Linksextremismus trug feine Risse in diese hermetisch abgeschlossenen Irrtümer. Lediglich die so genannten „Antideutschen“ bzw. „Antinationalen“ aus dem undogmatischen Spektrum hatten durch ihre Parteinahme für Israel im Nahost-Konflikt gewagt, sich an der Barbarei einer antiimperialistischen Solidarisierung mit genozidalen Massenmördern wie Milosevic, Saddam Hussein oder den diversen islamistischen Menschenschlächtern zu stören.¹¹ Der Mainstream des Linksextremismus negiert die islamistische Gefahr und befließigt sich stattdessen der Vorstellung, dass jegliche Kritik am Islamismus als „Islamophobie“ eine Spielart mindestens latenten Rechtsextremismus sei.

Beflügeln konnten die Krisen die extremistische Linke demnach zunächst allenfalls ideologisch: Wahlerfolge blieben ihr versagt, und man versteht durchaus, dass angesichts des Gefühls, „Recht zu haben“, aber nicht erhört zu werden, bei messianisch denkenden Extremisten steigende Wut zu verzeichnen war.

Viel stärker als die „Krisen des Kapitalismus“ hatte indessen ein anderer Faktor die „Normalisierung“ des Linksextremismus vorbereitet. Der scharfe Blick der Öffentlichkeit konzentrierte sich auf einen anderen Extremismus, der seit 2004 im sächsischen und seit 2006 im mecklenburg-vorpommerschen Landtag saß – auf die NPD. Deren Image war – zu Recht – vernichtend, und seit dem „Aufstand der Anständigen“ des Jahres 2001 gehörte es zum guten Ton, beim „Kampf gegen Rechts“ nicht so genau hinzuschauen, wer da mit von der Partie war. Wer also die Beteiligung von Autonomen oder gar der DKP und vergleichbarer Traditionalisten bei den „breiten zivilgesellschaftlichen Bündnissen“ beanstandete, musste erleben, dass er sich eher selber ausgrenzte, als einen Rückzug der Freunde stalinistischer Diktaturen zu bewirken. „Die“ Autonomen, das kam hinzu, waren in diesem Feld auch nicht immer trennscharf als Leute zu erkennen, denen es in erster Linie um die Bekämpfung der bürgerlichen Demokratie ging. Hier fanden sich unter dem Label „Autonome Antifa“ auch junge links denkende Menschen, die ihre ersten politischen Schritte machten und – soweit sie der „antideutschen“ Richtung angehörten – immerhin begriffen hatten, dass Rechtsextremismus etwas mit Antisemitismus zu tun hat.

Besonders in den östlichen Bundesländern musste die extremistische Linke nun auch nicht mehr wie vor 1989 den Rechtsextremismus eigens erfinden:¹² Es gab ihn unerfreulicher Weise tatsächlich, und bisweilen fanden sich nicht nur Antifa-Aktivist*innen, sondern auch ganz einfache, links fühlende junge Menschen gegenüber einer breiten rechten Jugendkultur in einer deutlichen Unterlegenheitsposition wieder – was wiederum den Schulterschluss mit den demokratischen Teilen der Zivilgesellschaft stärkte. Für Linksextremisten war es daher leicht, Empörung zu organisieren, als die liberal-konservative Koalition nach 2009 von „Bündnissen gegen Rechts“ eine Garantie („Demokratieerklärung“) dafür verlangte, dass die üppigen Mittel aus der Rechtsextremismusprävention nicht bei der links-extremen Konkurrenz landeten. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, erwies sich in der Praxis bereits als nicht mehr durchsetzbar: Linksextremismus ist weniger deutlich

antidemokratisch in seinen Bekundungen als Rechtsextremismus, er kann klassische Werte der europäischen Aufklärung und der Demokratie mindestens nach außen mittragen. Linksextremismus ächtet man nicht, allenfalls stellt man ihm kritische Fragen. Deshalb sind seine Verzahnungen mit dem demokratischen Spektrum weitaus enger: Das wirkte sich bei einem in Deutschland moralisch besonders sensiblen Thema wie Rechtsextremismus besonders zu Gunsten einer zunehmenden Akzeptanz auch offen linksextremer Gruppen aus. Es war, mit anderen Worten, gerade die Renaissance eines offen antidemokratischen, ja neo-nationalsozialistischen Rechtsextremismus, der die „Normalisierung“ eines „smart“ auftretenden Linksextremismus förderte.

2010 machten Forscher der Konrad-Adenauer-Stiftung bei einer qualitativen empirischen Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend interessante Entdeckungen. Eine qualitative Untersuchung hat explorativen Charakter. Sie ist im Allgemeinen ein Pretest für eine folgende quantitativ-empirische Erhebung. Demnach ist sie nicht verlässlich repräsentativ, kann aber Hinweise auf Trends liefern. Die Stiftung hatte drei Dutzend junge Menschen mit – nach eigener Einschätzung – „linker“ Grundorientierung diskursiv befragt. Die Ergebnisse zeigten einen erstaunlichen Verlust zivilgesellschaftlicher Standards ausgerechnet in der Frage des „Engagements gegen Rechts“. Das Thema hat hohen Mobilisierungswert, und Hemmungen gegenüber einer ansonsten eher kritisch gesehenen Anwendung politisch motivierter Gewalt werden brüchig. Befragte äußerten u. a.: „Wenn er (ein Naziführer) von einem Auto totgefahren würde, würde ich den Fahrer nicht kennen.“ Oder: „Ein Stein gegen Nazis trifft nicht den Falschen.“ Oder: „Es wäre gut, wenn Nazi-Gebäude brennen.“ Personen, die dem rechtsextremen Umfeld zugerechnet werden, wurden fundamentale Menschenrechte abgesprochen, einzelne Befragte billigten Rechtsextremisten weder Meinungsfreiheit noch körperliche Unversehrtheit zu, stellt die Auswertung der Studie fest.¹³

Nun wäre ein gesellschaftlicher Konsens, der auf Ächtung gerade der neonazistischen Richtung von Rechtsextremismus zielte, durchaus

ein Gewinn. Problematisch würde er allerdings da, wo er bei fundamentalen Menschenrechten doppelte Standards einführt und – insofern gar nicht unähnlich der politischen Ideenwelt des bekämpften rechtsextremen Gegners – ihm stückweise die Menschenwürde abspräche. Hier genau sollte die trennscharfe Barriere zwischen demokratischem und extremistischem Engagement „gegen Rechts“ liegen. Demokraten werden Menschenrechtsverletzungen nicht bewusst billigen; für Extremisten ist hingegen die vollständige (in der Konsequenz auch physische) Vernichtung des Gegners Bestandteil ihres politischen Willens, das auf die Beseitigung des Pluralismus und die gewaltsame Homogenisierung der Gesellschaft zielt.

Menschenrechtsverletzungen müssen nicht sogleich auf die physische Vernichtung des Kontrahenten zielen; sie können mit gesellschaftlich hingenommener Entrechtung beginnen. Auch bei solchen Methoden sind Extremisten Vorreiter: „Outing“ von politischen Gegnern soll deren Sozialumfeld zerstören, der Gegner soll nicht wohnen, nicht arbeiten, nicht studieren dürfen. Und natürlich stehen ihm politische Freiheitsrechte wie das Demonstrations- und Versammlungsrecht nicht zu. Ein Reflex auf diese Grundidee sind die Parolen „Nazis raus!“ oder „Blockieren ist unser Recht!“, die sich gegen Aufmärsche neonazistischer Gruppen richten. Sie finden Akzeptanz bis in das demokratische Lager hinein.

DIE AUFDECKUNG DES RECHTSTERRORISMUS UND DIE „NORMALISIERUNG“ DES LINKSEXTREMISMUS

Die „double standards“ zwischen linksextrem und rechtsextrem motivierter Gewalt bestanden also in der politischen Kultur schon, als im November 2011 aufgedeckt wurde, dass eine kleine Zelle von Neonazis ihre Ideen über mehr als zehn Jahre hinweg unentdeckt haben ausleben können. Der Schock der Aufdeckung der Terrorzelle „Nationalsozialistischer Widerstand“ (NSU) war für die Gesellschaft ein doppelter: Der gut funktionierende Ermittlungs- und Fahndungsapparat wies erstens Defizite auf und hatte zweitens die Mordtaten der Rechtsterroristen mangels ausdrücklicher Bekenntungen nicht mit nazistischem Fremdenhass in

Verbindung gebracht, obgleich diese Ideologie – konsequent zu Ende gedacht – auf Terrorismus hinauslief.

Dass Linksextremisten sich nach den diversen Krisen der vorausgegangenen Jahre wiederum bestätigt sahen, verwundert nicht. Aus ihrer Sicht war die bürgerliche Demokratie ohnehin ein System, das sich der Nazis als heimliche Herrschaftsreserve bediente, falls der Widerstand des „fortschrittlichen Volkes“ gegen den Kapitalismus zu stark werden sollte. Demgemäß würden rechtsextreme Umtriebe nicht wirklich bekämpft. Die Sicherheitsbehörden und unter ihnen insbesondere die verhassten Verfassungsschutzbehörden standen vielmehr mit ihnen im Bunde und begünstigten ihr Treiben. Der Fall NSU mit seinen irritierenden Facetten aus schieren Zufällen, föderalen und rechtsstaatlichen Hemmnissen und schließlich (besonders in Thüringen und den anderen neuen Bundesländern) noch nicht reibungslos funktionierenden Behörden gab das willkommene Futter für Verschwörungstheorien ab, denen sich auch nicht-extremistische Multiplikatoren in Presse und Politik bisweilen anschlossen. Völlig übersehen wurde dabei, dass man retrograd einen Terrorismus aufklärte, der im konkreten Fall vorbei war: Neben der moralischen Verantwortung gegenüber den Opfern standen hier lediglich Feinjustierungen der Sicherheitsbehörden und eine zielgenaue Verhinderung von Wiederholungen auf der Tagesordnung. Letztere sind seit Ende 2011, also seit drei Jahren, in keiner Form erfolgt – auch das unterscheidet den rechten Terrorismus sehr deutlich von den stets nachwachsenden Generationen der Rote-Armee-Fraktion. Zudem ist das Gespenst, das so tapfer und gesinnungsstark bekämpft wird, zum Glück kontinuierlich kleiner geworden. Das rechtsextremistische Personenpotenzial ist in Deutschland seit Jahren rückläufig.¹⁴

Die diversen parlamentarischen Untersuchungsausschüsse¹⁵ sind insofern eine besondere Form parlamentarischer Kontrolle, als die unter Verdacht gestellte Exekutive mit richterlichen Mitteln untersucht und auf die Anklagebank gesetzt wird. Als Ergebnis kommt ein erhöhtes Maß an Kontrollbefugnissen für die Legislative heraus: Die Gewichtungen innerhalb der Gewaltenteilung verschieben sich also in

erster Linie zu Lasten der Exekutive.¹⁶ Pikant ist zudem, dass die Sicherheitsbehörden und vor allem die Verfassungsschutzämter ihre Arbeitsmethoden bis ins Detail in die Öffentlichkeit tragen mussten. Davon profitierte das links-extremistische Spektrum unmittelbar, denn das entsprechende Fachwissen kommt ihm bei eigenen Aktivitäten sehr zu statten. Besonders fleißig bei dieser „antifaschistischen Aufklärung“ waren natürlich Abgeordnete bestimmter Parteien. Als Beispiel sei hier eine Jagdszene aus den Protokollen des Thüringer Untersuchungsausschusses dargeboten:

Abg. Martina Renner (Die Linke): „Ich habe noch eine Frage zur Arbeitsweise. Wir haben jetzt die Anzahl der V-Leute, die geführt wurden, der nähern wir uns so langsam. Wie viele V-Leute wurden denn insgesamt in den Jahren vom Landesamt geführt? Das frage ich deswegen, um einfach einzuordnen, welchen Anteil V-Leute im Bereich rechts hatten.“

Zeuge Norbert W. (ehemals Mitarbeiter Verfassungsschutz Thüringen): „Das kann ich Ihnen nicht sagen.“ [...]

Abg. Renner: „Dann versuche ich das nochmal. Wir reden über die Jahre 1994 bis 1998. Können Sie sich erinnern, welche Anzahl in den Bereichen Rechtsextremismus, Linksextremismus, Ausländerextremismus?“

Zeuge W.: „Ich kann nur Rechts sagen. Das waren vier Stück.“

Abg. Renner: „Ich denke, Sie waren für alle Bereiche zuständig?“

Zeuge W.: „Ja, aber hier steht drin, ich soll nur etwas sagen zu dieser Geschichte NSU.“

Abg. Renner: „Es geht uns ja auch um die Frage, ob Behörden und Politik das Thema Rechtsextremismus adäquat abgebildet haben in ihrem behördlichen Handeln. Deswegen ist es für uns schon von Interesse, welchen Anteil die V-Leute hatten im Bereich der Neonaziszene im Vergleich zu der Gesamtzahl der V-Leute. Deswegen würde ich Sie bitten, diese Frage zu beantworten.“

Zeuge W.: „Frau Renner, hier steht etwas anderes in der Aussagegenehmigung.“

Abg. Renner: „Nein, das ist genau Gegenstand heute, insbesondere irgendwie der zugrunde liegenden Beweisanträge, dass es darum

geht zu überprüfen, inwieweit Behördenhandeln adäquat auf die Gefährdung durch den Rechtsextremismus reagiert hat. Ob das jetzt Polizei, Verfassungsschutz, Staatsanwaltschaft ist, das ist für uns egal.“ [...]

Zeuge W.: „Wenn Sie jetzt fünf V-Leute haben im Rechts-Bereich –“

Abg. Renner: „Fünf?“

Zeuge W.: „Fünf, also mit REPs und allem, was dazu gehört. Wenn Sie die haben und dann drei V-Mann-Führer –“

Abg. Renner: „Gut, und jetzt Links.“

Zeuge W.: „Zwei.“¹⁷

Die aus Bremen nach Thüringen zugewanderte Abg. Renner ist inzwischen Mitglied des Deutschen Bundestages und dort „Sprecherin für Antifaschistische Politik“ ihrer Fraktion.¹⁸ Ihre Erfahrungen mit Nachrichtendiensten vor 1989 dürften demnach aus einer anderen Perspektive stammen als diejenigen mancher ihrer Parteikollegen. Die frühere Studentenfunktionärin schreibt sich nämlich für die 1990er-Jahre „zahlreiche Aktivitäten / Verantwortlichkeiten im Bereich antirassistischer / antifaschistischer Kampagnen“ zu. Wie man die autonome Szene bezeichnet, mag ja auch eine Frage der politischen Semantik sein.

Zugegeben: Autonomer „Fahndungsantifaschismus“ ist effizient. Es gibt keine rechtsstaatlichen Hindernisse, keinen Datenschutz, keine Speicherungsfristen und keine Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, die man achten müsste. Zur Not hilft man mit etwas „outing“ nach, und die öffentliche Meinung findet nichts sonderlich Anstößiges mehr daran. Journalisten bedienen sich ganz offen solcher Quellen, ohne sich um die dort übliche Art der Informationsbeschaffung zu kümmern. Wenn der Vorsitzende eines türkischen Verbandes erklärt, die Aufklärung des Rechtsextremismus könne statt durch die Verfassungsschutzbehörden besser durch antirassistische und antifaschistische Initiativen erfolgen, verrät dies einiges über den Zustand öffentlicher Wahrnehmungen und die Gefahr einer „antifaschistischen“ Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols.¹⁹ Unter anderem deshalb ist die Definitionshoheit über Rechtsextremismus in Gefahr, auf die extremistische Linke überzugehen.

Verständlich, dass die linksextreme Klientel inzwischen die Chance erspürt hat, im Windschatten des terroristischen Rechtsextremismus die lästigen rechtsstaatlichen Sicherheitsbehörden auszupunkten. Über Linksextremismus nämlich darf auch in den Sicherheitsbehörden kaum noch geredet werden. Personal wird abgezogen, vorhandene Erkenntnisse werden stillschweigend gelöscht. Vergeblich weisen die Interessenvertretungen der Polizei auf die eskalierende linke Gewalt gegen die Beamten hin. Entsprechend selbstbewusst ist die militante Szene geworden. Es sei nichts Ungewöhnliches, bemerkte ein Staatsschützer im Gespräch mit dem Autor, dass, wenn die Katze aus dem Haus ist, die Mäuse auf dem Tisch tanzen. Neu sei derzeit allerdings, dass die Katze angegriffen werde, wenn sie nach Hause zurückzukommen versuche. Das passiert z. B. im Wege des „Rechtskampfes“: Linksextremisten klagen gegen ihre Erwähnung in amtlichen Berichten des Verfassungsschutzes, so die langjährig von einem Stasi-Spitzel geführte VVN-BdA gegen den Freistaat Bayern 2012 und 2014 oder eine „antifaschistische“ Punkband in Mecklenburg-Vorpommern 2013 und 2014. Die schwer gewaltaffinen jungen Leute bedienen sich unkompliziert der Symbolik der gewaltbereiten Antifa und leisteten sich u. a. diesen Musiktext: „Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen / Und schicken den Mob dann auf euch rauf / Die Bullenhelme – Sie sollen fliegen / Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein / Und danach schicken wir euch nach Bayern / denn die Ostsee soll frei von Bullen sein“.²⁰ Das funktionierte denn doch nicht; die Hassmusiker unterlagen in mehreren Instanzen. Aber andernorts gaben Verwaltungsgerichte den datenschutzrechtlichen Auskunfts- und Löschungsbegehren von Linksextremisten reihenweise Recht – wenn nicht ohnehin, wie in einem Falle, das Innenministerium eines Landes eine „Task Force“ einsetzt, um erkleckliche Teile der Erkenntnisse seiner Sicherheitsbehörden streng rechtsstaatlich beseitigen zu lassen.²¹

Bestandteil der Normalisierung von Linksextremisten ist halt unter deutschen Verhältnissen auch seine rechtspositivistische Einsegnung und der quasi „offizielle“ (nicht: revolutionäre) Charakter. Und noch eine weitere Perspektive

dürfte nachgerade deutsche Linksextremisten entzücken: die Aussicht auf einen quasi-beamten Status als „Repräsentanten der Zivilgesellschaft“ bei der Verfolgung politischer Opponenten.²² Die Finanztöpfe sind reichlich gefüllt, die gesellschaftliche Stimmung ist günstig.

„Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ – das Wort eines marxistischen Klassikers enthielt zugleich die Mahnung, nicht überheblich zu werden, solange es noch vom Gegner geräumte Positionen gebe, die es zu besetzen gelte, solange man die Ziele noch höher stecken könne und solange die völlige Ausschaltung der „Feinde“ nicht erreicht sei.²³ Nicht alle in der Szene mögen das Klassiker-Bonmot kennen. Aber dass „Antifaschismus“ in Deutschland das wirksamste Tool zur Bekämpfung der verhassten Demokratie ist, haben sie nach den fortgesetzten Niederlagen der vergangenen 25 Jahre garantiert begriffen.

|| DR. RUDOLF VAN HÜLLEN

Politikwissenschaftler und Extremismusforscher,
Krefeld; Lehrbeauftragter an der Universität Passau

ANMERKUNGEN

- ¹ Sohn, Manfred: Jeden Schritt von der Revolution her denken, in: Marxistische Blätter 1/88, S. 68-70. Manfred Sohn war lange Zeit der für „Theorie und marxistische Bildung“ zuständige Sekretär des DKP-Bezirksvorstandes Niedersachsen. 2008 wurde er Fraktionsvorsitzender der „Linken“ im niedersächsischen Landtag.
- ² Typisch für diese Haltung schon der Titel eines 2013 erschienenen Tagungsbandes des Deutschen Jugendinstituts: „Linke‘ Militanz im Jugendalter. Befunde zu einem umstrittenen Phänomen“.
- ³ Vgl. Moreau, Patrick: The PDS / Linkspartei. PDS and the Extreme Left – Decline and Renaissance of Communism in Germany, in: Communist and Post-Communist Parties in Europe, hrsg. von Uwe Backes und Patrick Moreau, Göttingen 2008, S. 39-86; zur DKP siehe Hirscher, Gerhard / Pfahl-Traughber, Armin (Hrsg.): Was wurde aus der DKP? Beiträge zur Geschichte und Gegenwart der extremen Linken in Deutschland, Brühl 2008.
- ⁴ Insoweit zutreffend die Einschätzung im Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juli 2010, Az. 6 C 22.09.

- ⁵ Als Beispiele mögen gelten: die Dienstleistungen des außenpolitischen Sprechers der „Linken“ für die Fuerzas Armadas Revolucionaria de Colombia (FARC) im Jahre 2008 oder die kaum verhüllte Lobbyarbeit der „friedenspolitischen Sprecherin“ der Bundestagsfraktion Christine Buchholz für die afghanischen Taliban.
- ⁶ Für das Eingeständnis und entsprechende, allerdings offenbar nicht mehrheitsfähige Positionen stehen auch Spitzenfunktionäre wie beispielsweise Gregor Gysi oder Petra Pau.
- ⁷ Negri, Antonio / Hard, Michael: Empire. Die neue Weltordnung, Cambridge / Mass. 2000 (englisch) und Frankfurt / Main 2002 (deutsch). Die Autoren schoben 2004 ein weiteres Werk mit dem Titel „Multitude“ nach.
- ⁸ Dazu zählen z. B. das Vorhalten von „Demo-Sanis“, in Gestalt der „Roten Hilfe“ eine gute Rechtsschutzversicherung mit Rechtsanwälten, die direkt zur Szene gehören, vor allem aber die von bestimmten politischen Parteien reflexhaft erfolgende Schuldumkehr, nach der die Polizei und nicht der Mob mit der Gewalt begonnen habe.
- ⁹ Auf diesen Begriff hat die Rechtsextremismusprävention die dortige Szenekultur mit ihren soziokulturellen Kennzeichen gebracht; vgl. Glaser, Stefan / Pfeiffer, Thomas: Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Schwalbach / Ts. 2007.
- ¹⁰ Im Oktober und August 2010 in Berlin; Tatbekennungen unter: <http://linksunten.indymedia.org/de/print/45572> und 48377.
- ¹¹ Für die komplexe Entstehung dieser Strömung im Linksextremismus vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, darin besonders die Beiträge von Martin Kloke und des Bundesamtes für Verfassungsschutz; ferner zum weiterhin existenten prägnantesten Organ dieser Strömung: Dittrich, Sebastian: Zeitschriftenporträt „Bahamas“, in: Jahrbuch Extremismus und Demokratie Bd. 16, hrsg. von Uwe Backes und Eckhard Jesse, Baden-Baden 2004, S. 220-235.
- ¹² Wie in allen pluralistischen Gesellschaften gab es auch in der Bundesrepublik eine rechtsextreme Unterströmung, die sich in konjunkturellen Wellen und vereinzelt Eruptionen immer mal wieder bemerkbar machte, von ihrer Größenordnung aber ein Gegenstand für spezialisierte Aktivisten, Wissenschaftler sowie Staats- und Verfassungsschützer darstellt. Das Phänomen zu einer ernsthaften Gefahr für die Demokratie aufzublähen, erforderte einige Mühe. Die SED scheute sie nicht: Sie pumpte 1985 fünf Millionen Westmark über ihre Subsysteme aus DKP und Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) in eine „antifaschistische Kampagne“. Ein schwieriges

- Unterfangen, denn zu diesem Zeitpunkt lag der Rechtsextremismus besonders deutlich darnieder. Zu seinen Konjunkturen vergl. Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, München 1999 und Botsch, Gideon: Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Bonn 2012.
- ¹³ Neu, Viola: Linksextremismus in Deutschland: Erscheinungsbild und Wirkung auf Jugendliche, St. Augustin / Berlin 2012, sämtliche Zitate auf S. 35 f.
- ¹⁴ Im Jahr der NSU-Aufdeckung zählten die Sicherheitsbehörden noch 23.400 Rechtsextremisten. 2013 war dieses Potenzial auf 22.700 zurückgegangen. Ihm standen 28.500 Linksextremisten und – stark ansteigend – 43.190 Islamisten gegenüber.
- ¹⁵ Es handelt sich um parlamentarische Untersuchungsausschüsse (mit richterlichen Ermittlungsbefugnissen) im Bund, in Thüringen, Sachsen, Bayern, neuerdings in Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie um eine Enquête-Kommission in Baden-Württemberg.
- ¹⁶ Die Justiz kam bisher ungeschoren davon, obwohl ihr gehörige Mitverantwortung an dem NSU-Desaster zukommt. Schließlich ließen Staatsanwälte und Richter die späteren NSU-Kader trotz zahlloser Strafverfahren und (im Falle eines Täters) einer rechtskräftigen Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe frei herumlaufen, bis sie 1998 in den Untergrund abtauchten.
- ¹⁷ Protokoll Untersuchungsausschuss 5/1 „Rechtsextremismus und Behördenhandeln“, Thüringer Landtag, 12. Sitzung vom 9. Juli 2012, S. 83-86.
- ¹⁸ Vgl. http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/biografien/R/renner_martina/258930
- ¹⁹ Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinde Deutschland, auf der BKA-Jahrestagung 2012, abgedruckt in: Bundeskriminalamt (Hrsg.): Bekämpfung des Rechtsextremismus. Eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung, Köln 2013, S. 169.
- ²⁰ Jüttner, Julia: Punkband Feine Sahne Fischfilet – Die Staatsfeinde, in: Spiegel-online, 5.11.2012. Den beharrlichen und durchaus erfolgreichen Versuchen, den Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern zurückzudrängen, ist gewiss nicht gedient, wenn solcherart Politikunst die einschlägigen Nazi-Bands ergänzt oder ersetzt.
- ²¹ Auch hier geht es formal um Datenschutz, mit dem Ergebnis, dass zugleich mit der politisch erwünschten Reinwaschung von Linksextremisten der ein oder andere Islamist und Rechtsextremist aus Gründen der Gleichbehandlung von diesem Verfahren mit profitiert. Da erhält die Parole „Nazis raus“ (aus den Dateien der Polizei) einen ganz neuen Beigeschmack.
- ²² Ein sehr deutsches Phänomen: Die Nazis wussten schon 1933, warum es ihren SA-Horden gefiel, dass sie mit entsprechenden Armbinden als Hilfspolizei auf politische Gegner losgelassen wurden. Und für den DKP-Nachwuchs der 1970er-Jahre schien es nie etwas Selbstverständlicheres zu geben als eine Lebenszeitverbeamtung als Lehrer.
- ²³ Das Zitat ist die Titelüberschrift eines Beitrages von J. W. Stalin in der Prawda vom 2. März 1930. Er bezog sich auf die „erfolgreiche“ Kollektivierung der Landwirtschaft, wies aber zugleich darauf hin, dass noch viele „Volksfeinde“ der Erledigung harrten; siehe Stalin, Josef W.: Werke, Bd. 12, Berlin (Ost) 1954, S. 168-175.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

HERAUSGEBER

Dr. Gerhard Hirscher

Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort oder telefonisch unter 089/1258-263 kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien

- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU
- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

Nr. 94 Alphabetisierung – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Nr. 95 Linksextremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven